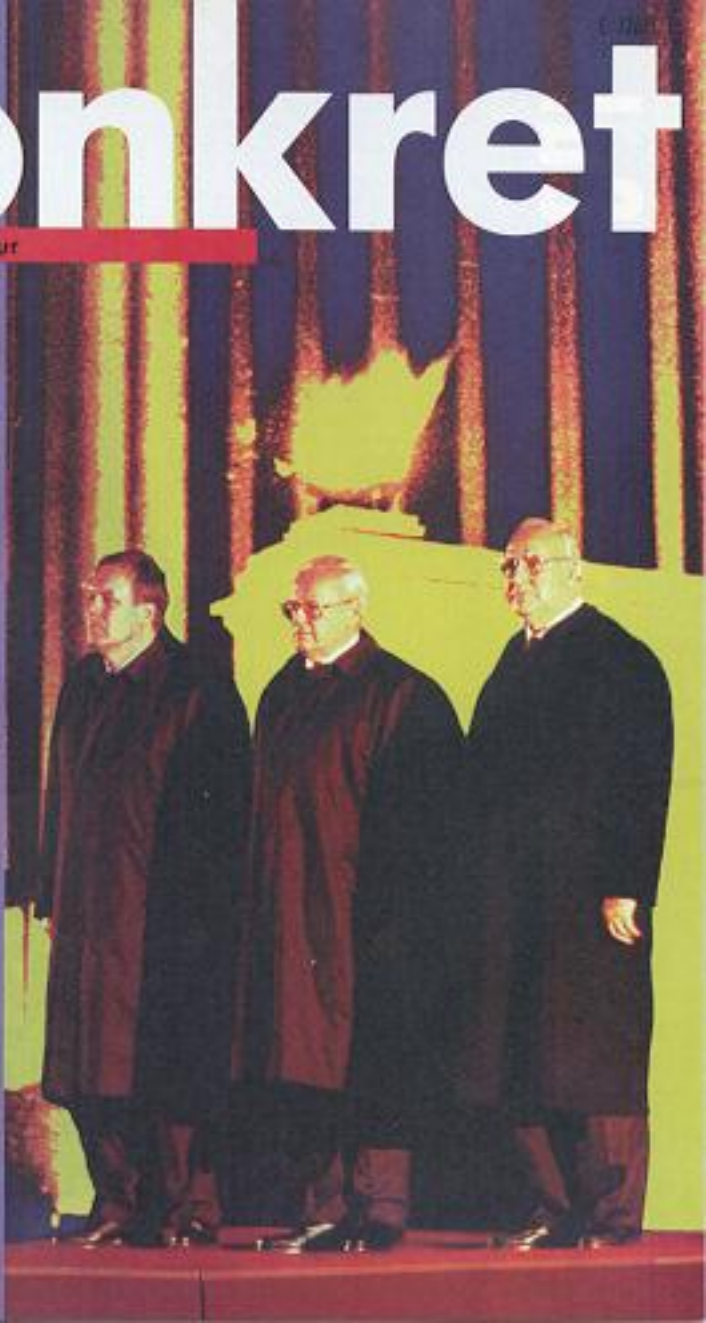
Heft 12 Dezember 1995 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Bundeswehr: Rühe im Glied!
- DGB: Die Standort-Gewerkschaft
- Ethischer Imperialismus: Erkämpft das Menschenrecht
- Korruption: Auf Claes folgt Lubbers
- Bosnien: Ein serbisches Katyn?
- Boxen: Defilee der Arschgesichter



in konkret Dezember 1995

von konkret

an konkret

Standort Ovations von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Termine

Rußlands Retter von Werner Pirker
Am 17. Dezember wird in Rußland gewählt – zwischen »Jabloko«, »Kommunistischer Partei«, »Unser Haus Rußland«, »Mein Vaterland«, »Kongreß russischer Gemeinden«, »Sozialistischer Partei der Werktätigen«, »Die Macht dem Volk!«, »Demokratische Wahl Rußlands«, »Sozialdemokratie« und »Vorwärts Rußland«. Ein kleines Vademecum zu: Wer was will, wer zu wem gehört und was zur Wahl steht

Zwar ohne wenn aber auch doch von Holger Becker
Die PDS lehnt militärische Einsätze unwiderruflich ebenso strikt ab wie Diskussionsverbote (über militärische Einsätze)

Deutschland bei Nacht von Andreas Dietl
Ich bete an die Macht der »smart bombs«: Mit einer Kombination aus altem deutschen Kommißgeist und neuester Waffentechnik wirbt die Bundeswehr für sich und ihre zukünftigen Kriege

Filbinger for ever? von Rolf Surmann
Der Bundestag urteilt über die Wehrmachtsdeserteure

Mladics Katyn? von Jürgen Elsässer
Haben die bosnischen Serben in Srebrenica die Propaganda ihrer Gegner wahr gemacht? Und wenn ja, warum?

Propheten, authentisch von Oliver Tolmein
Wie der Tragödie RAF die Farce der »Antiimperialistischen Zelle« folgt

Ethische Weltmacht von Heiner Möller
Die deutsche Außenpolitik müsse sich »ethisch fundieren«, indem »unser wohlverstandenes Interesse... überall in der Welt Hand in Hand mit dem Menschheitsinteresse« geht. »Darum müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unseren nationalen Willen aufnehmen« – wer sagt das? Gansel? Voigt? Fischer? Kinkel? Ja, aber sie verraten nicht, woher die pfiffige Idee stammt – vom letzten Kanzler Wilhelms des Zweiten, 1918

Verschworene Gesellen von Otto Köhler
SS im AA: Wie unter Adenauer alte Nazis in das neue Auswärtige Amt einzogen

Ein Jahrhundert wird besichtigt von Georg Fülberth
Der britische Historiker Eric Hobsbawm hat eine umfängliche Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und zugleich eine Autobiografie geschrieben: »Das Zeitalter der Extreme«

Jeder ist uns der nächste 40 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Madame Courage von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Das Ganze ist eine halbe Sache von Michael Scharang
Aus dem Skizzenbuch zu dem Roman »Das Jüngste Gericht des Michelangelo Spatz«

Saubere Hände von Stefan Ripplinger
Korruption hält Politik und Gesellschaft zusammen. Nicht jede Politik und jede Gesellschaft, aber in kapitalistischen Industriestaaten darf man eine geregelte Zusammenarbeit von Staats- und Wirtschaftslenkern schon voraussetzen

Es ist schlimm von Jürgen Roth
Menschen machen Medien: Das Fernsehen hat ein Schäferstündchen eingelegt. Jeden Nachmittag

Buch des Monats: Deutsches Paarlaufen von Heiner Möller
Ein Jahrzehnt nach ihrer Streitschrift für ein ökosozialistisches Projekt ziehen Thomas Ebermann und Rainer Trampert ein böses Resümee: Unter den Bedingungen entwickelter kapitalistischer Produktion sei das Subjekt zu einem »jederzeit ersetzbaren Nichts in der Produktion« und einem »konsumierenden Nichts« (»wandelndem Geld«) außerhalb der Produktion zugerichtet worden

»Live Fast, Love Hard, Die Young« von Ed Ward
Die Geschichte der Country Music – ein verspäteter Nachruf

Between Friends von Klaus Bittermann
Von Ausgewogenheit keine Spur: Der Briefwechsel zwischen Hannah Arendt und Mary McCarthy

Entre amants von Christel Dormagen
»Adieu, arme liebe Muse. Dein Monster«: Flauberts Briefe an Louise Colet

Defilee der Arschgesichter von Michael Ringel
Warum ein Boxkampf plötzlich so viele öffentliche Existenzen mobilisiert hat

Freunde fürs Leben von Gerhard Henschel

Marxismus undercover von Ralf Blendowske
Über Georg Bollenbecks Autopsie eines Deutungsmusters

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/95, S. 4

von konkret

Er möge mit seiner Augstein-Biografie »gnädig« verfahren, hat der Verfasser Leo Brawand den »lieben Herrn Gremliza« brieflich gebeten, den er in seinem Buch ganz anders nennt und dem er allerlei Quatsch andichtet, weshalb die Gnade des völligen Verschweigens leider nicht gewährt werden kann. Es mag nämlich sein, daß die paar linken Redakteure, die um 1968 aus dem »Bild am Montag« eine kritische Zeitschrift machen wollten, nicht gut über den Verleger gesprochen haben. An der Parole »Augstein an den Laternenpfahl« aber, der einzigen Interesse weckenden Kapitelüberschrift dieser trostlosen Biografie, wird auch Augstein weniger den Geist seiner damaligen Gegner wiedererkennen als die Phantasiearmut seines langjährigen Angestellten Brawand, der mit dieser Erfindung und anderen Wahrheiten enthüllt, welch geringer intellektueller und stilistischer Begabung es bedurfte, vierzig (oder hundertvierzig?) Jahre lang Augsteins Wirtschaftsressort zu leiten. Der Herausgeber soll, höre ich, versucht haben, das Erscheinen der peinlichen, indiskret-geschwätzigen Biografie zu verhindern. Welche Sorte Begleiter sie ihm einmal schreiben würde, hat Augstein vor 25 Jahren entschieden. Über unsere Schadenfreude darf er sich nicht beklagen. Tu l`a voulu, Rudolf.

Da die Konkret-Redaktion nun doch etwas häufiger auf den ehemaligen Verleger und Herausgeber (bis 1972) Klaus R. Röhl und seine jüngsten Auftritte an der Seite der neuen Nazis um den Ullstein-Lektor Zitelmann und die »Junge Freiheit« angesprochen wird, sei einer gängigen Behauptung widersprochen: Es ist keineswegs so, daß Röhl sich »schrecklich geändert« hat. Schon in den fünfziger Jahren war er, wie er 1972 einem Redakteur gestand, nur deshalb der KPD beigetreten, weil sie die einzige Partei war, die kompromißlos gegen die Teilung Deutschlands, gegen den Anschluß der BRD an den Westen und für die Einheit der Nation eingetreten sei. Was ihn damals zu den Kommunisten trieb, treibt ihn heute zu den Nazis. Verändert hat sich nur eines: Aus dem kleinen Hitlerjungen ist ein seniler Hitlerjunge geworden.

Wer so fragt:

Nichts wäre so wichtig für die PDS wie eine intelligente linke Kritik, aber wo gibt's die schon?

der kennt die Antwort besser als ihm lieb ist. Wenn aber der Wolfgang Gehrke, den wir noch als Gewinner des Ernst-Thälmann-Wettbewerbs »Wer wirbt die meisten UZ-Abonnenten« und allzeit freundlich-beflissenen Hamburger Vorsitzenden einer revolutionären Promille-Partei vor uns sehen, die unverkennbar an KONKRET gerichtete Frage noch einmal wiederholt, könnten wir uns hinreißen lassen, sie am Beispiel des Funktionärs »Wobbel«, dem die Partei stets der Ort war und ist, seinen Arsch an die Heizung zu kriegen, mit einer Gründlichkeit zu beantworten, die den Parteiangestellten sogar in der PDS einem kühleren Luftzug aussetzen könnte. Er möge dies weniger als Drohung denn als Bitte verstehen: Gehe er brav und, wie stets, den jeweiligen Vorgesetzten treu seinem Beruf nach, und werde er nicht pampig gegen Leute, die schon damals, zu Zeiten des Ernst-Thälmann-Wettbewerbs, ihre Intelligenz und ihren Charakter nicht an der Tür des Schatzmeisters abgegeben haben, und es heute schon wieder nicht tun.

»Küppersbusch & Gremliza – Sehr gemischtes Doppel« ist der Titel einer Lesung in der Hamburger Kampnagel-Fabrik, Foyer 2, am 12. Dezember 1995 um 20 Uhr 30. Attraktion des Abends ist Friedrich Küppersbusch mit Proben aus seinem Standardwerk »Bis hierhin vielen Dank« (Konkret Literatur Verlag). Im Vorprogramm liest Gremliza aus seiner Damen-Trilogie, aus »Ganghofer im Wunderland« und dem unveröffentlichten Manuskript »Theo der Metaphernhäuptling«.

Konkret 12/95, S. 6

an konkret

Gottesgericht

KONKRET 9,10,11/95: Diverse Porträts

Beim Betrachten der in KONKRET gedruckten Fotos von Joschka Fischer, Gerhard Schröder und anderen fiel mir auf, daß sich die Physiognomien dieser Herren wie ihre Gesinnungen deformiert zu haben scheinen. Sogar als Atheist frage ich mich, ob es vielleicht doch ein Gottesgericht gibt, das Karrieristen mit dem Spruch straft: Gehet hin und sehet hinfort so aus, wie ihr seid?

Johannes Leitner

Wien

Gegenstandpunkt

KONKRET 11/95: Von Konkret

Ihr regt euch darüber auf, von den GegenStandpunkt-Leuten als »Verein zur Beschwörung der fortdauernden Gerechtigkeit des 2. Weltkriegs« bezeichnet zu werden? Dann müßt ihr schon euren Nationalmoralismus kritisieren, der mit dieser Formulierung bloß in Worte gefaßt und im zugehörigen Artikel ausführlichst erklärt wird. Das wollt ihr nicht? Stimmt: Ihr versucht lieber, die Autoren zu denunzieren («Vierteljahresschrift der ehemaligen Marxistischen Gruppe«), damit jeder »gute Linke« sofort weiß, was er von deren Gedanken zu halten hat. Das paßt: euch geht's ja nicht um richtige Argumente zwecks Agitation, sondern immer nur um die richtige Gesinnung fürs moralische Selbstbild. Das ist seit Jahr und Tag der entscheidende Unterschied: Die GegenStandpunkt-Leute bemühen sich um Erklärung der Zustände im demokratischen Kapitalismus und anderswo, ihnen geht's um die Sache, weil sie das System von Geschäft und Gewalt beizeiten abschaffen wollen. Ihr dagegen seid alternative Nationalisten, denen es ausschließlich um sich als Verkörperung einer »besseren deutschen Moral« zu schaffen ist. Dem entspricht euer Geschreibe: Unterhaltungsliteratur fürs »linke Gemüt«, ohne praktische Absicht, in höchstem Maße selbstzufrieden. Euer Satz, der GegenStandpunkt-Artikel schließlich in die Nähe der »National-Zeitung« diffamiert, ist nicht so schlimm. Schlimmer ist, daß ihr nicht merkt, was für eine alternative Nationalzeitung ihr da produziert.

Guido Rohrer

Gelsenkirchen

Tcha!

KONKRET 10/95: »Blutspur der Friedensstifter« von Jürgen Elsässer

Dear Sir or madam,

Although I generally find KONKRET interesting (especially on history and literature), the recent articles by Jurgen Elsasser have become very irritating. His hard-line defense of the right-wing conservatives is for me as a British emigre here very hard to swallow. An example was his populistic article on Greenpeace and the brent spar Shell platform. In this article he quoted »The Sun« approvingly. He should know that »The Sun« (nickname »The Lie Factory«) is one of the most pernicously dangerous, propagandistic rags in the world.

A recent article in »junge Welt« about his tour through Germany enthused about the wonderful moment he is awaiting when the news comes through that the Bosnian Serbs have shot down a Tornado. I expect the headlinethen will be »Gotcha!« an echo of the notorious »Sun« headline during the Falklands/Malvinas war in 1982 after the sinking of an Argentinian destroyer and the loss of the entire crew.

It seems that for him anything that is anti-German is o.k. which is, in my opinion, a dangerously simplistic argument. Perhaps next he will quote admiringly from Likud or the religious jews there who are the backbone of the anti-German ressentiments.

I don't think I can take much more of his writings, and if he continues like this, my reaction would be, I think, to cancel my subscription. Tcha!

Ciao,

jake gluckman

Köln

Trickster

KONKRET 11/95: »Brandt oder Mutzenbacher« von Peter Kratz

Ihre Darstellung, daß bis heute niemand wisse, wer sich hinter dem österreichischen Pseudonym Josephine Mutzenbacher verbarg, entspricht nicht ganz dem neueren Stand meiner privaten Mutzenbacher-Forschung. Schon Karl Kraus hatte in der »Fackel«, also vor etwa 85 Jahren, Felix Salten als den Autor der MutzenbacherErinnerungen ausgemacht eine zumindest für die letzten beiden Bände als zweifelhaft anzusehende Zuschreibung. Bei Salten, dessen Kinderbuch »Bambi« bekannt sein dürfte, handelt es sich übrigens gleichfalls um ein Pseudonym, sein bürgerlicher Name lautet Siegmund Salzmann (1869-1945). Karl Kraus nannte ihn den »Trickster«.

Eberhard Krüger

Wuppertal

Fragebogen

KONKRET 11/95: »kunst & gewerbe« von Rayk Wieland

Prominent bin ich zwar nicht, doch hier ein paar Angebote für Ihren Fragebogen »13 Fragen, die ich mir nicht beantworten werde«: Machen Sie eigentlich gern Panoramafotos im Urlaub? Wenn Geld keine Rolle spielte, welche Sorte Toilettenpapier würden Sie benutzen: zweilagiges, dreilagiges oder feuchtes? Wieviele Zahlen kennen Sie ungefähr auswendig? Was wäre Ihr Leben ohne Mutter? Welche persönlichen Erinnerungen verbinden Sie mit dem Wort »Hyperboloid«?

Allerdings gehören wohl auch die Fragen aller gängigen Tageszeitungs-, Wochenzeitungs- und womöglich (ich kenne keinen) Monatszeitungsfragebögen dazu, wobei der Wochenpostfragebogen die proklamierte Indiskretion einlösen könnte, wenn er gar nicht erst erschiene.

Mario Albrecht

Berlin

Zynisch

KONKRET 11/95: Gremlizas Express

Wer ärgert sich nicht über den Johannes Gross, der in der Talkshow mit Thomas Ebermann wieder einmal als Westentaschen-Mussolini aufgetreten ist, der seine Weltmännischkeit damit bewies, daß er die Hauptstraßen von Paris, London und New York auswendig konnte? Meinetwegen kann KONKRET für ihn jedes Schimpfwort gebrauchen und ihn durch den Kakao ziehen – aber muß Gremliza eigentlich unbedingt auf seinen körperlichen Mangel, die Kleimnwüchsigkeit, anspielen? Ich finde das zwar nicht gerade zynisch und menschenverachtend, aber unter Niveau und – aua – kleinkariert.

Friedhelm Meidinger

München

Verbissen?

KONKRET und die PDS

Daß die PDS keine Partei ist, die ernsthaft etwas mit Sozialismus im Sinn hat, braucht man mir und gewiß vielen anderen KONKRET-LeserInnen nicht in jeder Ausgabe wieder zu erzählen. Natürlich ist die PDS eine sozialdemokratische Partei, aber in einer Zeit, in der die SPD es längst aufgegeben hat, irgendetwas zu machen, was nach sozialdemokratischer Politik auch nur riecht, ist eine wirkliche sozialdemokratische Kraft tatsächlich das geringere Übel. Wenn auf fünf dumme Anpasser-Sprüche von Gysi nur ein vernünftiges Wort von Winnie Wolf oder Sahra Wagenknecht kommt, ist das mehr, als

bei Schröder, Scharping & Co zu kriegen ist und bestimmt besser als garnichts. Früher hieß es auch in KONKRET: Der Feind steht rechts. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn zur Rechten jetzt auch die Kriegspartei SPD gezählt wird. Aber noch sollte man die PDS, jedenfalls zu großen Teilen, nicht dazuzählen (auch wenn ich fürchte, daß uns auch das nicht erspart bleiben wird).

Christine Malakowsky

z.Zt. Zürich

Rechthaber

KONKRET 11/95: »Illen ist menschrich« von Hermann L. Gremliza

Es ist schon phantastisch, was der Herr Herausgeber sich bei Euch herausnehmen darf, um zu »beweisen«, daß seine falsche Prognose von 1990 (die Grünen seien ab sofort überflüssig) eigentlich irgendwie doch goldrichtig war, obwohl sie bei den letzten Wahlen in Berlin mehr Stimmen bekommen haben als je zuvor. Vielleicht dauert es nicht mehr lange, dann überholen sie die SPD und geben Gremliza damit eine weitere Möglichkeit, seinen Abgesang auf die Grünen bestätigt zu sehen.

Martin Dreyer

Bonn

PS: Nachdem ich den Artikel jetzt noch einmal gelesen habe, muß ich einräumen, daß er in einem Punkt trotzdem stimmt: Die Grüne Partei, die es in den 80er Jahren gab, gibt es wirklich nicht mehr.

Konkret 12/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Standort Ovations

Traditionelle Politik war, daß jede Sekunde ein Kind verhungert. Standort-Politik ist der bedingte Vorsatz, die Zahl zu verdoppeln. Was sich hinter dem harmlos anmutenden Begriff verbirgt, ist die Verwirklichung der Barbarei im Zeitalter des Verschwindens ihrer Alternative.

Die Rede vom Standort, die der Lambsdorff in den Siebzigern schon geführt hatte, bekam nicht zufällig erst mit der neuen Weltordnung den rechten Schwung. Die alte, das System zweier gegeneinander gerichteter Bündnisse, hatte der Aufklärung, der Moderne eine letzte Chance, ein letztes Refugium vielleicht nur, eingeräumt – nicht aus freien Stücken, sondern unterm Diktat der Verhältnisse: Wessen Soldaten einen gemeinsamen Kampf auf Leben und Tod üben sollen, wird dem, was ihnen (und allen Menschen) gemeinsam ist, Vorrang vor dem einräumen müssen, was sie trennen könnte: dem Menschlichen vor dem Völkischen, dem Weltbürgerlichen vor dem Nationalen, der Gattung vor der Hautfarbe, der universalen Ratio vor den regionalen Varianten des Aberglaubens, der Weltwirtschaft vor dem Standort. Dieser Zwang mußte auch das jeweilige Alltagsleben angleichen, kompatibel machen. Amerikanisierung hieß das auf der einen, Russifizierung auf der anderen Seite, den einen gelang mit der Macht der Ökonomie, was den andern mit der Ohnmacht der Ideologie mißlang. Die nationalen Kritiker auf beiden Seiten schimpften die Überwindung regionaler und nationaler Marotten Kulturimperialismus und hofften auf die besseren, nämlich schlechteren Zeiten, die nun angebrochen sind.

Weil die Konkurrenz der Systeme auch eine um die besten Köpfe war, blieben sogar die Möglichkeiten, Aufklärung durch pure Herrschaftspropaganda zu ersetzen,beschränkt. So hielt beispielsweise eine der kostbarsten Erfindungen der kapitalistischen Staats-PR, die Totalitarismus-»Theorie«, dem wissenschaftlichen Diskurs, an dem sich auch die andere Seite verbal wie als corpus delicti beteiligen konnte, nicht stand und mußte trotz höchstem personellen und finanziellen Einsatz (in Berlin wurde zu diesem Zweck eine ganze Universität, die »Freie«, gegründet), nach dreißigjährigem Betreiben Mitte der siebziger Jahre aufgegeben werden.

Daß diese Theorie jetzt eine ähnliche Auferstehung erlebt wie die Religion, die Nation, die Ethnie, die Hautfarbe, hat wiederum dieselbe Ursache wie der Niedergang der größten Einzelgewerkschaft der Welt. Ihr Vorsitzender Zwickel, was immer er als Person sein mag: edel, hilfreich, gut oder feige und korrupt, ist als Politiker bloß ein Funktionär der neuen Weltordnung und ihres Imperativs: Proletarier aller Länder, unterbietet euch. Der Internationalismus, dem unterm Zwang, das Bündnis gegen den Feind im Osten zusammenzuhalten, ein zwar eher ideelles als praktisches Reservat eingeräumt worden war, wird liquidiert, der mit einem Hungerlohn abgespeiste portugiesische Akkordarbeiter ist der Feind des Wolfsburger Arbeitslosen, die Ausbeutung in der Lohnarbeit ein Gnadenakt, um den sich ihre Opfer raufen, in manchen Nächten bis aufs Messer (wobei die Nachricht, daß portugiesische Arbeitslose einen deutschen Facharbeiter erstochen haben, nicht die Regel ist).

Die Welt ist nun *eine* Welt, und der Iran der Ayatollahs, als Rückfall ins Mittelalter der Welt beschrieben, ihre Zukunft. Er hat, indem er aus der alten Weltordnung austrat, die Prinzipien der neuen um ein Jahrzehnt vorweggenommen: Aufklärung durch Aberglauben ersetzt, die sozialen Klassen durch völkische Gemeinschaft, Solidarität durch Verschwörung, Streik durch heiligen Krieg, Revolte der Massen durch individuellen Terror. In der Werbung für den Islam, im Preis für Frau Schimmel wie in der Vorliebe für Itzetbegovics bosnischen Glaubensstaat, drückt sich die Ahnung der eigenen künftigen Ähnlichkeit aus.

Die Furcht, man könne die heimischen Proleten oder ganze Staaten dem Feind in die Arme treiben, hatte den Kapitalismus daran gehindert, ja davor bewahrt, die ihn bestimmende Barbarei ungehemmt auszuleben. In den »Tigerländern«, berichtet nun der Frankfurter Börsenberichterstatter aus der vorbildlichen Zukunftsregion, herrschten »Zweifel an der wirtschaftlichen Zukunft«. »Kern der Ängste« in Singapur, Taiwan, Südkorea sei: »Die einstigen Billiglohnländer sind zu teuer geworden.« Das »asiatische Wunder« sei aufgeflogen: »Jetzt dämmert asiatischen Politikern die Erkenntnis, daß der Erfolg vor allem einem zu verdanken war: billiger Arbeitskraft.« Sony geht von Japan in das neue Billiglohnland USA, dessen Gewerkschaften in den meisten Industriezweigen nur noch Dekoration sind und wo Louis Farrakhan die Schwarzen für die neue Weltordnung (und Sony) zurichtet, indem er aus einer sozialen Klasse eine rassistische Gemeinschaft macht.

Die Töne, unter denen die Zurichtung der deutschen Arbeiter sich vollzieht, klingen ziviler als Farrakhans Haßtiraden: »Modernisierung«, »Umbau des Sozialstaats« und »Bündnis der Arbeit«. Doch sie bedeuten: Wenn das Kapital möglichst vielen Proleten die Chance gewährt, sich ausbeuten zu lassen, verzichten die auf Lohn, auf Nachtruhe, freies Wochenende und soziale Leistungen des Staates. Protagonisten dieser Modernisierung sind der DGB-Vorsitzende Schulte, Zwickel und der alte Kolpingsohn Blüm. Zu einem Zeitpunkt, da die chemische Industrie ihren Jahresgewinn verdoppelt, kürzt der Arbeitsminister die Arbeitslosenhilfe um jährlich 3,4 Milliarden Mark – und damit bis auf die Stelle hinterm Komma um exakt die Summe, die allein der Chemiekonzern Hoechst für die ersten drei Quartale 1995 als Gewinn ausweist. Weil einer,

der lange Zeit keine Arbeit findet, auch Kenntnisse und damit Wert verliert, soll die Bemessungsgrundlage der Arbeitslosenhilfe jährlich um5 Prozent gesenkt werden.

Was nämlich dem polnischen Wanderarbeiter zuzumuten sei, dürfe man auch dem deutschen Arbeiter zumuten, rief Blüm den Metallern zu, denn »der polnische Arbeiter ist nicht weniger wert«. Verarmung als Gebot der Solidarität – keiner ist so sehr auf der zynischen Höhe der Zeit wie dieser Minister an der deutschen Arbeitsfront. Und er hat auch noch recht, solange die deutschen Proleten die Bundesregierung drängen, die Arbeitsmigranten zu vertreiben, anstatt gemeinsam mit ihnen dem Minister und seinen Auftraggebern die Faust unter die Nase zu halten.

Daß der Reichtum der Ersten Welt auf der Armut der Dritten beruht, heißt nicht, wie Blüm suggeriert, daß die soziale Enteignung der Arbeiter in den reichen Staaten ihren Klassengenossen in den armen hilft, sondern im Gegenteil: Sie macht sie ärmer. Wenn sie mit den neuen Billiglöhnen des Nordens konkurrieren wollen, werden die Arbeiter des Südens für noch miesere Löhne noch mehr arbeiten müssen. Die Konkurrenz um Arbeit wird zum (im besten Fall: kalten) Krieg von Nationen und völkischen Massen.

Einen Vorgeschmack der künftigen Barbarei bietet die populistische Niedertracht des Sozialdemokraten Gerhard Schröder, der den Erfolg seiner Partei, die das materielle Schicksal ihrer Klientel in die Hände des VW-Vorstands gelegt hat, auf die Angst des deutschen Kleinraffers vor dem europäischen Kanakengeld gründen will. »Endlich haben wir Sozialdemokraten wieder ein nationales Thema«, sagt Schröder, und was die lange Zeitspanne angeht, die das »endlich« markiert, lassen sich *die* zwei großen nationalen Daten in der Geschichte der SPD nicht übersehen: Kurt Schumachers nationalistische Opposition gegen Adenauer (»Kanzler der Alliierten«) bei Gründung der Bundesrepublik und die Bewilligung der Kriegskredite zu Beginn des Ersten Weltkriegs.

Konkret 12/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Halleluja

Einladung zum Parteitag der SPD.

Programmbeginn:

Dienstag, 14. November 1995

8.30 Uhr: Ökumenischer Gottesdienst in der Christuskirche (Nähe Congress Centrum)

Abs und Downs

Jeden Herbst knallt der liberale Wirtschaftsredakteur die Hacken zusammen, wenn »die sechs führenden deutschen Wirtschaftsinstitute« das Wachstum der Volkswirtschaft vorhersagen, ja verkündigen. Denn kaum etwas ist so sehr Glaubens-, nämlich Aberglaubenssache. In den zehn Jahren zwischen 1986 und 1995 lagen die Institute durchschnittlich um 1,2 Prozentpunkte daneben. Innerhalb der jeweils von jedem Banklehrling erkennbaren Spanne von zwei bis drei Prozentpunkten bedeutet das eine Trefferquote von zwischen 40 und 60 Prozent.

Bonzen

Die Mitglieder der »Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR«, unter ihnen Bundestagsabgeordnete der CDU und der SPD, erhalten jeder jährlich 44.000 Mark Honorar, ihr Vorsitzender Hans-Jürgen Papier 50.000 plus 20.000 Mark Aufwandsentschädigung.

Bonzin

Vor einer Unterwanderung der ostdeutschen Schulen und Hochschulen durch die PDS hat die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier gewarnt. Viele Schulen und Unis seien »Klassenkampfbereich der PDS«, personelle Konsequenzen seien nötig, sagte die Bürgerrechtlerin. Reicht Berufsverbot – oder soll es gleich Bautzen sein, gnä` Frau?

Wer war`s?

Der Berliner »Tagesspiegel« fragt einen Lokalpolitiker: Was schlagen Sie als Sofortmaßnahme gegen das Milliardendefizit im Landeshaushalt vor?*Das Land Berlin steht kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Es müssen deshalb jetzt alle Notregister ziehen. Ich fordere eine sofortige Haushaltssperre. Weiter muß es einen Einstellungsstop im öffentlichen Dienst geben. Zudem sind die bewilligten Mehrausgaben über den Haushaltsplan 1995 hinaus nicht mehr finanzierbar.*

Auf welchem Weg könnte Ihr Sofortkonzept umgesetzt werden?

Der Finanzsenator kann Maßnahmen ergreifen, wie es in anderen Bundesländern bereits geschehen ist. Eine noch höhere Neuverschuldung wäre unverantwortlich.

Wer wars? Ernst Lummer? Irgendwie muß sich der Gedanke auch dem »Tagesspiegel« aufgedrängt haben, der ihn seltsamerweise aber fragt: Spielen Sie die Rolle einer Berliner Margaret Thatcher?

Frau Thatcher hat aus ideologischen Gründen die Verschlankung des Staates gepredigt. Ich setze mich für das Sparen im öffentlichen Haushalt ein, weil es die Situation verlangt.

Und so stellt sich heraus, daß der schöne Satz »Es müssen deshalb jetzt alle Notregister ziehen« ein syntaktischer Fingerabdruck war: Die unideologische Frau Thatcher ist Michaele Schreyer, haushaltspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Grüne, zuständig für die grüne Realpolitik hinter den alternativen Faxen, die der Ströbele vor den 68er-Zahnärzten machen darf.

Nachtgeschirr

Der Leser Ralf Kleinworth aus Heidelberg hat der »Tageszeitung« eine hübsche Paraphrase auf die in KONKRET gestellte Frage vorgehalten, womit die Ökopaxe a.D. heute Bomben auf Serbien werfen wollten, hätten sie sich damals mit ihrem Nein zur Tornado-Rüstung durchgesetzt:

Kürzlich beklagte die Wehrbeauftragte des Bundestages die hohe Zahl von Kriegsdienstverweigerern in Deutschland, wofür sie von der »Taz« scharf angegriffen wurde. Ja, wen wollt denn ihr nach Bosnien schicken, die Pißpottschwenker vielleicht?

Der Säzzer schwieg wie sein Chefredakteur. Betreten?

Tudjfrau

Wie wenig um irgendwelche Kanaken und ihre Händel es der deutschen Jugoslawien-Politik von Anfang an ging, wird offenkundig, nachdem der Zweck des Gemetzels: Deutschland zur kriegsberechtigten und kriegsbereiten Weltmacht zu erheben, erreicht ist. Plötzlich entdeckt das kroatische Blitzmädel Dunja Melcic, das noch jeden Talkshow-Gast, der das Wort Ustascha auch nur in den Mund nahm, niedergekeift hatte, daß Tudjman auch seine Fehler hat. Zwar bleibe

das Faktum, daß der Zustand der Demokratie bei einem angegriffenen Land weniger ins Gewicht fällt als die Aggression sowie die Priorität, das Land zu verteidigen,

weshalb auch sie ganz recht hatte, den Zustand der Demokratie nicht ins Gewicht fallen zu lassen; zwar sei nun

der Bestand des Staates gesichert, und das Verdienst des kroatischen Präsidenten ist dabei nicht in Frage zu stellen,

aber bevor man als Propagandistin des verdienten Verteidigers für die Verteidigungstaten seiner Soldateska etwa in der Krajina haftbar gemacht werden könnte, geht man auf Distanz:

Tudjmans Machtrausch... skandalöser Machtmißbrauch... Geschmacklosigkeiten... Tudjman scheint zunehmend jedes Augenmaß zu verlieren. Wer in Eigenmächtigkeiten schwelgt, verliert vor allem den Sinn für die Zeit, für die Vergänglichkeit des Ruhms. Für die Elogen der Speichellecker, die unter einem Diktat stehen, ist charakteristisch, daß sie verstummen, sobald das Diktat weg ist... Dann wird nicht geflissentlich übersehen, daß es die Zeit der Gängelung der Demokratie, der Aushöhlung des Rechtsstaates, der heimtückischen Unterwanderung des Nachbarstaats war. Und eine Zeit, in der hilflose alte Menschen in den verlassenen, ehemals serbischen Gegenden umgebracht wurden.

Frau Melcic hat Sinn für die Zeit.

Tudjman

Als aber der deutsche Waffenbruder Christian Schwarz-Schilling (CDU) hörte, daß seine Kroaten die hilflosen, alten Menschen, die zu schwach waren, vor den Befreiern der Krajina zu fliehen, umgebracht haben, sagte er im »Deutschland-Radio«, das sei »sehr enttäuschend«.

Führernatur

Aus einem Interview der Schweizer »WoZ« mit Armin Mohler, Träger des Adenauer-Preises für Publizistik, bis 1985 Leiter der Siemens-Stiftung, enger Weggefährte von Franz Josef Strauß und Alter Herr der neuen Nazis um die »Junge Freiheit«:

*1942 bin ich schwarz über die Grenze nach Deutschland. Ich wollte unbedingt zur Waffen-SS. Ich wurde weitergereicht ins SS-Hauptamt in Berlin. Sie wollten mich bei der SS aber nicht, und so begann ich, ein Jahr an der Humboldt-Universität zu studieren... Ich verstehe mich als einer der Väter der Neuen Rechten in Deutschland.*Bewundern Sie Hitler immer noch wie in Ihren Jugendzeiten?

Was heißt bewundern? Er hat immerhin eine richtige Führung geschaffen. Die Kader, die er heranzog, hatten Stil.

Die Himmlers, Görings, Goebbels?

Nein, nicht diese Chargen, sondern die im dritten und vierten Glied, die jungen Leute. Oberleutnants wie Helmut Schmidt.

Helmut Schmidt?

Ja, das ist der Typus, der unter Hitler groß geworden ist. Keine Nationalsozialisten, aber fähige Führertypen. Die Wehrmacht ist doch nicht von Figuren wie Göring oder Himmler getragen worden, sondern von Oberleutnants wie Helmut Schmidt. Hitler kann man vieles vorwerfen, aber regieren konnte er.

Er hat Millionen von Menschen auf dem Gewissen.

Wenn die Alliierten alle ihre Verbrechen zugeben würden und die Deutschen sich auf die schlimmen Dinge beschränkten, die ihnen einwandfrei nachgewiesen sind, dann wäre der Unterschied gar nicht mehr so groß.

Kommen junge Leute zu ihnen, weil Sie sich offen zu diesem Stil bekennen?

Ja. Manche von ihnen gehen für eine Woche in Bosnien kämpfen.

Auf welcher Seite?

Natürlich nicht auf der Seite der Bosnier. Auch nicht der Serben, sondern der Kroaten.

Artikel 5

Wer erinnert sich der Schlagzeilen über das Attentat, das ein Trabant-Fahrer 1982 auf Erich Honecker verübte, und an den Mord, den Honeckers Vopo-Begleiter am Täter begingen? Jetzt meldet die »Bild«-Zeitung auf sieben kleingedruckten Zeilen:

Das angebliche Attentat auf Erich Honecker in Wandlitz (1982) war nach Angaben der Staatsanwaltschaft Neuruppin kein gezielter Anschlag, sondern ein normaler Verkehrsunfall.

Wie anders hätte die Kunst des Dritten Reiches ausgesehen, wenn Hitler, wie Mussolini, der Moderne gegenüber toleranter gewesen wäre

Aus dem Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen«

Konkret 12/95, S. 11

Termine

20.11. Nürnberg; KOMM; Königstr. 93; 19.30 Uhr: Vortrag von Dr. Brigitte Bailer-Galanda (Wien) »Amoklauf gegen die Wirklichkeit – Die Kampagne zur Leugnung von Auschwitz«

25./26.11. Frankfurt / Main; Haus der Jugend; Deutschherrnufer 12: Tagung zum Thema »Internationalisierung: Aktuelle Entwicklung – Alternativen« mit den Schwerpunkten »Internationalisierung und Finanzkapital« und »Europäische Integration vor Maastricht II«. Veranstalter: IMSF e.V., »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung« und Arbeitskreis Kapitalismusforschung. Unterkunft unter 069 / 619 058

27.11. Nürnberg; KOMM; Königstr. 93; 19.30 Uhr: Lesung mit Arno Lustiger »Zum Kampf auf Leben und Tod – Vom Widerstand der Juden 1933 – 1945«

27.11. Dresden; Club für Dich; Martin-Luther-Platz; 19.00 Uhr: Eine Veranstaltung mit dem Titel »Mit dem deutschen Volke brechen? Antifa nur als Selbstschutz?« stellt die Grundlagen des antinationalen Politikverständnisses zur Diskussion.

29.11. Kaiserslautern; Universität; Hörsaal 46 – 110; 20.00 Uhr: Vortrag mit anschließender Diskussion »Euthanasie und Rassismus im gesellschafts-politischen Kontext« mit Oliver Tolmein

6.12. Hamburg; Medienpädagogik-Zentrum; Susannenstr.14c; 19.30 Uhr: »Nach-Ermittlungen«: Filmveranstaltung mit anschließender Diskussion über den Einsatz verdeckter Ermittler am Beispiel zweier Enttarnter in Tübingen, veranstaltet von MASCH.

13.12. Hamburg; Medienpädagogoik-Zentrum; Susannenstr. 14c; 19.30 Uhr: »Sie würden uns gerne im Knast begraben«: Filmdokumentation einer Veranstaltung mit Edith Lunnebach und Klaus Croissant aus dem Jahre 1989 über »Terrorismus«-Verfahren, Sonderhaftbedingungen und 129a. Veranstalter: MASCH

18.12. Hamburg; Audimax der Uni; 19.30 Uhr: Günter Grass liest aus seinem Buch »Ein weites Feld«

Vorankündigung: Vom 23.-25.2.1996 ist ein Seminar des Forums Südliches Afrika zum Thema »Versöhnung im Südlichen Afrika« geplant. Kontakt: Dr. Peter Schröder; Tannenbacher Str. 42; 79106 Freiburg

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Voraussetzung hierfür ist, daß die Termine spätestens zum Ersten des VORMONATS hier eingehen: KONKRET Stephan Meyer; Ruhrstr. 111; 22761 Hamburg oder per FAX an 040 – 851 26 14

Konkret 12/95, S. 12

Werner Pirker

Rußlands Retter

Am 17. Dezember wird in Rußland gewählt – zwischen »Jabloko«, »Kommunistischer Partei«, »Unser Haus Rußland«, »Mein Vaterland«, »Kongreß russischer Gemeinden«, »Sozialistischer Partei der Werktätigen«, »Die Macht dem Volk!«, »Demokratische Wahl Rußlands«, »Sozialdemokratie« und »Vorwärts Rußland«. Ein kleines Vademecum zu: Wer was will, wer zu wem gehört und was zur Wahl steht

Die Partei der Biertrinker sollen die für die Kandidatur zu den russischen Parlamentswahlen erforderlichen 200.000 Unterschriften ebensoviele Flaschen Bier gekostet haben. Schon wesentlich mehr zu kämpfen hatte der Wahlblock »Jabloko« (Apfel) des renommierten »Reformökonomen« Grigorij Jawlinskij. Ihm verweigerte die Wahlkommission fürs erste die Zulassung zur Wahl, da er für 13 seiner 257 Kandidaten keine Einverständniserklärung beigebracht hatte.

Da die Kandidaten des Apfelblocks, die lebenden ebenso wie die 13 toten Seelen, eher nicht auf den Obstmärkten aufgesammelt wurden, sondern vielmehr in dem Verdacht stehen, die intellektuelle Elite des Landes darzustellen, war die Empörung in den demokratischen Kreisen ob dieser bürokratischen Anmaßung groß. Allein der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadij Sjuganow, sprach von einer Schmierenkomödie, deren Zweck darin bestanden habe, Jawlinskij einen Opfermythos anzudichten und so seine Popularität zu erhöhen. Sjuganow konnte gut reden. Als erste, weil stärkste der Parteien hat die KPRF ihre Unterschriften beigebracht und eine gegen alle Schikanen gewappnete Kandidatenliste vorgelegt.

Die Duma-Wahlen am 17. Dezember sind die zweiten im wiedergeborenen Rußland. Jelzin, dem von Amts wegen jede Einmischung in den Wahlkampf untersagt ist, hat den Wahlgang, wie das nun seine Art ist, zur Entscheidungsschlacht gegen die Kommunisten erklärt. Zum Kämpfer gegen den Kommunismus geworden, weil er den Karriereknick auf seinem Aufstieg zum KPdSU-Generalsekretär nie verwinden konnte, sucht der Mann aus dem Ural im Dämmerlicht seines Erdendaseins noch einmal die große Herausforderung. Zum dritten Mal nach dem August 1991 und dem Oktober 1993 will er dem Kommunismus eine »historische Niederlage« bereiten.

Das technologische Know how für das Ausmanövrieren seiner politischen Gegner holte sich Boris Nikolajewitsch aus dem Arsenal der Stalinschen Machtpolitik. So verkündete er Anfang Juli im Vollgefühl der präsidialen Selbstherrschaft die Bildung zweier Wahlblöcke: »Wir haben verabredet, daß, um zwei extremistische Flügel, den linken und den rechten, abzuschneiden, zwei Wahlblöcke geschaffen werden. Einen Block führt der Vorsitzende der Regierung, Viktor Tschernomyrdin, den anderen der Vorsitzende der Staatsduma, Iwan Rybkin.« Jelzin, Swerdlowsks ehemaliger Gebietsparteisekretär, beherrscht den Kurzen Lehrgang derGeschichte der KPdSU (Bolschewiki), in dem die Technologie des Flügelstutzens ausführlich erklärt wird, immer noch aus dem Effeff.«Die Kader entscheiden alles«, hieß es schon auf dem »Parteitag der Sieger«, als die linke und rechte Opposition gegen Stalin zerschmettert am Boden lag. Also bildete auch die neurussische Nomenklatura ihre Kaderorganisation. Die nennt sich »Unser Haus Rußland« und steht Tschernomyrdin zufolge für die Stabilität im Lande. Den eigenen Interessen nach Stabilisierung des im Verlauf der wilden Privatisierung ergaunerten Besitzstandes höchste nationale Priorität einräumend, haben die Erbauer des gemeinsamen Hauses auch keine Finanzierungsprobleme. Als Sponsor fungiert das mächtigste Geschäftskonglomerat des Landes, die sogenannten Großen Acht, darunter der Energiekonzern »Gasprom«. Dessen wichtigster Lobbyist wiederum ist Viktor Tschernomyrdin, selbst einer der reichsten Männer Rußlands. Wenn der Premier und sein Anhang »Unser Haus Rußland« sagen, dann meinen sie »unser«. Und weil es ihr Haus ist, werden die Obdachlosen immer mehr.

Der Kreislauf von Macht und Geld müßte sich bei Wahlen als äußerst störungsanfällig zeigen, hätte er nicht auch noch seine korrumpierende Wirkung nach unten. Denn Tschernomyrdins ökonomisches und Machtkartell kommt aus der realsozialistischen Geschichte dieses Landes. Es stützt sich zum überwiegenden Teil auf die Kaderangehörigen der zentralen und regionalen Ebenen sowie die Direktoren der Großbetriebe. Zwischen den Führungskräften der Produktion und den Belegschaften bestehen in der Regel immer noch sozialpaternalistisch geprägte Beziehungen und auch eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen, vor allem bei der Abwehr der wahnwitzigen Reformpolitik der Liberalen, die die materielle Produktion der marktvermittelten Selbstvernichtung überlassen wollen. So steht der Ministerpräsident für eine Entwicklung, die als Übergang vom westlich-liberalen zum korporatistischen Modell des russischen Kapitalismus bezeichnet werden kann. Und das verleiht dem Petromilliardär Tschernomyrdin auch noch das Image eines Genossen Generaldirektors der russischen Volkswirtschaft.

Die deutsche Bourgeoisie weiß diese Prozesse bei allem Respekt vor den Selbstheilungskräften des Marktes richtig zu deuten und setzt ihre Hoffnungen auf Tschernomyrdins Stabilisierungsprogramm. Über »Jelzin oder was nach ihm käme« nachdenkend, begründet ihr Zentralorgan, die »FAZ«, ihre Präferenzen für Tschernomyrdin als »Kandidat der reformorientierten Kräfte« unter anderem mit dem Hinweis, dieser habe sich eine eigene, auf die Nomenklatura gestützte Machtbasis geschaffen. Die Nomenklatura als Reformkraft? Das hat man einst ganz anders gelesen.

Dem »russischen Roulette«, den »Wahlen voller Risiken und mit ungewissem Ausgang«, kann die deutsche Nomenklatura wenig abgewinnen. Da hält man sich lieber an die Hausherrenfraktion, weil diese »die Interessen all jener bündelt, die von den Wirtschaftsreformen, von der Umverteilung des ehemaligen Staatsbesitzes und der Neuverteilung der politischen Macht profitiert haben – und nicht wünschen, daß das Boot ins Schaukeln gebracht wird«. Und so votiert die deutsche Hautevolee doch eher für »die Partei, die gleichsam den Status quo repräsentiert« – für Tschernomyrdin, Rußlands ideellen Gesamtkapitalisten.

Indessen hat russisches Wählerverhalten an der Frankfurter Börse schon einmal für panische Reaktionen gesorgt. Auch diesmal dürfte sich die Zustimmung für den rechtszentristischen Block eher in Grenzen halten. Deshalb auch die famose Nomenklatura-Idee, die Partei der Macht und die Partei der konstruktiven Opposition bereits im Vorfeld der Wahlen zu konstituierenund die Wahl als Spiel auf ein Tor zu inszenieren.

Den »linkszentristischen« Part in dieser von Boris Nikolajewitsch ausgemalten Parteienlandschaft mit dem Mount Jelzin als einsamem Gipfel hätte der Block um den Parlamentspräsidenten Iwan Rybkin abgeben sollen. Rybkin war als Kandidat der mit den Kommunisten verbündeten Agrarpartei ins Parlament gewählt und von der kommunistisch-nationalistischen Mehrheit zum Duma-Vorsitzenden gekürt worden. Doch auf diesem Posten erlag er bald den Verlockungen des Jelzinschen Machtzentrums, in dessen Allerheiligstes, den Sicherheitsrat, er dann auch aufrückte. Sein oppositionsinterner Putsch fand keine Anhänger. Die Agrarpartei, die Rybkin ins linke Zentrum des Jelzinismus führen wollte, schloß ihn wegen »politischer Polygamie« aus. Die »Frauen Rußlands«, die der Überläufer mit bäuerlichem Charme umwarb, ließen ihn ebenfalls abblitzen, sie blieben der Sjuganow-Partei im Wort. Lediglich Teile der Bergarbeitergewerkschaft, ein »Klub der Realisten« und Sergej Rodjanow, Direktor der Bank Imperial, schlossen sich den Linkszentristen an.

Dem Rybkin-Block zuerst beigetreten und dann wieder ausgetreten ist die Wahlvereinigung »Mein Vaterland«, die nun eine eigene Liste bildet. Generaloberst Gromow, ein schillernder Held der Sowjetunion, führt sie in die Wahlschlacht. Er war der letzte Befehlshaber des sowjetischen Truppenkontingents in Afghanistan und gehörte im Sommer 1991 zu den Unterzeichnern des wertkonservativen Appells, der die Usurpation der Macht durch »redegewandte Deputierte und reiche Raffer« beklagte, was den General in der Folge nicht daran hinderte, der Macht der Raffer als stellvertretender Verteidigungsminister zu dienen, bis diese ihn wegen kritischer Äußerungen zum Tschetschenien-Krieg ins Außenministerium abschob. Nun markiert Gromows vaterländischer Block den Übergang in das große Lager der »Patrioten-Etatisten«, dessen einzelne Gruppierungen in mehr oder minder scharfer Opposition zur Jelzinschtschina stehen.Ins Zentrum dieser aus dem ideologischen Fundus des russischen Sonderweges schöpfenden Kräfte ist der »Kongreß Russischer Gemeinden« (KRO) gerückt. Schon die Listenbezeichnung enthält das Bekenntnis zur traditionalen, auf der Obschtschina (Gemeinde) beruhenden russischen Gesellschaft. In der Anerkennung der staatlichen und gesellschaftlichen Besonderheiten Rußlands als Konstanten seiner historischen Entwicklung sieht der Kongreß die wichtigste Voraussetzung zur Wiederherstellung der Normalität. KRO-Vorsitzender Jurij Skokow bezeichnete vor Journalisten »das System, das in Jelzins Namen auf den Trümmern des Sowjetstaates gegründet wurde«, als »nicht von Demokratie, Gesetz, normalen Rechten und Verantwortung erfüllt«. Deshalb müsse eine »normale Macht« gebildet werden, um den Menschen »ein normales Leben ohne Schocks und unverständliche Reformen« zu ermöglichen. Diese Botschaft bedeutet eine klare Absage an das »russische Jahrhundert« – an das Wechselbad von Revolution und Konterrevolution. Die Normalität beruft sich dabei auf die »natürlichen Entwicklungstendenzen der russischen Gesellschaft«, die dem »künstlichen kommunistischen Klassenmodell« ebenso gegenübergestellt werden wie der »neobolschewistischen« Klassenrevanche der Liberalen.

Das ist auch der Grund, warum Skokow dem Jelzin-Lager, dem er als Sekretär des Sicherheitsrats an zentraler Stelle zu Diensten war, im April 1993 den Rücken kehrte. Jelzins »demokratisches« Politbüro, lautete seine Kritik, sei einem abstrakten, irrationalen Radikalismus erlegen und damit einer der Hauptverursacher der gesellschaftlichen Konfrontation. Als Chef des industrielobbyistischen »Verbandes der Warenproduzenten« machte der ehemalige Rüstungsindustrie-Manager in Konkurrenz zu Tschernomyrdin seinen Anspruch auf die Leitung der postkommunistischen Kaderabteilung geltend. Massenwirksamkeit erhielt die allrussische Gemeindetagung aber erst durch die Teilnahme des charismatischen Armeeführers Alexander Lebed, der wie kein anderer der Stimmung der frustrierten Großmacht-Russen Ausdruck verleiht.

Mit von der zentristischen Partie ist auch die kleine Gemeinde demokratischer Sozialisten, die »Sozialistische Partei der Werktätigen« (SPT) um Roi Medwedew und Ludmilla Wartasarowa. Letztere wurde an die vierte Stelle der Kandidatenliste gereiht und zur Wahlkampfleiterin ernannt. Die SPT als Partei der verratenen Perestroikisten bezieht sich stärker als die einem exzessiven russischen Staatlichkeitskult verfallene KPRF auf demokratisch-emanzipatorische Standards, was sie aber schon bei den Duma-Wahlen 1993 nicht daran hinderte, gemeinsam mit Monarchisten und Kosaken einen obskuren »Vaterland«-Block zu schmieden, dem allerdings die Registrierung verweigert wurde, weil die Kosaken die Unterschriftenliste falsch ausgefüllt hatten. Die Kommunisten, denen laut Umfragen bis zu 19 Prozent der Stimmen vorausgesagt werden, womit sie die mit Abstand stärkste Parlamentsfraktion stellen würden, haben ihre Strategie bereits über die Wahl hinaus festgelegt. Sjuganows eindeutige Koalitionsaussage zielt auf eine breite Allianz »aller nationalen und

staatsverbundenen Kräfte«. Als wichtigsten Ansprechpartner für eine Regierung der nationalen Rettung nannte der KP-Chef den Kongreß Russischer Gemeinden. Eine solche Regierung müßte nach Vorstellungen der Nationalkommunisten durch das Parlament und nicht, wie in der autokratischen Verfassung vorgesehen, durch den Präsidenten ernannt werden. Überhaupt sollte die Präsidialmacht abgeschafft und die Exekutive unter die Verantwortung des Parlaments gestellt werden. Denn für Sjuganow bleibt die Sowjetmacht, deren Wurzeln er auf die mittelalterliche Nowgoroder Volksversammlung zurückführt, die einzige für Rußland adäquate Staats- und Regierungsform. Ansonsten propagiert die KPRF unverdrossen die Dreieinigkeit von starker Staatsmacht, Volkstümlichkeit und der bewegenden Kraft einer großen Idee – von der russischen Orthodoxie zum Marxismus-Leninismus und wieder zurück.

Am Wettbewerb der »Helden der Sowjetunion« zur Rettung Rußlands beteiligt sich neben Gromow und Lebed auch Alexander Ruzkoj, jener Mann, der am 21. September 1993 nach Jelzins Putsch »die Verantwortung für die Situation im Lande« übernommen hatte, der er mit seiner abenteuerlichen Orientierung auf den bewaffneten Aufstand allerdings nicht gerecht werden konnte. Um erneut in die Schlacht um Rußland ziehen zu können, mußte sein »Derschawa«-Bataillon wie der Jabloko-Block erst den Urteilsspruch des Verfassungsgerichts abwarten, der die Kandidaturen schließlich bewilligte. *Derschawa* (Großmacht, starker Staat) lautet im übrigen der Titel eines Buches, in dem Sjuganow die hehren Prinzipien der russischen Staatlichkeit preist.

Ruzkoj, dessen Ideengemisch die russische Großmachtideologie mit den Sozialstereotypen des Sowjetkommunismus ebenso in Verbindung setzt wie mit der christlich-orthodoxen Ethik, ist somit mehr ein ideologischer Kostgänger denn ein ernsthafter Rivale der Kommunisten, die längst die Richtung im russischen National-Diskurs bestimmen.

Eine starke KP-Nähe weist auch die vom linksbürgerlichen Nationalisten Sergej Barburin und dem vorletzten sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolaj Ryshkow gebildete Vereinigung »Die Macht dem Volk!« auf.

Das Lager der liberalen Konterrevolution, in dessen Namen Jelzin im Oktober 1993 Rußlands authentischen Parlamentarismus, die Sowjets, zerschlug, ist mittlerweile in Opposition zur Staatsmacht geraten.Wollten die Liberalen im Dezember 1993 über ihre Listenbezeichnung »Rußlands Wahl« das Wahlerebnis gleich vorwegnehmen, gibt man sich diesmal etwas bescheidener: »Demokratische Wahl Rußlands – Vereinigte Demokraten« lautet der Name, unter dem Gaidars Junge Garde der Bourgeoisie die russische Demokratie retten will. Dazu gehören auch die mit dem Segen Jelzins gegründete »Sozialdemokratie« des Alexander Jakowlewsowie die Bankerpartei »Vorwärts Ruß-land!«.

Das von Galina Starowoitowa und dem Popen Jakunin geführte »Demokratische Rußland«, im August 1991 immerhin Sieger über den KPdSU-Staat, scheiterte bereits bei der Sammlung der Unterschriften mangels Beziehungen zur Brauereiindustrie.

So konzentrieren sich alle Hoffnungen der Westler-Richtung auf Grigorij Jawlinskij. Der aus dem ukrainischen Lwow stammende Wirtschaftstheoretiker hatte 1990 weltweit Aufsehen erregt, als er mit dem größenwahnsinnigen Versprechen vorstellig wurde, Rußland in 500 Tagen in die Marktwirtschaft zu führen. Doch es war nicht ihm, sondern dem ehemaligen Prawda-Wirtschaftsredakteur Jegor Gaidar beschieden, jenen Wirtschaftskrach zu inszenieren, der den staatssozialistischen Reproduktionszyklus zerstörte. Das hätte anders gemacht werden müssen, lautet Jawlinskijs Botschaft: durch die behutsame Herstellung eines Kapitalismus von unten im Rahmen »gesunder Konkurrenzbeziehungen«. Als erklärter Gegner der Schocktherapie gewann Jawlinskij eine breite Anhängerschaft unter der Intelligenz, die für den Markt gestritten hatte, diesem aber mehr Intelligenz und weniger Brachialgewalt zugetraut hat. Als Helden der Demokratie arbeitslos geworden, beklagen russische Intellektuelle die Fortsetzung der Nomenklatura-Herrschaft unter kapitalistischen Bedingungen. Da Jawlinskij dem ordnungsliberalen Fanatismus, dem Aufbau des Kapitalismus auf Komsomolzenart, stets abgeneigt war, bietet sich sein Jabloko aber auch als Bündnispartner der Zentristen in der Machtpartei an.

Die Wahlen werden darüber Auskunft geben, wer künftig die Definitionsgewalt über die »natürlichen Entwicklungstendenzen Rußlands« hat. Ein von den Kommunisten organisierter »linkszentristischer« oder ein sich um das Machtlager gruppierender »rechtszentristischer Block«. Innerhalb der gegenwärtigen Konstellation der Kräfte ist ein neuerlicher Triumph Schirinowskijs eher unwahrscheinlich. Als der bessere Jelzinist wird er die ans Ende ihrer physischen Kräfte gelangte Autokratie politisch eher nicht überleben.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 11/93 über Bosniens Ende

Konkret 12/95, S. 15

Holger Becker

Zwar ohne wenn aber auch doch

Die PDS lehnt militärische Einsätze unwiderruflich ebenso strikt ab wie Diskussionsverbote (über militärische Einsätze)

»Selbstverständlich sind wir grundsätzlich gegen die Todesstrafe. Allerdings wollen wir die Frage nicht unterdrücken, ob sie nicht doch bei bestimmten Delikten (Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Scheckbetrug) und nach einer grundlegenden Reform des Hinrichtungswesens (Solarstrom für elektrische Stühle) anzuwenden ist. Diskussion muß erlaubt sein, auch wenn ohne Wenn und Aber gilt: Wir sind gegen die Todesstrafe.«

Das in etwa ist das Muster, nach dem führende PDS-Genossen auf einen Skandal reagierten, der das Berliner Karl-Liebknecht-Haus kalt erwischt hatte. Aus der Zeitung (»junge Welt« vom 26. Oktober), und das war gar nicht eingeplant, hatte die Mitgliedschaft der Partei erfahren, was sich in der PDS-Bundestagsgruppe gerade so tat: Während man in der Hauptstadt noch den Wahlerfolg der Partei feierte, wurde unter den Bonner PDS-Abgeordneten ein Papier verteilt, das aus dem von Andrea Lederer geleiteten »Arbeitsbereich Außen- und Friedenspolitik« stammte und den bisher verkündeten Positionen und plakatierten Losungen der Demokratischen Sozialisten zuwiderlief. Denn die PDS-Parlamentarier sollten jetzt über die Frage diskutieren, ob Kampfeinsätze von UNO-Verbänden nicht doch unter bestimmten Bedingungen gebilligt werden könnten. Als Vorausetzungen, unter denen sie eine Schießerei gutheißen würden, nannten die Verfasser u.a. Kleinigkeiten wie eine Reform der UNO, eine »Stärkung der Generalversammlung« und eine »Demokratisierung des Sicherheitsrates«.

»Keine Kampfeinsätze, nie, nirgendwo und unter keinen Bedingungen«, donnerte, nachdem die Sache in der Zeitung stand, der PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Jüttemann. Und er meinte das wohl genauso ehrlich wie sein PDS-Kollege Rolf Köhne: »Das ist ein überflüssiges Papier zu einer überflüssigen Debatte.« Zu einem ganz »normalen Vorgang« erklärte hingegen MdB Uwe-Jens Rössel die Angelegenheit, während PDS-Ehrenvorsitzender Hans Modrow den doppelten Rittberger versuchte: »Ohne Wenn und Aber« stehe er dafür ein, »daß die Partei bei der Ablehnung militärischer Aktionen auch bei Konfliktlösungen konsequent« bleibe, gab er zu Protokoll. »Natürlich und notwendig« sei es aber auch, »Diskussionspapiere zu haben, die zur Meinungsbildung führen«.

Auf diese Position zog sich dann auch der PDS-Vorstand zurück, der der Debatte um das zu früh bekanntgewordene Papier nicht ausweichen konnte. »PDS bleibt Antikriegspartei«, titelte das führungstreue »Neue Deutschland« nach der nächstfolgenden Sitzung im Karl-Liebknecht-Haus, vergaß aber auch nicht den Vize-Parteivorsitzenden Wolfgang Gehrcke zu zitieren, der – ein Freigeist von Kindesbeinen – forderte: »Denkverbote« dürfe es nicht geben.

Damit war das verunsicherte Parteivolk erst einmal beruhigt. Die »Diskussion« aber über die Haltung der PDS zu Kriegseinsätzen, die das aufholen soll, was Joseph Fischer bei den Bündnisgrünen bereits geschafft hat, ist allenfalls aus taktischen Gründen vertagt. Denn immerhin bleibt zu beachten: Bei der Initiatorin des Papiers »zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen« handelt es sich mit Andrea Lederer um eine Politikerin, die man ganz sicher als eine der engsten Mitstreiterinnen Gregor Gysis bezeichnen darf.

Während der Chef der PDS-Bundestagsgruppe und noch immer mächtigste Mann der Partei sich in dieser Sache bislang öffentlich zurückhielt, dementierte Andrea Lederer eifrigst, daß zwischen ihrem Vorstoß und den Bemühungen um Koalitionsfähigkeit der PDS ein Zusammenhang bestehe. Solche »Vermutungen« belegte sie mit der Vokabel, die im PDS-Führungsjargon immer herhalten muß, wenn es um die Verneblung leicht begreifbarer Wahrheiten geht. Sie bezeichnete sie als »denunziatorisch«.

Konkret 12/95, S. 16

Andreas Dietl

Deutschland bei Nacht

Ich bete an die Macht der »smart bombs«: Mit einer Kombination aus altem deutschen Kommißgeist und neuester Waffentechnik wirbt die Bundeswehr für sich und ihre zukünftigen Kriege

Wenn Deutsche feiernd zu sich finden wollen, muß es Nacht sein und ein Feuer leuchten. Die bösen Deutschen tun es mit Brandflaschen in Mölln, Solingen oder Rostock, die guten Deutschen tun es im Kerzenschein rund um die Alster, auf dem Römer oder dem Marienplatz, die wehrhaften Deutschen tun es beim Großen Zapfenstreich – mit Fackeln in den Händen von Angehörigen des Wachbataillons der Bundeswehr. Es ist kein Deutscher, wer den Zauber flieht: »Die Bundeswehr«, rief ihr Kriegsminister Volker Rühe in die Bonner Nacht, »ist Teil des Volkes und gehört in seine Mitte.«

Nächtliche Aufmärsche und Feuerzeremonien wie Zapfenstreich und öffentliches Gelöbnis haben Konjunktur. Das liegt nicht am vierzigjährigen Jubiläum der deutschen Wiederbewaffnung – zum dreißigsten »Geburtstag« der Bundeswehr fand nichts dergleichen statt. Der feierliche Rummel soll die neue Rolle der Bundeswehr ins öffentliche Bewußtsein heben.

Zur Zeit der »Blockkonfrontation« wurde die Existenz einer deutschen Armee mit der militärischen Verteidigung des eigenen Landes und des Territoriums der Nato-Verbündeten begründet. Natürlich war das nur die halbe Wahrheit. Eine Armee, zumal die eines Staates, der ökonomische Interessen in aller Welt zu wahren hat, ist nie allein auf Verteidigung hin konzipiert. Daß die Bundeswehr noch etwas besser als andere »Verteidigungsarmeen« für den Angriff geeignet war, daß sie zwar keine ausgebauten Stellungen, dafür aber den schnellsten Kampfpanzer der Welt besaß, wurde mit dem Konzept der »Vorneverteidigung« begründet: Im »Verteidigungsfall« sollte die Front sofort ins Gebiet des Feindes vorgeschoben werden. Das neue Wort stand freilich für die alte Übung militärischer Rhetorik, in der alles, vom »Zurückschießen« über den »Gegenangriff« bis zum atomaren »Präventivschlag«, nur geschieht, um einem Angreifer oder potentiellen Angreifer verteidigend zuvorzukommen.

Was die Akten der DDR-Armee zeigen: daß die Bundesrepublik zu keiner Zeit militärisch bedroht war, hat natürlich auch in Bonn niemanden überrascht. Die Rede von der »Verteidigung« diente nur dem Zweck, die andauernde Bedrohung jener Staaten, die sich gerade zum zweiten Mal in einem Vierteljahrhundert von der Besetzung durch deutsche Vaterlandsverteidiger befreit hatten, vor der Umwelt zu rechtfertigen und der eigenen Bevölkerung jene Bedrohung zu suggerieren, die ihren in der Nazizeit und davor erworbenen rassistischen und antikommunistischen Denkmustern entsprachen.

Nach dem Ende der Systemkonfrontation läuft die »Verteidigungs«-Propaganda jetzt allerdings ins Leere. Selbst dem geschicktesten Truppenwerber gelingt es nicht mehr, eine Bedrohung Deutschlands zu konstruieren, die überzeugend genug wirkte, um genügend »wehrfähige« junge Männer zu bewegen, ein Jahr ihres Lebens der Abwendung der Gefahr zu opfern. Die Polarisierung der Gesellschaft in der »Ära Kohl« führte zudem auf der einen Seite zu einer wachsenden Zahl arbeitsloser Jugendlicher, von denen viele keinen Grund sehen, ausgerechnet für diesen Staat ihren Arsch hinzuhalten, und produzierte auf der anderen Seite eine ebenfalls wachsende Zahl karrieregeiler Yuppies, die zum Reichwerden keine Zeit zu verlieren haben.

Daß die Gefahr eines Kriegseinsatzes mit Todesfolge wächst, seit die Bundesrepublik als »Mittelmacht mit weltweiten Interessen« (Bundeswehr-Generalinspekteur Naumann) diese auch militärisch verfolgen will, versteht sogar der dümmste Rekrut. Das erste nachkriegsdeutsche Soldatenbegräbnis gab es schon – für den in Kambodscha erschossenen Sanitäter Arndt. Der Wunsch, die Fahne mit dem Bundesadler und eine bunte Mütze auf den Sarg gelegt zu kriegen, hat danach in bemerkenswerter Weise abgenommen. Zu jedem Einberufungstermin finden sich weniger Freiwillige für den Dienst am Vaterland.

Eine erste Werbekampagne für den neuen Soldatenberuf nach der Zeit des Drückebergers in Uniform hatte die Bundeswehr im Mai 1994 gestartet: Mit Slogans wie »Ja, Verantwortung«, »Ja, Tapferkeit«, »Ja, Dienen« appellierten die Werber an jene Ideale, die schon die Großväter auf den Schlachtfeldern ganz Europas so glaubwürdig vertreten hatten. In modischem Layout wurden Hightech-Waffen mit alten »soldatischen Tugenden« kombiniert. Damit war eine propagandistische Marschroute festgelegt, die in den Weiheappellen des Herbstes 1995 nur ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hat:

Die inneren Widersprüche der Armee werden als ihr eigentlich »Interessantes« verkauft. Aus der Spannung zwischen Aufmärschen von nazi-ähnlichem Zuschnitt einerseits und »smart bombs« und ECR-Tornados andererseits soll der neue Typus des soldatischen Mannes entstehen. Das warme Licht der Pechfackel und das Aufgehen im nationalen Kollektiv der Ewigguten – »Ich bete an die Macht der Liebe« wurde beim Großen Zapfenstreich in Bonn gesungen – sind der Ausgleich für die Kälte in der Operationssaal-Atmosphäre des elektronischen Gefechtsstandes.

Daß nur der geringste Teil der Soldaten seine Dienstzeit am Computerbildschirm oder im Wachbataillon verbringt, spielt keine Rolle: Es geht darum, wie sich die Armee kurz vor ihrer ersten »Feuerprobe« selbst darstellt. Wenig überraschend,

sondern gerade in der Vorhersehbarkeit atemberaubend ist dabei, mit welchem Diensteifer sich praktisch die gesamte bürgerliche Presse als Propagandakompanie zur Verfügung stellt.

Der Bonner Korrespondent der »FAZ« repetiert in seiner Berichterstattung zum Zapfenstreich absatzweise Militärkommandos und füllt die Zwischenräume mit etwas Riefenstahl-Kitsch – »das weite offene Karree mit Fackelträgern abgesteckt«. Im Leitartikel konstatiert derselbe Autor angesichts des deutschen Bombardements in Ex-Jugoslawien für die Bundeswehr Carl Schmitts »Ernstfall« und beklagt »das gestörte Verhältnis der deutschen Politik wie der deutschen Wähler zum Phänomen des Militärischen« (wodurch das Verhältnis gestört sein könnte, versteht kein Mensch). »Die Weigerung, deutsche Soldaten für mögliche Kampfaufträge zur Verfügung zu stellen, nährt die Annahme, man könne an einer militärischen Operation teilnehmen und dennoch ein militärisches Risiko vermeiden.« Daraus spricht ein gerütteltes Maß an hämischem Realismus: Wenn die Deutschen schon in Jugoslawien sind, dann sollen sie, bitte schön, auch kämpfen. Und zwar alle. Denn mit dem »Verzicht auf Wehrpflichtige bei Einsätzen über herkömmliche Verteidigungsaufgaben hinaus... löst sich die Regierung aus einer Fessel, die der Wehrpflichtarmee zu eigen und einer ihrer größten Vorteile ist: Das Bewußtsein schicksalhafter Verbundenheit von Regierung und Regierten, wenn immer es um den Einsatz militärischer Mittel geht«.

Als die »Regierten« noch Volk hießen und die »Regierung« noch Führer, war die Schicksalsgemeinschaft noch intakt. Damals gab es allerdings noch keine »Frankfurter Rundschau«. Das Blatt, das es gern hat, mit dem Attribut »linksliberal« versehen zu werden, überließ der Bundeswehr pünktlich zum Zapfenstreich am 27. Oktober zwölf bunte Seiten zur Selbstdarstellung unter dem Titel »Armee im Wandel«. Schon die erste Seite läßt die Absicht erkennen, der »FAZ« die uniformierte Leserschaft abzuwerben: Auf Text hat man gänzlich verzichtet, statt dessen ist eine Reihe angetretener Soldaten zu sehen. Die schwarz-rot-goldenen Standarten, die sie präsentieren, nehmen gut ein Viertel der Druckseite ein. Staatsmännischen Blicks schreiten Kanzler Kohl und sein niederländischer Kollege Kok die Formation ab.

Das Innere der Beilage hält, was der Titel verspricht: Eine Autorenmischung, die jeder Militärdiktatur gut zu Gesicht stünde, Bilder ausschließlich aus dem Fotoalbum des Ministeriums, Begeisterung, wie fein man die Wehrmacht vom Ruch des Reiches befreit hat. Den Anfang macht Minister Rühe (»Ein Spiegel der jüngsten Geschichte Deutschlands: Neue geistige Herausforderungen/ Bewußtsein für die politische Dimension militärischen Urteilens und Handelns entwickeln«). Dicht an Rühe drängt sich Amtsvorgänger Georg Leber (SPD), der auf den Titel »Vater der Soldaten« auch noch stolz war und demgemäß am 27. September in einer Feierstunde des Bundestages eine Rede reden durfte: »Die Zeit ist vorbei, in der Deutschland versteckt im zweiten Glied mit einer dazu passenden Auslegung des Grundgesetzes ausharren konnte.«

Man blättert weiter. Generalinspekteur Naumann über »klare ethische Grundlagen«: »Kämpfen-Können und Helfen-Wollen«. General de Maizière, der »Vater des Staatsbürgers in Uniform und der Inneren Führung« über »überzeitliche soldatische Werte«, General Altenburg, ab 1983, elf Jahre nach de Maizières Abtritt, der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, der nicht mehr der Nazi-Wehrmacht angehört hatte, über das westliche Bündnis, General Pezl (Tschechische Republik), noch ein General, noch ein General, Verheugen, ein aus der NVA übernommener Offizier, ein General, der Grüne Winfried Nachtwei, der die Rolle des einzigen Kritikers zugewiesen bekommen hat, ein Vizeadmiral, zwei Generalleutnants, noch ein Vizeadmiral, ein Ministerialdirektor aus dem Verteidigungsministerium, die Wehrbeauftragte Marienfeld, ein Generaloberstabsarzt.

Am Schluß das Impressum, aber nicht »verantwortlich: Bundesministerium der Verteidigung, Pressestelle« sondern »Dr. Jochen Siemens«, leitender Redakteur der »Frankfurter Rundschau«, des Zentralorgans der sozialliberalen Demokratie, die hiermit ihren publizistischen Kriegskredit gegeben hat für eine Armee, die – Helm ab zum Gebet, Turbinen starten! – noch mal so richtig auf die Pauke haut, bevor’s losgeht.

Andreas Dietl ist Redakteur der Tageszeitung »junge Welt«

Konkret 12/95, S. 18

Rolf Surmann

Filbinger for ever?

Der Bundestag urteilt über die Wehrmachtsdeserteure

Wer hat nicht irgendwann Lobendes über Andersch' »Kirschen der Freiheit« vernommen? Zumindest Wolfgang Borcherts flammendes »Sag nein!« ist vermutlich längst in den Schulbüchern nachzulesen. Gute Zeiten scheinen also für Leute zu herrschen, die auf Distanz zu den militärischen Formationen des Nazi-Staats achten. Zumindest auf den ersten Blick.

Denn der kulturelle Schein trügt. Die Lage der Wehrmachtsdeserteure, Wehrkraftzersetzer und Wehrdienstverweigerer in der Bundesrepublik ist eine andere. Die Urteile gegen sie sind nie generell aufgehoben worden, und sie wurden folglich auch nicht als Verfolgte der Nazi-Diktatur anerkannt. Die Konsequenz war, daß zwar Mitglieder der Waffen-SS – Wehrmachtssoldaten sowieso – alle möglichen staatlichen Leistungen in Anspruch nehmen konnten, die Opfer der NS-Militärjustiz aber in der Regel von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen wurden. Doch diese Lage ist so bekannt wie die Binsenweisheit, daß zwischen Literatur und gesellschaftlicher Wirklichkeit Abgründe klaffen.

Trotzdem ist die bundesdeutsche »Geschichtsbewältigung« mittlerweile bei den Deserteuren angekommen. Seit einigen Jahren geht es auf politisch-parlamentarischer Ebene um eine Neubewertung der nazistischen Terror-Justiz. Allerdings: Warum diese lange Dauer der parlamentarischen Auseinandersetzung? Warum war der Bundestag nicht einmal in der Lage, dieses Thema zum 8. Mai dieses Jahres – wie es die Bundesjustizministerin angekündigt hatte – »abzuschließen«?

Die Antwort ist einfach: Ein politischer Konsens darüber war zu erzielen, und die verschiedenen Ansätze, faule Kompromisse zu schließen, konnte die Interessenvertretung der Deserteure mit Hilfe der (Medien-)Öffentlichkeit bisher verhindern. So hat sich in der gesamten Nachkriegszeit eine Pattsituation ergeben, die nun durch eine Anhörung im Rechtsausschuß des Bundestags überwunden werden soll. Vermutlich wird sie die Grundlage für eine schnelle parlamentarische Beschlußfassung sein. Das Kleingedruckte, so wohl die Hoffnung, liest dann sowieso niemand mehr.

Doch sind diese Schwierigkeiten ungewöhnlich. Denn es schien spätestens nach Filbingers Frühverrentung entschieden zu sein, daß die Nazi-Militärjustiz nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Aber auch dieser Schein trügt. Sicher konnte nicht mehr geleugnet werden, daß es über 20 000 Todesurteile allein gegen Deserteure gegeben hatte, von denen ca. 15 000 vollstreckt worden waren. Weitere 5000 von den insgesamt ungefähr 50 000 Todesurteilen wurden wegen Wehrkraftzersetzung ausgesprochen. Zum Vergleich: Die USA »begnügten« sich mit der Vollstreckung von 146 Todesurteilen, Britannien mit 40. Nur eine Hinrichtung erfolgte beim US-amerikanischen Militär wegen Fahnenflucht; beim britischen waren es vier wegen Meuterei und Verrats, 36 wegen Mordes. Selbst die Wegbereiter der Nazi-Richter, ihre wilhelminischen Kollegen, kamen noch mit 48 Menschentötungen auf juristischem Weg aus. Die Ursache für diese unterschiedlichen Zahlen ist weder besondere »Feigheit« der Deutschen, noch ihre massenhafte Bereitschaft, die Teilnahme am rassistischen Angriffs- und Vernichtungskrieg zu verweigern. Sie liegt hauptsächlich in der Aufgabenstellung der deutschen Militärjustiz selbst.

Ihr Vordenker, Heinrich Dietz, hatte diese Funktion bereits 1933 als Sicherung der »Blut-, Opfer- und Schicksalsgemeinschaft« definiert, so daß sie »im Ernstfall die geistige schlagkräftige Waffe des Staates ist, die die Widerstandskraft der Truppe und der Bevölkerung überhaupt erhält und steigert«. Die »Front der Gemeinschaft«, wie sich ein anderer Militärjurist ausdrückte, sah die Wehrmachtsjustiz vor allem durch Deserteure und Wehrkraftzersetzer gefährdet. Gegen sie sollte deshalb »die strafende Gewalt des Staates in einem Reinigungsverfahren die Grundsätze der Gemeinschaft zur Anwendung bringen«. Das historische Resümee ist eindeutig: Das wütende Treiben dieser Justiz ergibt sich aus der faschistischen Gemeinschaftsideologie und den von ihr produzierten Feindbildern – so etwa der Militärhistoriker Messerschmidt.

Es ist klar, heute bedarf es dieser Blut- und Opfermystik nicht. Zur Rechtfertigung von Kriegen sind feiner gesponnene Ideologien gesellschaftlich durchgesetzt. Die Bundeswehr besteht seit 40 Jahren und ist weitgehend akzeptiert. Auch hier muß nicht mehr gehobelt werden. Nach einem arbeitsreichen, von entschlossenem Handeln geprägten Leben verzehren die Richter der Nazi-Diktatur – später dann der bundesdeutschen Demokratie – ihre wohlbemessenen Pensionen. Von den Deserteuren, durchweg alte Männer, leben noch etwa 300. Worin also besteht das Problem, das die Politiker hindert, diese Republik in noch hellerem Glanz erstrahlen zu lassen?

Einen Hinweis gibt der Bundesgerichtshof. Noch 1964 lehnte er es in einem Urteil ab, die ca. 600 Todesurteile gegen Bibelforscher für rechtswidrig zu erklären. Er lieferte hierzu die bemerkenswerte Begründung, kein Staat könne seinen Bürgern die Entscheidung darüber zugestehen, ob ein Krieg gerecht sei oder nicht. Die Rechtfertigung der Institution Nazi-Militärjustiz ist in dieser Sichtweise gleich enthalten. Die Botschaft für die Bürger in Uniform auch. In altem Sprachduktus: Friß oder stirb! Für heutige Verhältnisse läuft sie allemal noch auf die Forderung nach bedingungslosem Gehorsam hinaus.

So wundert es denn nicht, wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Juni dieses Jahres erklärt, daß sie »in keinem Fall« Bestrebungen nachgeben werde, »den Deserteuren der Wehrmacht von vornherein einen Persilschein (!) auszustellen«. Ihr Grund hierfür ist klar: Würde sie einer pauschalen Aufhebung der Urteile zustimmen, dann müßte sie implizit grundsätzliche Kritik an dieser Justiz üben und ihrer Autorität somit schaden. Daß ihr hieran nicht gelegen ist, kann nicht verwundern. Denn in einer Zeit, in der die Militarisierung der Außenpolitik voranschreitet und bereits jetzt die Kampagnen gegen Kriegsdienstverweigerer wieder anlaufen – vom alten Hetzvokabular der Wehrbeauftragten bis zu Kohls »Ausnahmerecht« – , hat der Staat kaum ein Interesse, die Gewaltmittel, mit denen er auf künftige Konflikte reagieren kann, »beschädigen« zu lassen. So versuchen CDU/CSU, die Nazi-Militärjustiz vom Makel der »Auswüchse« zu befreien, um sie als Gewaltformation autoritärer Staatlichkeit verfügbar zu halten.

Damit sind die Interessen, die zu ihrer unnachgiebigen Haltung führen, allerdings noch nicht hinreichend umrissen. Es geht auch um ein Ziel, das erst auf den zweiten Blick erkennbar wird: die strategische Ausrichtung bundesdeutscher Geschichtssicht. Der ehemalige Minister Rupert Scholz hat in nur vordergründig verqueren Worten darauf verwiesen, daß es nicht allein um das Bemühen um Gerechtigkeit gehe, sondern auch um die »historische Wahrheit«. Es müsse erkannt werden, »daß auch das Problem der Militärjustiz nicht etwa völlig isoliert werden kann, sondern daß sich in der Problematik der Militärjustiz die ganze Tragödie Deutschlands und damit auch seiner Streitkräfte im Nationalsozialismus widerspiegelt«.

Wie sie das Verhältnis von Gerechtigkeit und historischer Wahrheit konkret definieren, machen CDU/CSU in ihrer »Persilschein«-Erklärung deutlich. Hier nehmen sie ausdrücklich Bezug auf die bekannte Kohl-Äußerung, die den schrecklichen Militärrichter Filbinger zum Opfer eines Kesseltreibens und einer in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Verleumdungskampagne stilisiert. Diese nachhaltige Verbitterung der Konservativen erklärt sich nicht allein daraus, daß mit Filbinger einer ihrer exponierten Leute getroffen wurde. Mit der gesellschaftlichen Diskreditierung dieses Mannes wurde vielmehr das zentrale Prinzip vorherrschender Abgrenzung von der Nazi-Diktatur durchbrochen: Wenn überhaupt Rechenschaft gefordert wurde, dann nur von den schlimmsten Verbrechern, den Exzeßtätern; diejenigen, die im Rahmen der staatlichen Institutionen technokratisch funktionierten, konnten sich der Fürsorgepflicht des Staates vor dem 8. Mai 1945 so sicher sein wie nach diesem Datum. Mit Filbinger scheiterte deshalb zugleich die konservative Definition des Verhältnisses von Faschismus und Demokratie.

Die Person Filbinger rehabilitieren heißt diese Bruchstelle beseitigen. Es bedeutet zugleich, politische Bündnisbreite – Weikersheim! – zu erhalten. Die Forderungen der Deserteure stören hierbei, weil sie diesen Bruch vertiefen könnten. Indem sie die Rehabilitierung Filbingers in diesen Kontext stellen, signalisieren die Konservativen, welcher Grad an Distanz zu den Nazi-Verbrechen für sie akzeptabel ist bzw. welche Terrormaßnahmen sie für legitim halten. Ihr Ziel haben sie erreicht, wenn die Deserteure und andere nicht grundsätzlich rehabilitiert werden. Denn dies wäre das Beharren auf einem Schuldspruch, dem diese sich nur individuell entziehen können, wenn sie sich einem erneuten Verfahren stellen.

Diese Auseinandersetzung hat also nicht nur eine humanitäre Dimension. Sie ist auch Teil des »Kulturkampfs«, der den »Zeitgeist« bestimmt und damit ein Faktor für die Festlegung des politischen Handlungsspielraums ist. Insofern gehört sie in das Spektrum der ideologischen Umdeutungsversuche, die eigentlich schon seit der von Kohl proklamierten »geistig-moralischen Erneuerung« auf der Tagesordnung stehen, aber erst seit 1989 Dynamik entwickelt haben. Ihre Brisanz besteht darin, daß alles, was den Deserteuren verweigert wird, zur Anerkennung der Nazi-Justiz beiträgt.

Die Abwehr der Konservativen ist damit zugleich Offensive. Ähnlich wie in den Verhandlungen mit Tschechien scheint dies auf eine Situation hinauszulaufen, in der den Verfolgten der Nazi-Diktatur nur noch dann in einem geringen Umfang Zugeständnisse gemacht werden, wenn sie bereit sind, die Ideologie der Gemeinschaft von Opfern und Tätern zu akzeptieren. Für die Deserteure wäre das ihre späte Heimholung in die Volksgemeinschaft, der sie sich verweigerten und aus der sie zu fliehen versuchten.

SPD und Grüne haben die politische Bedeutung der Auseinandersetzung bisher unterschätzt oder nicht sehen wollen. Deshalb steht im Bundestag eine generelle Nichtigkeitserklärung für die Urteile der NS-Militärjustiz gar nicht zur Debatte. Im Antrag der Grünen geht es zum Beispiel lediglich um die Nichtigkeit der Urteile gegen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer und unmittelbar damit zusammenhängende Delikte. Eine generelle Nichtigkeitserklärung aller Urteile der Nazi-Militärjustiz, weil diese grundsätzlichen Unrechtscharakter hatte, wird nicht gefordert. Das war bei den Urteilen des Volksgerichtshofs noch anders.

Die Kompromißformel, die im Rechtsausschuß Mitte dieses Jahres verabschiedet werden sollte und die auch besonders von der SPD unterstützt wird, geht noch einen Schritt weiter. Ihr Schlüsselbegriff ist Unschuldsvermutung. Bei Anträgen auf Entschädigung sollen die Behörden »von der Vermutung ausgehen, daß diese Urteile Unrecht waren«. Eine solche Formulierung drängt die Opfer in die Rolle von Bittstellern, mit denen jetzt allerdings wohl etwas gnädiger verfahren werden soll. Grundsätzlich ist der Bundestag offensichtlich nicht bereit, diese Terrorurteile »als von Anfang an nichtig« zu bezeichnen, während die Täter – wie immer – ohne Begründung unbehelligt bleiben.

Die Vereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz betrachtet diese Formulierung denn auch als »Verhöhnung unserer Opfer«. Und ihr Sprecher Ludwig Baumann fügt hinzu: »Es ist unglaublich: Keiner brauchte sich je fragen zu lassen, warum er Hitlers Krieg mitgemacht hat und was er da getan hat. Und wir, die wir uns weigerten, sollen uns nun einer Einzelfall- und Gewissensprüfung unterziehen.«

Die Chancen für eine vernünftige Lösung dieser Frage stehen also schlecht. Während deutsche Truppen bereits wieder auf den Schlachtfeldern des letzten Weltkriegs aufmarschieren, um im Namen von Humanität und Menschenrechten neue Schlachten zu schlagen, sind die Verfolgten aus dem letzten Krieg immer noch nicht als NS-Opfer anerkannt. Vermutlich wird man versuchen wollen, diese wenigen alten Männer mit ein paar Mark zum Schweigen zu bringen. Dies wird sicher nicht gelingen. Aber ob sie noch einmal die Kraft haben werden, dem Bundestag eine solche Diskussion aufzuzwingen, hängt davon ab, ob es möglich ist, die auch bei den Linken vorhandene politische Indifferenz gegenüber diesem Thema zu überwinden.

Andererseits: Warum sollen wir nicht auch optimistisch sein und die jetzige Entscheidung des Bundestags gelassen aufnehmen? Seit 1969 bemüht er sich schließlich, das Thema Anerkennung aller NS-Verfolgten für abgeschlossen zu erklären. Bis heute ist ihm das nicht gelungen. Warum sollte es ihm diesmal gelingen?

Rolf Surman schrieb in KONKRET 5/95 über die Abwicklung der»Wiedergutmachung« nach 1945

Konkret 12/95, S. 20

Jürgen Elsässer

Mladics Katyn?

Haben die bosnischen Serben in Srebrenica die Propaganda ihrer Gegner wahr gemacht? Und wenn ja, warum?

Am 13. April 1943 meldete der Großdeutsche Rundfunk, daß die Wehrmacht »kürzlich« im Wald von Katyn Massengräber mit den Leichen ermordeter polnischer Offiziere entdeckt habe, die nach der Besetzung Polens in sowjetische Gefangenschaft geraten waren. »Wir werden davon einige Wochen leben können«, notierte Goebbels am nächsten Tag in sein Tagebuch. Der Reichsminister für Propaganda hoffte, die Nachricht vom Massaker werde den Berichten über die systematische Ermordung der Juden ihre Wirkung nehmen – knapp eine Woche nach den ersten Katyn-Nachrichten begann die Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstandes – und zugleich den westlichen Ländern zeigen, daß das nationalsozialistische Deutschland im Osten die Freiheit und das Überleben Europas gegen die bolschewistischen Untermenschen verteidige.

Doch Goebbels hatte sich verkalkuliert: Der Zweck, den seine Nachricht verfolgte, war zu offenkundig, um sie nicht verdächtig zu machen, und so hatte Stalin keine Schwierigkeiten, unter der Frage »Wem nützt es?« den Glauben zu verbreiten, die Deutschen hätten bei ihrem Vormarsch in das sowjetisch besetzte Ostpolen das Kriegsgefangenenlager eingenommen und die dort inhaftierten Polen selber ermordet. So sehr konnte die Sowjetunion ihre Alliierten mit diesem Argument und einigen Indizien überzeugen, daß sie schließlich einwilligten, Katyn als Anklagepunkt bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zu berücksichtigen.

Erst als fast ein halbes Jahrhundert danach im Zuge von Perestrojka und Glasnost die sowjetischen Archive geöffnet wurden, stellte sich die Nazi-Lüge als Wahrheit heraus. Gorbatschow mußte sich bei Walesa für die Verbrechen und Vertuschungen seiner Vorgänger entschuldigen.

Ähnliches scheint nun auch mit Srebrenica zu geschehen. Gleich nach dem Fall der Moslem-Enklave am 11. Juli dieses Jahres hatten die Propagandisten eines deutschen Kriegseintritts aufgrund dürftigster Indizien die Serben des »Völkermordes« bezichtigt. In der »Zeit« sah Freimut Duve, Verbindungsmann der SPD zum Izetbegovic-Regime, dessen Feinde als neue Mengeles »An der Rampe von Srebrenica« stehen. Die »Tageszeitung« stützte sich auf das neueste Werk von Pulitzer-Preisträger Roy Gutman, der unter Berufung auf die Zeugen eines US-Regierungsbüros davon berichtete, wie Serbengeneral Mladic moslemischen Gefangenen die Kehle durchschneiden ließ. Die Aussagen der niederländischen Blauhelme, die in Srebrenica stationiert waren, dort aber von »nur« neun Erschießungen erfahren haben wollten und die Serben gegen weitergehende Vorwürfe verteidigten, wurden in Gutmans Kompilation ignoriert.

Verdacht erweckte auch, daß einer der wenigen Augenzeugen, die durch verschiedene Presseartikel geisterten, ein gewisser Smail Hodzic, gegenüber Gutman einen anderen Ort für ein serbisches Massaker angab als gegenüber Alexandra Stiglmayer von der »Woche«. Sollte es sich bei Hodzic um einen Zeugen von ähnlicher Qualität handeln wie bei der Gutman-Gewährsfrau Jadranka Cigelij, die Thomas Deichman als leitende Funktionärin der Ustascha-nahen »Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte« enttarnt hatte?

Als schließlich die US-Botschafterin bei der Uno dem Sicherheitsrat Satellitenaufnahmen vorlegte, die frisch umgepflügtes Erdreich erkennen ließen, worunter die Opfer von Massakern begraben sein sollten, machte der allzu deutliche Zweck der Nachricht: weltweite Zustimmung zum Bombenkrieg gegen die Serben, ihre Glaubwürdigkeit vollends zunichte. Zumal zeitgleich das Internationale Rote Kreuz (IKRK) darauf hinwies, daß zwar 10.000 Flüchtlinge aus Srebrenica in den Auffanglagern von Tuzla als vermißt gemeldet wurden – aber von dieser Zahl drei Teilmengen subtrahiert werden müßten: die nach Jugoslawien, also in die Arme der serbischen Völkermörder Geflüchteten, nach IKRK-Angaben über 700; die aus Versehen und absichtlich mehrfach als vermißt Gemeldeten; und die nach ihrer Flucht von der muslimischen Armee Rekrutierten, deren Namen von Sarajevo nicht herausgegeben wurden und die deshalb nicht von den IKRK-Listen gestrichen werden konnten. Auch die Meldung, die niederländischen Blauhelme hätten sehr wohl serbische Greueltaten gefilmt, aber der Film sei leider beim Entwickeln zerstört worden – unsachgemäße Behandlung suggerierten die einen, eine serbisch-holländische Verschwörung die anderen – sorgte für Irritation.

So gab es fast zu viele gute Gründe, den Enthüllungen mit Skepsis zu begegnen, die sich in der Regel auf US-amerikanische oder deutsche Geheimdienstquellen oder anonyme Militärs beriefen. Bis zu jenem 30. Oktober, als in Den Haag der Abschlußbericht des holländischen Srebrenica-Bataillons (»Dutchbat«) vorgelegt wurde. Zu diesem Zweck waren alle 460 holländischen Blauhelme einer Befragung unterzogen worden – die bisher gründlichste Untersuchung, die es je in UN-Einheiten in Jugoslawien und anderswo gegeben hatte.

Der Bericht bestätigt zwar, daß die Dutchbat-Soldaten aus eigener Kenntnis nur von einzelnen Erschießungen und Vergewaltigungen berichten können, weshalb es auf diesem Feld selbst nach Ansicht der »FAZ« »keine grundlegend neuen Erkenntnisse« gibt. Neu war jedoch, daß die Blauhelme »über 10.000 bis 15.000 muslimische Männer, die am 10. Juli vor

dem Fall der Enklave über bosnisch-serbisches Gebiet nach Mittelbosnien ziehen wollten, keine Aufsicht hatten«. Vorher hatten Dutchbat-Angehörige angegeben, daß »höchstens zwei (Flüchtlings-)Konvois« von ihnen nicht hatten überwacht werden können (so ein Blauhelm-Soldat gegenüber der »jungen Welt« am 8. August 1995). Die neuen Zahlen ließen möglich erscheinen, was sich bis dahin als bloße Propaganda der muslimisch-kroatisch-deutsch-amerikanischen Kriegspartei dargestellt hatte: daß es außerhalb des Beobachtungsradius' der Unprofor in Srebrenica zu Massenexekutionen gekommen ist. Im Srebrenica-Report von Dutchbat heißt es: »Soldaten sahen einen Traktor mit Anhängern, auf denen etwa hundert Leichen lagen.« Zwei weitere Soldaten »berichteten, sie hätten am 14. Juli 500 bis 700 Leichen zwischen Nova Kasaba und Bratunac gesehen«. Ein Gewährsmann, dem Entsprechendes von serbischen Bewohnern der Region berichtet worden ist, hat die Aussagen der Holländer mittlerweile bestätigt.

Nach Angaben von Nato-Militärs gegenüber verschiedenen Zeitungen, unter anderen dem meist recht zuverlässigen Londoner »Independent«, haben die westlichen Führungsmächte, deren Geheimdienste den serbischen Aufmarsch vor Srebrenica gemeldet hatten, den Fall der Stadt bewußt in Kauf genommen, wenn nicht provoziert. So hat Unprofor-Kommandeur Bernard Janvier in enger Rücksprache mit seinem Präsidenten Chirac frühzeitig und konferenz-öffentlich, also auch für die Serben erfahrbar, signalisiert, daß er die Schutzzone nicht verteidigen werde. Das Vorgehen scheint sogar mit Izetbegovic abgesprochen gewesen zu sein: Der muslimische Kommandant der Stadt, Ramiz Becirovic, äußerte im nachhinein die Vermutung, daß seine eigene Regierung die Enklave preisgegeben habe.

Die Preisgabe war freilich keine Verschwörung zugunsten der Serben, sondern eine für sie aufgestellte Falle. Die Eroberung der Uno-Schutzzonen Srebrenica und Zepa lenkten die Weltöffentlichkeit von den Blitzkriegen in der Krajina (August) und Westbosnien (September/Oktober) ab, von denen zehnmal so viele Menschen wie in den beiden Enklaven betroffen waren. Durchdas Offerieren von Srebrenica verleitete die Nato die bosnischen Serben, Truppen aus Westbosnien nach Ostbosnien zu verlegen und dadurch Stellungen im westbosnischen Hinterland von Knin und in der Gegend von Bihac militärisch zu entblößen – genau an der Stelle, von der aus die Kroaten wenige Wochen später ihren entscheidenden Schlag gegen die Krajina führten. Diese militärische Dummheit, die auf das Konto von Mladic geht, war es, die Karadzic dazu bewog, die Ablösung des Oberbefehlshabers zu verlangen.

Die Interessen der kriegführenden Parteien lassen sich etwa nach folgenden menschenrechtlichen Kriterien sortieren: Die Clinton-Administration will noch vor der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1996 einen von ihr diktierten Frieden; sie hat deshalb, wo immer sie konnte, Frontbegradigungen zur Herstellung ethnisch homogener Gebiete angeregt; davon profitierten in der Krajina die Kroaten, in Tuzla die Muslime, in Srebrenica die Serben. Einige Konkurrenten der USA, die sich zu Zuschauern degradiert sehen, versuchen, die Verhandlungen in Ohio mit dem Postulat zu stören, daß es mit den Verantwortlichen von Srebrenica keinen Frieden geben dürfe.

Auch die Nazi-Propaganda hatte sich 1943/44 an die Adresse der Westmächte mit der Parole gewandt, mit den Verantwortlichen von Katyn dürfe es keinen Frieden geben. Glücklicherweise haben die den Lügnern ihre Wahrheit nicht geglaubt. Das beschönigt nicht die Wahrheit von Katyn, die Wahrheit von Srebrenica: Wer gegen eine imperialistische Aggression nichts zu mobilisieren hat als den eigenen Nationalismus, entfesselt eine fürchterliche Kraft, die alles vernichten kann – die realen, aber auch die mythisch-imaginären Feinde des bedrohten Kollektivs. Das gilt für Stalins Liquidation des Internationalismus zugunsten des »Vaterländischen« wie für Milosevics Abwendung vom Jugoslawischen zugunsten des Groß-Serbischen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 10/95 über den Krieg der Nato gegen die Serben und seine Folgen

Konkret 12/95, S. 22

Oliver Tolmein

Propheten, authentisch

Wie der Tragödie RAF die Farce der »Antiimperialistischen Zelle« folgt

Schon mal den Namen Paul Breuer gehört? Des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 13? Der so gewichtige Sätze sagt wie: »Nicht jeder Wehrpflichtige muß einen 30-Kilometer- Marsch mit Gepäck überstehen können.« Oder: »Ich möchte, daß deutsche Soldaten mit einer überlegenen Bewaffnung in zukünftige, leider nicht verhinderbare Einsätze hineingehen können.«

Paul Breuer ist aus Siegen, Hauptschullehrer, katholisch, hat gedient. Ein durch und durch durchschnittlicher, uninteressanter Mann also? Das sieht die Antiimperialistische Zelle aber ganz anders. Auf 16 klein und eng beschriebenen Seiten hat sie sorgsam Zitate aus den Reden des CDU-Politikers nebeneinander gestellt. Sogar Zwischenrufe werden überliefert: »Ich kann dem vollinhaltlich zustimmen, Herr Kollege.«

Kein Zweifel: Der Mann ist nicht nur äußerst gefährlich. Er gehört ganz offensichtlich zu »den brd-eliten aus politik und wirtschaft«, die »mit dem antiimperialistischen kampf dort konfrontiert« werden müssen, »wo sie wohnen und arbeiten«. Vor allem wo sie wohnen, denn wo sie arbeiten, im Bundestag oder in einer Konzernzentrale, läßt sich nicht einfach ein Sprengsatz deponieren, der mit etwas Glück auch dann explodiert, wann er soll. »Unser Vorgehen beim Angriff vom 23.4. 95« – es ging gegen Dr. Blank. Kennen Sie Dr. Blank? – »ist in folgendem Sinne verallgemeinerungsfähig: a) ein Sprengsatz wird deponiert, der ausdrücklich als solcher gekennzeichnet ist; b) eine akustische Warnung kündigt die Explosion an. c) Es bleibt ausreichend Zeit zwischen dem Beginn der Warnung und der Explosion, um sich aus der Gefahrenzone zu entfernen. d) Die Entscheidung, ob der Angriff letztendlich am anvisierten Ort zur geplanten Zeit zu verantworten ist, stellt eine Gewissensentscheidung aller dar, die an der Durchführung des Angriffs beteiligt sind.«

Weil es aber keinen Prüfungsausschuß gibt und die Gefahr, daß jemand, z.B. eines der Kinder der vorzugsweise aus dem Sauer-/Siegerland stammenden katholischen CDU-Politiker, nicht weiß, wie groß die Gefahrenzone ist, aus der es sich beim Ertönen eines akustischen Signals zu entfernen hat, baut die »Antiimperialistische Zelle« (AIZ) vor. Es gibt schließlich schlechte Erfahrungen, aus denen man nichts lernen will, genug: »Es kann passieren, daß die potentiell tödliche Bedrohung dort, wo der Angriff durchgeführt wird, nicht ernstgenommen wird – mit den entsprechenden Konsequenzen. Als z.B. die Guerilla am 19.5.1972 im Springerhochhaus zeitgeschaltete Sprengsätze verteilt hatte, wurde das Gebäude trotz rechtzeitiger Warnung nicht geräumt...«

Was 1972 scharfe Kritik von links auslöste, der Anschlag, dessen Zielrichtung und Durchführung verworfen worden waren, dient der AIZ heute als lockeres Beispiel für: »Pech gehabt« und »selber schuld«. Die RAF hatte nach diesem Anschlag, der zu wenig mehr als zu der Erkenntnis geführt hat, daß den »Kapitalisten der Profit alles, die Menschen, die ihn schaffen, ein Dreck« seien, damals immerhin noch bedauert, »daß Angestellte und Arbeiter verletzt worden sind«. Die AIZ greift sich aber auch aus späteren Phasen des bewaffneten Kampfes mit traumwandlerischer Sicherheit die schlechtesten Erklärungen und fatalsten Aktionen als Bezugspunkte ihres eigenen Handelns heraus. Beispielsweise die von Ulrike Meinhof in Isolationshaft verfaßte Schrift »Die Aktion des Schwarzen September (der bei den Olympischen Spielen in München die israelische Olympiamannschaft als Geisel genommen hat, O.T.) /Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes«, in der es heißt: »Brandt, Genscher, Merck, Vogel, Daume hatten nur ein Ziel, nur ja dem Moshe Dayan-Faschismus – diesem Himmler Israels in nichts nachzustehen... Israel vergießt Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden.«

»In ›Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes‹ hat die RAF gezeigt, was es heißt, die Realität, insbesondere die BRD-Realität, von einem antiimperialistischen Standpunkt aus zu erfassen«, resümiert die AIZ reichlich 20 Jahre später. Und hebt gleich die nächste besonders gelungene antiimperialistische Aktion hervor: »Theorie und Praxis der RAF von 1972 – vor diesem Hintergrund hat am 13.10. das Kommando Martyr Halimeh mit der Operation Kofre Kaddum sein Leben für die Freiheit der Gefangenen eingesetzt – und genau deshalb ist das Kommando von der GSG 9 in Mogadischu angegriffen worden. Nadia Shehadah (nach der sich die AIZ in der Anfangsphase nannte, O.T.) starb im Kugelhagel.« Daß das Kommando auch noch das Leben zahlreicher Mallorca-Urlauber eingesetzt hat, die sich auf dem Weg zurück nach Deutschland befanden – die AIZ verliert darüber kein Wort.

Kein Wunder, daß die Gruppe, die mit dem Slogan »Wir haben nichts zu verlieren. Zusammen kämpfen!« unterschreibt, auch in der Gegenwart an recht seltsamen Anschlägen und militanten Aktionen Gefallen findet. Die Attentate der Fatah/Revolutionsrat gegen die »Exponenten der Arafat-Clique« stehen ganz oben auf der Hitliste, gefolgt von Aktionen gegen die, Allah steh uns bei, »teuflische Siedlungspolitik des Staates Israel« und den nicht näher beschriebenen Anschlägen revolutionär-islamischer Gruppen in den Metropolen.

Gefallen hat der AIZ, daß sich »auch der russische Machtblock damit konfrontiert sieht, daß sich der antiimperialistische Krieg nicht auf die Peripherie begrenzen läßt«. Besondere Verdienste hat sich in dieser Frage der tschetschenische Militante Schamil Bassajew erworben, »der mit der Besetzung von Budjonnowsk den Krieg nach Rußland« getragen hat. Daß der Krieg dort erstmal in einem Krankenhaus stattfand und selbst der gewiß nicht zimperliche General Dschochar Dudajev sich von dieser Geiselnahme distanzierte, kann die AIZ nicht erschüttern. Hauptsache, die Hauptkampflinie: Weltmassen gegen internationale Bourgeoisie, stimmt – »von Marokko bis Ägypten, von Palästina bis Tschetschenien und von Tadschikistan bis zu den Philippinen«.

Während die Gruppe immerhin in der Lage ist, nach dem Anschlag auf den Präsidenten der Deutsch-Marokkanischen Gesellschaft, Volkmar Köhler, eine detaillierte, wenngleich recht idealisierende Analyse des Befreiungskampfes in der Westsahara zu verfassen, scheinen ihre Bemerkungen über die Lage in der ehemaligen Sowjetunion oder den antiimperialistischen Kampf in den USA von wenig Sachkenntnis getrübt. Sonst hätten die guten Kontakte zwischen den tschetschenischen Befreiungskämpfern, die nicht deswegen weniger reaktionär sind, weil sie Muslime sind, und den litauischen und lettischen Nationalisten die Antiimperialisten vielleicht ein wenig stutzen lassen. Und auch die demokratische Opposition des Landes, die der quasi-diktatorisch regierende Dudajev mit Waffengewalt in Schach gehalten hat, dürfte über die ökumenische Schützenhilfe, die ihre christlichen Brüder und Schwestern dem ehemaligen Luftwaffengeneral der imperialistischen Sowjetunion gewähren, erstaunt sein.

Daß die AIZ sich dagegen an der »islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben« freut, ist angesichts der einfachen und selbstgerechten Mittel, mit denen sie ihren Kampf führt, ohne weiteres einleuchtend. Überhaupt ist es faszinierend zu lesen, mit welcher Sorgfalt deutsche Militante, die sich sonst auf den einfachen Dualismus zwischen Metropole und Peripherie, zwischen dem Imperialismus und den Weltmassen berufen, zwischen »al-islam huwa al-hall«, der »wilyat al-faqih«-Theorie, dem konservativen Staatsislamismus und der Islamvorstellung der »jamahiriya« unterscheiden.

Bei allem Verständnis für die Besorgnis der AIZ über den auch in der bundesdeutschen Linken verbreiteten, oftmals klischeehaften Anti-Fundamentalismus, scheinen doch die Empfehlung der Scharia als kulturelles Erbe, das für die Entwicklung einer egalitären Gesellschaft eingesetzt werden kann, und die einfühlsame Beschreibung des Koran als Werk mit »allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen Prinzipien« eher in den Vertiefungskurs »Religionen – gut gemeint« zu gehören als in Grundlagenpapiere über revolutionären Kampf. Und was sollen wir davon halten, daß »der revolutionäre Islam«, wie er nach Auffassung der AIZ besonders bravourös in Libyen exerziert wird, als »Waffe für Freiheit und Gerechtigkeit« dient, während »die Gattung des Hadith, in der die Lebensführung des Propheten Muhammad nicht authentisch überliefert ist«, abgelehnt wird? Kommt es künftig für revolutionäre Politik auf die »authentische« Überlieferung der Lebensführung von Propheten an?

Konkreter ist da schon die Erkenntnis, daß die »wilyat al-faqih«-Theorie des Ruholla Musawi Al-Khomeini »zur islamischen Revolution im Iran Ende der Siebziger Jahre und zum Sturz des Schah führte«, womit sie aber, was die AIZ einfach gar nicht thematisiert, auch ein extrem autoritäres religiöses Regime geschaffen hat, für das sich zwar kurzzeitig auch Metropolenlinke erwärmen konnten, das heute aber allgemein als eher wenig empfehlenswertes Modell einer Revolution angesehen wird. Die deutschen Militanten erklären zwar auch, wie sich das gehört, daß sie »die Positionen dieser Gruppen nicht kritiklos übernehmen« – tatsächlich ist das aber an keiner Stelle erkennbar. Dabei wären insbesondere Leute, die wie die AIZ vorgeben, ihr praktisches und theoretisches Rüstzeug aus dem Konzept der »triple oppression« zu schöpfen, wahrscheinlich gut beraten, sich mit der Stellung von Frauen in islamischen Gesellschaften und speziell dem Iran analytisch eingehender zu beschäftigen. Aber da auch die Auseinandersetzung der »triple oppression«-Konzepte mit Antisemitismus (zumal in Deutschland) keinen auch nur ansatzweise erkennbaren Niederschlag in den zahlreichen Texten der AIZ gefunden hat, bleibt die Vermutung, daß die Militanten mit dem Schlagwort »triple oppression« vielleicht auch etwas ganz anderes meinen als wir aus dem nicht-familiären Zirkel der Nicht-Brüder und Nicht-Schwestern...

Zu konstatieren ist insgesamt eine enorme Diskrepanz zwischen den teilweise beachtlichen Detailkenntnissen und dem Versuch, damit gleichzeitig das Verhältnis von Welt und Widerstand nicht nur zu erklären, sondern zu verändern. Auch in ihren Betrachtungen über Deutschland und die Entwicklung der Verhältnisse hierzulande verblüfft die AIZ damit, was von ihr alles angerissen, nicht analysiert und doch als gewichtiger Beleg für die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Form von Politik angeführt wird: Kein Stichwort aus den politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre fehlt. Die Bioethik-Konvention wird kurz erwähnt, die Besorgnis der Parteien über die steigende Anzahl der Nicht-WählerInnen findet Beachtung, wir erfahren Zahlen über die in Anschiebeknästen Inhaftierten und bekommen das Kollektiv der kurdischen Militanten vorgestellt, »die den Krieg aus der Peripherie ins Zentrum tragen«. Die Mitgliederverluste der IG-Metall werden erwähnt, Jutta Ditfurth wird zitiert, und es gibt einen kurzen Exkurs über israelische Grenzsicherungsmaßnahmen. Ein Sammelsurium von Fakten, Einfällen und Thesen, das Anlaß für alle möglichen Gedanken bietet, z.B. auch den eher kulturpessimistischen, daß »brd-›kultur‹« eine »mischung aus ethanol, rtl und tui« sei.

Warum daraus folgen soll, daß jetzt und hier bewaffnet gekämpft werden muß, wird nicht einmal ansatzweise deutlich. Warum es aussichtsreicher sein soll, eine Barrikade vor dem Haus eines GSG 9-Beamten abzufackeln als Schleyer zu entführen; wie ein Anschlag auf einen Hinterbänkler erreichen soll, was weitaus besser konzipierte Attentate auf die Spitze der deutschen Justiz und Wirtschaft nicht geschafft haben, man erfährt es nicht. Außer der AIZ, das machen die bislang vereinzelt erschienenen Texte in Zirkularen wie »interim« deutlich, ist davon auch sonst kaum jemand zu überzeugen. »Jede/r aus der linken Fundamentalopposition kann den antiimperialistischen Kampf in der BRD zur eigenen Sache machen – das haben wir in den letzten 3 Jahren mit unserer Politik Schritt für Schritt verifiziert.«

Aber nicht alles, was verifiziert werden kann, sollte deswegen auch gemacht werden. Und nicht jede »eigene Sache« nützt dem Kollektiv.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 11/95 über die Nato-Osterweiterung

Konkret 12/95, S. 24

Heiner Möller

Ethische Weltmacht

Die deutsche Außenpolitik müsse sich »ethisch fundieren«, indem »unser wohlverstandenes Interesse... überall in der Welt Hand in Hand mit dem Menschheitsinteresse« geht. »Darum müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unseren nationalen Willen aufnehmen« – wer sagt das? Gansel? Voigt? Fischer? Kinkel? Ja, aber sie verraten nicht, woher die pfiffige Idee stammt – vom letzten Kanzler Wilhelms des Zweiten, 1918

1. Lage als Schicksal

»Außenpolitik ist die Summe der Geographie, der Geschichte und der Erinnerungen eines Landes. Wer nach objektiven außenpolitischen Interessen fragt, muß daher mit der Geographie beginnen«, so formuliert ein Strategiepapier aus dem Auswärtigen Amt Klaus Kinkels (Autoren: Wolfgang Ischinger und Rudolf Adam) im März 1995 die Wiederentdeckung der Geopolitik als wesentliches Axiom deutscher Politik. Geografie als politische Wissenschaft ist zwar keine deutsche Erfindung, hat aber in Deutschland ihre größte Wirkung entfaltet und kulminierte im nationalsozialistischen Welteroberungskrieg, der die Theorie von der schicksalhaften Notwendigkeit deutsch-beherrschter Großräume um die Lebensraumpolitik erweiterte.

Mit dem Fall der Mauer war der alte geopolitische Bezug wieder da. In der deutschen Hauptstadtdebatte 1990 avancierte Berlin zur Mitte Deutschlands und Europas (Willy Brandt: »Von Berlin aus denken«), Deutschland zu »Mitteleuropa«. Der mitteleuropäische Reichsgedanke des Wilhelminismus findet erneut Eingang in die Europapolitik: mit der DDR-Annexion ist der deutsche Nationalstaat nicht mehr nur der ökonomisch stärkste, sondern auch der bevölkerungsgrößte Teil Europas; mit dem Anschluß Österreichs an die EU – ein vor allem deutsches Projekt – wird der Zweibund der Kaiserzeit in neuer Form verwirklicht. Beide, Deutschland und Österreich haben sich zudem mit Kroatien und Slowenien Vasallenstaaten geschaffen, die den ökonomischen und politischen Einflußbereich auf dem Balkan erweitern.

Die These, Deutschland sei durch seine Lage dazu verdammt, Europas Ordnungsmacht zu sein, ist natürlich nichts anderes als der Versuch, den eigenen Anspruch, »Zentralmacht Europas« zu sein, wie ihn der Buchtitel des Bonner Politikprofessors und Regierungsberaters Hans-Peter Schwarz erhebt, auf eine »Laune der Geografie« (Schwarz) zu schieben. »Deutschland kann sich seiner geographischen Lage nicht entziehen. Es bleibt der Ort, der alle Halbinseln, die Europa bilden, miteinander und mit der eurasischen Landmasse verbindet«, schreibt ein anderer Hintergrundstratege der deutschen Außenpolitik, Michael Stürmer, in seiner Schrift »Deutsche Interessen« (1994). Es müsse deshalb, so wieder Schwarz, den Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der ost- und ostmitteleuropäischen Staaten größeres Gewicht beimessen als etwa Frankreich, Großbritannien und Spanien.

Die neuen Geopolitiker greifen nicht zufällig die Vorstellungen des ersten deutschen Unternehmerverbandschefs Friedrich List auf, der 1843 den Württembergischen Fabrikanten-Verein gegründet hatte. Dessen Modell eines europäischen Großraums mit einem »Kernraum« und kolonialen bzw. halbkolonialen »Ergänzungsräumen« fand sich 1989 modernisiert bei Alfred Herrhausen in der Perspektive vom »großen, dynamischen europäischen Wirtschaftsraum« aus »drei konzentrischen Kreisen in Europa« wieder: »Die EG wäre der Kern, ihn würde als zweiter Kreis eine wahrscheinlich vergrößerte EFTA umgeben, und im dritten Kreis befänden sich die anderen europäischen Länder, die ungebunden bleiben wollen.«

2. Damm gegen Rußland

Zu den Konstanten deutscher Geopolitik, die nun zurückkehren, gehört auch die gegen Rußland gerichtete »Dekompositions-« oder »Orangentheorie«, die Paul Rohrbach vom Auswärtigen Amt 1915 entworfen hatte: Rußland lasse sich »wie eine Apfelsine ohne ›lebensgefährliche, nationale Blutungen‹ auseinandernehmen« und in seine »natürlichen, geschichtlichen und ethnografischen Bestandteile« zerlegen. Das Selbstbestimmungsrecht von Nationen und Völkern, von Linken vielfach als Befreiungsparole mißverstanden, eignete und eignet sich dazu hervorragend. Nationalitätenstaaten wie die UdSSR, aber auch die Tschechoslowakei und Jugoslawien, werden mit Kennzeichnungen wie »Kunststaaten«, »Völkergefängnis«, »widernatürlich«, »ohne nationale oder nationalstaatliche Homogenität« (so der Staatsrechtsprofessor Rupert Scholz, CDU) belegt. Ihre staatsrechtliche Verfaßtheit könne die fehlende völkische, »natürliche Homogenität« nicht ersetzen.

»Eine weitaussehende Politik eröffnet uns gerade bei strenger Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der großen und kleinen Völker... unter dem Wahlspruch ›Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung‹... ungeheure Möglichkeiten... Voraussetzung freilich ist dabei: überlegene Kenntnis der Volksdruckverhältnisse und Herrschaftsformen rings um die Erde...«, schrieb 1934 einer der Väter der deutschen Geopolitik, Karl Haushofer. Eine solche Politik in Kenntnis der »Volksdruckverhältnisse« trieb die Bundesregierung (im Bündnis mit den nationalistischen Nachfolgeeliten der

realsozialistischen Staaten) bei der Zerschlagung Jugoslawiens und – leichter und unblutiger – bei der Spaltung der Tschechoslowakei in zwei Staaten sowie bei der Zerlegung der alten UDSSR in ihre »natürlichen« Bestandteile.

Nur wer historische Entwicklungen als vergangene Vergangenheit begreift und die inhaltlichen, in diesem Fall völkischen, Kontinuitäten für vernachlässigenswert hält, findet es nicht bemerkenswert, daß die besten Freunde des heutigen Deutschland wie die Eliten Kroatiens, der Slowakei, der baltischen Staaten und der Ukraine die hilfswilligsten Vasallen der nationalsozialistischen Osteroberungs- und Lebensraumpolitik waren.

Allein mit dem Schüren und der Unterstützung nationalistischer Konflikte ist Außenpolitik nicht getan. Die militärische Option gegen Rußland ist eine weitere Konstante der deutschen Politik, die dem östlichen Großreich gegenüber immer zwischen Umarmung und Vernichtung wechselte. »Kein Land muß so bestrebt sein wie Deutschland, den Westen so weit wie möglich nach Osten auszudehnen«, dekretiert Michael Stürmer seine Strategie der Eindämmung einer russischen Großmacht. »Die Lehren der deutsch-russischen Geschichte sind zweifach: mit den Russen sich gutzustellen, so eng wie möglich, und Rußland auf Abstand zu halten, so weit wie möglich.« Das ist die strategische Orientierung der NATO-Osterweiterung: ein Sicherheitskordon gegen Rußland und deutsch dominierte Staaten Osteuropas. Deutschland hat »größtes Interesse, an seinen Grenzen im Osten und Südosten ein stabiles Umfeld befreundeter Demokratien zu erhalten« (Schwarz). Er meint natürlich: zu unterhalten, denn diese Demokratien galt es ja nach 1989 erst zu schaffen. Die Unterhaltskosten allerdings sollen europäisiert werden, weswegen die Osterweiterung der EU als primär deutsches Projekt nicht bei allen Partnern, speziell den südeuropäischen, so beliebt ist wie in Deutschland.

Im bosnischen Krieg kulminieren die politischen Folgen des neuen deutschen Dominanzstrebens in Europa: der Machtanspruch gegen Rußland, für das stellvertretend sein historischer Verbündeter Serbien »in die Knie« (Kinkel) gezwungen werden soll; die Großmacht-Rivalität in Europa, deren frühere (Großbritannien) und gegenwärtige (Frankreich) Träger der politischen Führungsrolle entscheidend geschwächt werden (im Bündnis Deutschlands mit den USA); und die Perspektive einer künftigen, weit über Europa hinausreichenden Weltmachtpolitik. Michael Stürmer beschreibt sie mit der Beherrschung des »islamischen Krisenbogens von Kaschmir bis Casablanca, der auch den südlichen Teil der sowjetischen Erbfolge durchschneidet und Ex-Jugoslawien nicht ausspart«.

In aller Unschuld formulieren 1995 deutsche Außenpolitiker die »neue Mittellage« Deutschlands verkehrspolitisch: »Mit dem Wegfall der Mauer ist diese Nord-Süd-Schiene verbreitert worden, indem sie jetzt Skandinavien über Rostock auch mit dem böhmischen Raum und den Balkanländern verbindet. Neu hinzugekommen ist die Ost-West-Dimension, über die Paris, London und Brüssel mit Prag, Warschau, Kiew und Moskau Verbindung finden. Der weitere Ausbau dieser Verkehrswege steht noch am Anfang. Es ist jedoch heute schon abzusehen, daß diese Ost-West-Verkehrsachse langfristig noch wichtiger werden wird als die zwischen Nord und Süd« (Ischinger/Adam).

Die Mittel, derer die Bewältigung deutscher Geopolitik bedarf, hat Generalinspekteur Naumann so beschrieben: Es gebe »zwei Währungen in der Welt«, »wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen«. In den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« wurde deshalb die »Landesverteidigung« bereits 1992 zur »Risikovorsorge«, die »nicht auf das eigene Territorium beschränkt bleiben« darf, fortgeschrieben: Erweiterte Landesverteidigung meint künftig »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen.«

3. Ethischer Imperialismus

Deutsche Weltmachtpolitik hat immer darunter gelitten, daß es ihr nicht gelang, deutsche Interessen glaubwürdig als europäische oder Weltinteressen ethisch zu begründen. Im März 1918, die junge UdSSR mußte den Frieden von Brest-Litowsk akzeptieren, hatte Prinz Max von Baden im Auftrag führender deutscher außenpolitischer Strategen aus dem Lager der industriellen Bourgeoisie seine Denkschrift über den »ethischen Imperialismus« verfaßt, um die Kriegsbeute zu sichern und zugleich die Ablösung Großbritanniens als führende Weltmacht zu begründen: »Eine so ungeheure Kraft, wie wir sie in diesem Krieg entfaltet haben, muß sich vor der Welt ethisch begründen, will sie ertragen werden. Darum müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unseren nationalen Willen aufnehmen.« Der »reine Machtanspruch« könne »dem Ansturm der Demokratie mit ihrem Anspruch auf Weltverbesserung (nicht) standhalten«. »Der deutsche Imperialismus muß sich ethisch fundieren«, indem »unser wohlverstandenes Interesse... überall in der Welt Hand in Hand mit dem Menschheitsinteresse« gehe.

Mit der Kriegsniederlage war auch die ethische Begründung deutscher Interessen als Menschheitsinteressen machtpolitisch gescheitert. Gustav Stresemann, wichtigster Außenminister der Weimarer Republik, gelang die Transformation deutscher Expansionsstrategien in die Sprache der Demokratie. Der deutsche »ethische Imperialismus« nach dem Ersten Weltkrieg nahm sich wilder entschlossen als jeder andere der Menschenrechte an. »Minderheitenschutz«, »Selbstbestimmungsrecht«, »Gleichberechtigung«, »Gerechtigkeit« avancierten zum Repertoire einer Politik, die deutschem »Volkssturm« und deutschen »Volksgruppen« weltweit zur Wirkung verhelfen und den Versailler Vertrag über Menschenrechte aushebeln wollte.

Seit 1989 treiben die außenpolitischen Nachfolgeeliten des Deutschen Reichs die Rethorik ethisch begründeter Weltmachtansprüche zum Superlativ. Genscher und Kinkel erklärten ein ums anderemal, daß sie sich bei der Vertretung von Menschen- und Minderheitenrechten und Selbstbestimmung von niemandem in der Welt übertreffen ließen. Selbst seine Absage der Teilnahme an der UNO-Konferenz würzte Kanzler Kohl noch mit dem Verweis, daß die Bundesregierung »sich von niemand in Europa und anderswo in ihrer Unterstützungsbereitschaft für die Vereinten Nationen übertreffen« lasse.

Neu am ethischen Imperialismus der neunziger Jahre ist, daß er sich nicht mehr nur auf Politiker und Diplomaten, sondern auf Vertreter sozialer Bewegungen stützen kann. Als es um Kriegseinsätze der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien ging, meldeten sich im Dutzend Grün-Alternative, ehemals Friedensbewegte und Linksintellektuelle mit einer ethischen Begründung zu Wort: besondere deutsche Verantwortung wegen Auschwitz. Als der Ölkonzern Shell aus dem Land des deutschen Konkurrenten Großbritannien seine Bohrplattform Brent Spar in der Nordsee abwracken will, erhob sich in Deutschland ein national-ökologischer Verbaucherprotest, der die Welt ökologische Moral lehrte. Zündet Frankreich unterirdisch Versuchsatombomben auf dem Mururoa-Atoll, reagiert die deutsche Anti-Atombewegung nicht antimilitaristisch und antiimperialistisch, sondern national: deutsches Bier statt französischem Wein, und Camembert nur noch aus Bayern. Diese Basis geht ein Bündnis mit moderner deutscher Politik und Publizistik ein: Forschungsminister Rüttgers meinte, Frankreichs atomare Bewaffnung sei veraltet, solche Versuche ließen sich am Computer simulieren, und Rudolf Augstein schrieb über den »vertrackten Freund« Frankreich: »Unter dem Etikett Freundschaft verbirgt sich so manches Gewürm.«

»Lohn des Protests«, so der Militärredakteur der »Zeit«, Christoph Bertram, müsse sein, »daß Frankreich dieses letzte Reservat der Souveränität aufgibt und, soweit möglich, gemeinsamen Regeln unterstellt.« Schon haben wir basisbewegt Zugriff auf dieses letzte uns noch fehlende Reservat deutscher Souveränität: die europäisierte Bombe. Cohn-Bendit will sie als kleineres Übel, die grüne Partei wird mit der üblichen Anstandsfrist nachfolgen. Schon heute gilt schwarz-grünen Protagonisten dieser Partei der umtriebige Euroatombomber Friedbert Pflüger als Protagonist eines künftigen modernisierten Bündnispartners CDU.

Der neudeutsche ethische Imperialismus hält sich als offene Kriegspartei (nicht als Waffen- und Giftgaslieferant) aus dem Golfkrieg heraus, er leistet in Somalia militärische Sozialarbeit und begleitet das eigenhändig angerührte Kriegsgeschehen in Jugoslawien mit Romanen über das Versagen des Westens und der UNO. Der imperialistische Dreck bleibt an den anderen hängen, den alten Mächten USA, Frankreich, Großbritannien.

Die Strategen der deutschen »Mittellage« werden nicht müde zu betonen, daß gerade wegen dieser Lage kein Land ein solches Interesse am Umweltschutz habe wie Deutschland; daß also alles, was um uns herum passiert, uns betreffe und Einmischung rechtfertige. Bundeskanzler Kohl hat begriffen, wie man sogenannte globale Interessen zu nationalen macht. Die imperialistische Dimension des nationalen Ökodenkens fördert die Modernisierung und Effektivierung des deutschen Kapitalismus, der führend auf dem Gebiet sogenannter Umweltschutzprodukte ist. Statt die Uno an ihrem Fünfzigsten durch seine Anwesenheit zu beehren, will Kohl demnächst eine große Rede vor dem Forum der Weltstaaten halten. Thema: der Umweltschutz made in Germany und die Festlegung internationaler Standards. Und wie im Falle Jugoslawien, nach der Rio-Konferenz und auf der Weltfrauenkonferenz wird eine ganze Horde staatsknetefinanzierter NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) ihren kritischen Teil zur Begleitung deutscher Außenpolitik leisten.

Man mag sich von Deutschlands Medien einreden lassen, daß Kohls Fernbleiben vom Uno-Geburtstag eine Fehlentscheidung war. Jenseits der Etikette hat uns aber bereits im letzten Jahr Michael Stürmer darauf vorbereitet. Er kritisiert am Genscherismus und Kinkelismus ein »Übermaß an Idealismus in Richtung Vereinte Nationen und KSZE, Weltfrieden und ›Zivilmacht‹«. Handfeste Interessenspolitik statt Firlefanz sei gefragt. »Die noch in der Wiedervereinigungsphase gedachte neue Sicherheitsarchitektur Europas hat sich als Schall und Rauch erwiesen. Geblieben ist das Gebot, deutsche Interessen geltend zu machen in den effektiven Bündnissen EU und Nato, und nicht in dekorativen Visionen.«

4. Europäische Vorherrschaft

Der von Helmut Kohl sehr geschätzte Paneuropa-Ideologe Coudenhove-Kalergi hat Mitte der zwanziger Jahre geschrieben: »Der Anschluß Österreichs und Deutschlands an Paneuropa bedeutet indirekt den Anschluß Österreichs an Deutschland im Rahmen Europas... Darum ist Paneuropa-Politik nationale Politik auf lange Sicht. Für den nationalen Deutschen gibt es nur zwei Wege, sein Volk aus der Sackgasse, in der es sich heute befindet, zu retten: entweder die Vorbereitung eines Revanchekrieges gegen seine Nachbarn zur Schaffung eines Reichsgebietes, dessen Grenzen mit denen des deutschen Sprachgebietes zusammenfallen – oder aber die Vorbereitung Paneuropas, das allen Deutschen in Europa nationale Unabhängigkeit und Zusammenschluß innerhalb einer größeren Föderation gewährleistet.«

Das »Kerneuropa-Papier« der CDU von 1994 verspricht, daß ihre »deutschen Interessen nur im Rahmen, im Raum und im Medium Europa verwirklicht werden können und daß dieses die Nation nicht nur nicht gefährdet, sondern sie in ihrem Grundbestand sichert, weil es ihre Zukunft sichert.«

Es mag sein, daß bei Abschluß des Maastrichter Vertrags Ende 1991 das neue Konzept deutscher Außenpolitik noch nicht gereift war oder (wahrscheinlicher) Maastricht das für die Akzeptanz der Wiedervereinigung notwendige Versprechen Kohls war, keinen europäischen Alleingang zu gehen. Insofern ist Maastricht I noch Ausfluß eines Europa von vor 1989 und des Versuchs des französischen Präsidenten Mitterrand, das größere Deutschland in einer europäischen Großmacht zu fesseln. Die klügere englische Premierministerin Maggie Thatcher hatte bereits damals die Vergeblichkeit dieses Unterfangens erkannt und darauf gedrungen, Mitterand solle »die deutsch-französische Achse aufgeben« zugunsten eines Bündnisses »der beiden anderen starken, souveränen Staaten Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich«.

Nur war auch Thatchers Appell letztlich ein hilfloser Versuch, die ökonomische und währungspolitische Dominanz Deutschlands in Europa politisch zu überspielen. Insofern gab und gibt es eine Interdependenz der europäischen Großmächte, die niemand ernsthaft aufkündigen kann (weswegen Thatcher, die es versucht hatte, auch abtreten mußte). Das gilt auch für Deutschland. 58 Prozent des deutschen Außenhandels realisieren sich in der EU, 66 Prozent in Westeuropa.

Andererseits war Maastricht 1991 auch schon die Ankündigung eines neuen, deutsch dominierten Europa, weil zusätzlich zur ökonomischen Dominanz das politische Gewicht zwischen den alliierten Siegermächten und Deutschland sich verschoben hatte. Die »Wiederkehr« Mitteleuropas und die Aufhebung der Beschränkungen deutscher Souveränität veränderten die Grundlagen sowohl für Mitterrands als auch für Thatchers Option. Bereits Ende 1991 machte die deutsche Politik mit ihrem Anerkennungsalleingang der neuen Vasallen Kroatien und Slowenien deutlich, was die GASP – die »gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas« – bedeuten kann. Der erfolgreiche Vorstoß hat den dafür verantwortlichen Außenminister Genscher in seinen Erinnerungen (1995) zu der satten und selbstzufriedenen Aussage veranlaßt, daß alle Staaten der EU »sich mittlerweile davon überzeugen mußten, daß die deutsche Einschätzung der serbischen Führung von Anfang an richtig war«.

Noch vor Maastricht II haben die CDU-Strategen Schäuble/Lamers/Hornhues und ihr Ghostwriter Stürmer in ihrem »Kerneuropa-Papier« vom 1. September 1994 die Pflöcke eingeschlagen: Der Osten ist »als Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt«, das heißt, das deutsche politische und ökonomische Interesse an Osteuropa wird zur verbindlichen Vertragsgrundlage für das neue Europa erklärt. Das ökonomische Druckmittel, die anderen davon zu überzeugen, daß dieses deutsche Interesse europäisch ist, ist die europäische »Ankerwährung«, die Mark. Das politische zur Durchsetzung Deutschlands als europäische Ordnungsmacht ist die Drohung mit historischer Wiederholungstat: »Die einzige Lösung dieses Ordnungsproblems (Osteuropa/Rußland), mit der ein Rückfall in das instabile Vorkriegssystem und die Rückkehr Deutschlands in die alte Mittellage verhindert werden kann, ist die Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn in das (west-)europäische Nachkriegssystem und eine umfassende Partnerschaft mit Rußland.« Ohne diese einzige Lösung drohe Europa das geografische Schicksal, daß »Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein« könnte, »die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen«.

Das »Kerneuropa« aus Deutschland und Frankreich als »Kern des festen Kerns« erweitert um BeNeLux stellt die Hierarchie klar und bedingt zudem, so die CDU-Autoren, eine neue Verfaßtheit Europas. Das alte Konsensprinzip der EU soll zugunsten der Länder, die »in der Integration weiter zu gehen willens und in der Lage sind als andere, nicht durch die Veto-Rechte anderer Mitglieder blockiert werden dürfen«: das Mehrheitsprinzip als Ausdruck deutschen Machtwillens in Europa. Es wird also innerhalb des festen Kerns von Kerneuropa noch einmal einen harten Kern geben, und der heißt Deutschland.

5. Maastricht und ein deutsches Europa

Damit sind aber auch längerfristig die künftigen europäischen Wege vorgezeichnet: Maastricht hat bereits die ihm zugedachte Funktion der Kontrolle über das deutsche Potential verloren und wird bei weiterer Realisierung immer stärker zum Instrument der Kontrolle Deutschlands über das europäische Potential. Übrigbleiben von den »Vereinigten Staaten von Europa«, vom europäischen »Superstaat« wird eine deutsche europäische Supermacht und eine »Schicksalsgemeinschaft« europäischer Nationalökonomien, die sich an zwei Punkten zusammenraufen muß: das gemeinsame ökonomische Interesse gegen andere Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu verteidigen und das reiche Europa gegen die armen Staaten und die Migration abzuschotten.

Mit der EU-Erweiterung um die skandinavischen Länder und Österreich 1994 ist das Eurogewicht Frankreichs und Großbritanniens noch einmal geschwächt, mitder EU-Ausdehnung nach Osten und Südosten ist das deutsche Gewicht zu

Lasten der südeuropäischen Staaten gestärkt worden. Die Realisierung der Währungsunion alsgrößere oder kleinere Lösung oder auchgar nicht wird nichts mehr daran ändern, daß die Mark die europäische Leitwährung sein wird.

Nicht nur in Deutschland ist die Maastricht-EU umstritten: Geht es einer der nationalen Wirtschaften besonders gut, neigen deren Vertreter dazu, für mehr freien Handel und weniger Brüsseler Restriktionen zu plädieren. In Zeiten ökonomischer Schwäche werden die Vorteile von Subventionen, Ausgleichsfonds und Einfuhrbeschränkungen erkannt. Zahlreiche deutsche Ökonomen halten in der derzeitigen ökonomisch starken Lage des auf »Freihandel« angewiesenen Exportstaats BRD ein Maastricht-Europa mit Währungs- und politischer Union für eine Fessel. Die Gegenposition verweist auf die Bedeutung der Maastricht-EU für die Vergemeinschaftung politischer Aufgaben und lockt mit der deutschen Führungsrolle im integrierten Europa und einer institutionalisierten Hierarchie der Ungleichbehandlung im Europa verschieden harter Kerne.

Beides sind deutsche Projekte, deren Favorisierung vermutlich nicht allein in Deutschland entschieden wird. Wo ein deutscher Sieger ist, da sind auch Verlierer. In der jetzigen Situation werden bei der Wahl zwischen Pest und Cholera eher nationalistische Anti-Europa-Bewegungen (unter Führung von Gauweiler und Schröder?) Maastrichtzu Makulatur machen. Kohl hätte sein Gesicht gewahrt, und wieder waren wir die besten Europäer, allein, die anderen wollten nicht.

Nicht weniger Rückbezug auf Nationalstaatlichkeit, sondern die stärkere Betonung der Nation bei der Verfolgung ökonomischer Interessen auf dem Weltmarkt sind Kennzeichen aktueller Entwicklungen in der Welt. Mehr Krisen, Kriege und Konflikte in Europa sind wahrscheinlicher als Euroharmonie. Es rächt sich für die deutschen Konkurrenten, daß sie 1989/90 so wenig Widerstand gegen die Wiedervereinigung geleistet haben.

Heiner Möller schrieb in KONKRET 3/95 über den nationalen Kommunismus

Konkret 12/95, S. 28

Otto Köhler

Verschworene Gesellen

SS im AA: Wie unter Adenauer alte Nazis in das neue Auswärtige Amt einzogen

Der vertrauliche Hinweis über den Redakteur Hammerschmidt war dem Auswärtigen Amt hochwillkommen. Hammerschmidt sei 1945 mit der US-Armee nach Stuttgart gekommen, dort eine Zeitlang leitender Beamter beim Polizeipräsidium gewesen und wegen krimineller Verfehlungen entlassen worden. Außerdem sei er auch noch Mitarbeiter des US-Geheimdienstes CIC gewesen. Möglicherweise handele es sich, meinte das Auswärtige Amt in Bonn, um »ein Subjekt, das von irgendeinem außerdeutschen Land bezahlt wird und in politisch interessiertem Auftrag die Rundfunksendung aufgegeben hat, um die deutsche Außenpolitik zu schädigen.«

Die Sendung, die nicht nur dem Auswärtigen Amt in Bonn mißfallen hatte, kam vom Bayerischen Rundfunk. In ihr hieß es: *Das Auswärtige Amt ist eine Hochburg ehemaliger Handlanger des Dritten Reiches. Das ist der nüchterne Tatbestand. Wenn man diese Vorgänge richtig erkennen will, dann muß man sich zunächst einmal mit der Tätigkeit des alten Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop beschäftigen. Im Auswärtigen Amt gab es eine besondere Abteilung, eine Mammut-Abteilung mit Hunderten von Beamten und Angestellten, die sich Deutschland-Abteilung nannte.*

Hammerschmidt enthüllte: Das Judenreferat in der Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amtes habe regelmäßig den Maßnahmen zur »Endlösung der Judenfrage«, die ja vor allem ausländische und staatenlose Juden betraf, zugestimmt. Unterstaatssekretär Luther, der Leiter der Deutschland-Abteilung, habe an der Wannseekonferenz teilgenommen, das Protokoll dieser Besprechung sei später auch von anderen leitenden Beamten des AA zur Kenntnis genommen worden.

Die Sendung ließ keinen Zweifel daran, daß nicht nur die zuständigen Mitarbeiter der Deutschland-Abteilung an den Verbrechen des Regimes beteiligt waren. Auch Beamte der politischen Abteilung und der Rechtsabteilung seien in zahllosen Fällen von Judentransporten, Geiselerschießungen und anderen völkerrechtswidrigen Maßnahmen gutachtlich gehört worden. Bei Maßnahmen gegen ausländische und staatenlose Juden habe das Reichssicherheitshauptamt das Auswärtige Amt grundsätzlich um Stellungnahme gebeten. Das Auswärtige Amt habe indes keine Bedenken geäußert. Hammerschmidt: *Die Kenntnis der Massenmorde war nach 1945 immer bestritten worden. Die Handzeichen der leitenden Beamten auf den seit Dezember 1941 im AA verbreiteten Einsatzgruppenberichten bestätigten jedoch die frühzeitige Kenntnisnahme der Massenexekutionen in den besetzten Gebieten der UdSSR. Deportation und Ermordung, Einsatzgruppenberichte und Liquidation waren Bestandteile des Planes zur »Endlösung der Judenfrage« gewesen. Sie bildeten ein untrennbares Ganzes.*

So Hammerschmidt im Bayerischen Rundfunk. Welch schlagende Widerlegung dieser Vorwürfe, wenn der Journalist, der sie vorbringt, kriminell wäre. Darum wandte sich der Dirigent der Organisationsabteilung im Auswärtigen Amt, der Gesandte Erster Klasse Werner Schwarz, am 16. April 1952 an die Landespolizeidirektion Stuttgart mit der Bitte um schnelle Übersendung der Akten des Hammerschmidt: »Da ein erhebliches dienstliches Interesse an der Einsicht der Akten vorliegt, darf erforderlichenfalls um eingehende Nachforschung nach deren Verbleib gebeten werden.«

Das dienstliche Interesse war ebenso erheblich wie fehlgeleitet. Das Subjekt, das die Herren des Auswärtigen Amtes zwecks Lösung ihrer drängenden Probleme gern überführt hätten, hieß Otto Hammerschmidt – der Urheber der Rundfunkserie aber, die ihnen so viele Unannehmlichkeiten bereitete, trug den Namen Helmut Hammerschmidt. Er war Mitglied der CSU, Leiter der Abteilung Hörfunk beim Bayerischen Rundfunk und wurde in den 60er Jahren Intendant des Südwestfunks.

Das alles läßt sich heute nachlesen in dem Buch des Historikers Hans-Jürgen Döscher: *Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität.* Im Geleitwort beschäftigt sich der ehemalige bundesdeutsche Generalkonsul in Mailand, Manfred Steinkühler, auch mit dem Medienecho auf Döschers erstes Buch über *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich* – »wegen der verästel-ten Interessen, die dabei zu Tage getreten sind«.

1987 war dieses Buch im eher konservativen Siedler Verlag erschienen. Damals hatte eine Rezension von Theodor Eschenburg in der »Zeit« Furore gemacht: »Döscher, geboren im Jahr 1943, kann aus eigenem Erleben das damalige ›Ambiente‹ nicht kennen und hat es historisch nicht erfaßt.« Und: »Trotz fleißigen Quellenstudiums ist dem Autor Wesentliches entgangen.« Das Wesentliche: Den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ernst von Weizsäcker dürfe man nicht nach den Judentransporten, die er abzeichnete, beurteilen und schon gar nicht nach seiner Uniform als SS-Obersturmführer. »Für Weizsäcker waren Abzeichen und Uniform Verkleidungsstücke...«

Was den sensiblen Zeitgeschichtler Eschenburg bei dieser Kritik bewegt haben mag, erläutert Manfred Steinkühler im Geleitwort zum neuen Döscher-Buch: »Während der Nazizeit hatte Eschenburg sich der SS angeschlossen. Nur ungern läßt er sich heute auf diese Mitgliedschaft ansprechen. Als ein Redakteur eines renommierten Senders ihn nach Erscheinen

seiner Besprechung dazu befragen wollte, erhielt er zur Antwort: ›Woher wissen Sie das? Ich werde mich bei Ihrem Intendanten beschweren.‹«

Eschenburg ist trotz seiner langjährigen Mitarbeit beim Institut für Zeitgeschichte ein Zeithistoriker, der sich lieber auf schöngebundene Memoiren der Betroffenen als auf Archivarbeit verläßt. Daß er selbst schon am 30. Juni 1933 SS-Anwärter war und am 6. März 1934 die SS-Mitgliedsnummer 156004 erhielt, könnte er im Bundesarchiv Koblenz im Nachlaß Rheindorf Nr. 443 nachlesen, in seinen soeben erschienenen eigenen Memoiren allerdings nicht. »Die Unkenntnis des ›Ambiente‹ ist ein sich häufig zeigender Mangel dieses Buches«, schrieb Eschenburg über Döschers erstes Buch und hielt ihm vor, daß er Hitlers Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk nicht einfach nach dessen Memoiren beurteilt habe, in denen der sich »entschieden« der Anweisung Görings »widersetzte«, nach dem Novemberpogrom von 1938 den Juden zur kollektiven »Sühne« eine »Buße« von einer Milliarde Reichsmark aufzuerlegen.

Doch in Wirklichkeit stellte sich Schwerin von Krosigk hinter Reinhard Heydrich, der das Pogrom angezettelt hatte, und wollte 1938 vor allem die minderbemittelten Juden aus Deutschland vertreiben. Krosigk: »Das muß doch immer das Entscheidende sein, daß wir nicht das Gesellschaftsproletariat hierbehalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu behandeln, die fürchterlich ist. Ich stelle mir den Zwang zum Ghetto auch nicht gerade als angenehme Aussicht vor. Infolgedessen muß das Ziel sein, was Heydrich gesagt hat: Heraus, was herausgebracht werden kann.«

Beide Bücher Döschers, das über das Auswärtige Amt im Dritten Reich und das neue über dessen Fortsetzung in der Bundesrepublik, stoßen auf ein Ambiente, auf ein Interessengeflecht, das für Nachgeborene wie den 1938 geborenen Historiker tatsächlich nur schwer zu durchschauen ist. Eschenburg: »Döschers Fehler (...) ist, daß der Autor wie manch andere vierzig Jahre nach dem Ende der braunen Diktatur, trotz reichen Materials, die Verhaltensweise in einer totalitären Diktatur nach rechtsstaatlichen und demokratischen Maßstäben mißt.«

Das darf man nicht. Eschenburg, der in der »Zeit« manchen innenpolitischen Skandal aufgedeckt und gegeißelt hat, hält nach außen die Reihen fest geschlossen. 1990, kurz bevor er mit der eiligen Anerkennung des großdeutschen Bündnispartners Kroatien auf dem Balkan Brand legte, bestätigte der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher dem Zeitgeschichtler aus Tübingen: »Immer wieder hat er sich auch in der Öffentlichkeit schützend vor den Auswärtigen Dienst gestellt, wenn dieser mit falschen oder schiefen Argumenten angegriffen wurde.«

Das tut Döscher nicht. Wollte er die Rücksichten nehmen, die ihm dringlich geboten werden, müßte er schweigen. Es gibt Geschichtsliebhaber, die sich so verhalten. Sie sind keine Historiker. Döscher ist Historiker. Er kann die Unterschrift des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt unter den Deportationsanweisungen für die westeuropäischen Juden nach Auschwitz nicht deshalb übersehen, weil Ernst von Weizsäcker bei allem großdeutschen Hegemonialwillen 1939 doch lieber den Krieg vermieden hätte und sein Sohn Bundespräsident wurde. Döschers Indiskretion gehört sich allerdings nicht im Ambiente dieser seltsamen Republik, die ihren Vorgängerstaat nicht nach rechtsstaatlichen Maßstäben messen mag.

Daß Döschers neues Buch über das Auswärtige Amt unter Adenauer zur nahtlosen Fortsetzung seines ersten Buches über das Auswärtige Amt im Dritten Reich wurde, ist nicht seine Schuld – das haben die Politiker zu verantworten, die vor der Geschichtsschreibung diese Fortsetzung in der Realität geduldet und gefördert haben. Weil es aber so geschah, ist für Eschenburg und sein Ambiente der Nachweis so schwer zu ertragen, daß, so Manfred Steinkühler im Geleitwort, »die deutschen Funktionseliten und darunter auch die Diplomaten des Auswärtigen Amtes in weiten Teilen zu Trägern der nationalsozialistischen Gewaltpolitik geworden waren«.

Schon vor Hammerschmidt hatte der Journalist Michael Mansfeld im September 1951 eine ganze Artikelserie über die alten Kräfte im neuen Auswärtigen Amt geschrieben. Überschrift: »Ihr naht euch wieder...« Für Richard Tüngel, den nationalistischen Chefredakteur der damals weit rechts stehenden »Zeit«, war der Fall klar. Nicht Mansfeld war der wahre Autor. »Abermals: Robert Kempner. Einem Schädling muß das Handwerk gelegt werden«, überschrieb Tüngel seinen wütenden Artikel. Mansfelds Angriffe seien vom ehemaligen Nürnberger Chefankläger Robert Kempner ausgegangen. Das war falsch. Aber Tüngel: »Unsere Leser wissen, wer Kempner ist. Er hat den Staatssekretär von Weizsäcker ins Gefängnis und in den Tod gehetzt.« Kempner bekam auch gleich noch ein Motiv dazuerfunden: »Schon während der Nürnberger Prozesse war er so großmäulig, rundherum zu verkünden, nur er allein sei aufgrund seiner Aktenkenntnis fähig, das neue Auswärtige Amt aufzubauen. Man hat ihn nicht berufen, und nun rächt er sich.«

In Wirklichkeit drängte es Tüngel selbst dorthin. Man hatte ihm den Botschafterposten im Vatikan versprochen. Daraus wurde aber nichts, als der liberale »Zeit«-Verleger Gerd Bucerius den patriotischen Schädlingsbekämpfer aus dem Chefredakteursstuhl entfernt hatte.

Nach Mansfelds Artikelserie sah sich Adenauer im September 1951 genötigt, den ehemaligen Kölner Oberlandesgerichtspräsidenten Rudolf Schetter zu beauftragen, Ermittlungen »in Bezug auf diejenigen Beamten und Angestellten des Auswärtigen Amts anzustellen, gegen deren Verwendung in der Öffentlichkeit wegen ihrer angeblichen Haltung unter dem Nationalsozialismus Bedenken erhoben worden sind«. Schetter funktionierte befriedigend. Sein Abschlußbericht vom November 1951: »Die durch Presseerzeugnisse verschiedener Art (...) gegen das Bonner Auswärtige

Amt und seine Angehörigen verbreiteten Beschuldigungen haben sich zum großen Teil als tatsächlich unrichtig, unvollständig und entstellt erwiesen. Soweit ihnen wahre Tatsachen zugrunde liegen, sind diese tendenziös aufgemacht, so daß oftmals ein völlig falsches Bild entstanden ist. Die Beanstandungen der einzelnen Mitglieder des Amtes haben in der Mehrzahl der Fälle eine solche Aufklärung erfahren, die Bedenken gegen eine Wiederverwendung nicht aufkommen läßt, wenn man nicht schon die Tatsache der nominellen Parteizugehörigkeit als Hindernis betrachtet.«

Der frühere Gesandte Kurt Heinburg, der bis 1943 als Referatsleiter »Südosteuropa« in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes an der »Evakuierung« von Juden in die Vernichtungslager mitgewirkt hatte und seit 1950 als Referent ausgerechnet der Personalabteilung des neuen Auswärtigen Amtes wirkte, erfand eine jüdische schwarze Liste, für die er den Nürnberger Ankläger Robert M. Kempner verantwortlich machte: »Es muß damit gerechnet werden, daß in der Bundesrepublik eine israelitische Abwehrorganisation, vielleicht mit Herrn Kempner an der Spitze, besteht mit der Aufgabe, den Antisemitismus in der Bundesrepublik zu beobachten und zu bekämpfen sowie darauf hinzuarbeiten, daß – vom jüdischen Standpunkt aus – antisemitisch verdächtige Personen nicht in maßgebende Stellen hineinkommen bzw. daraus entfernt werden, und das insbesondere im Auswärtigen Dienst. Antisemitisch verdächtig sind bei den Juden diejenigen, die der NSDAP und ihren Gliederungen angehört haben, da sie sich durch ihren Beitritt zu der antisemitischen Einstellung Hitlers bekannt haben. Verdächtig sind aber auch die Angehörigen des früheren AA, soweit sie – ob sie Pg waren oder nicht – von jüdischer Seite irgendwie mit der Judenverfolgung in der Hitlerzeit in Verbindung gebracht werden.« Heinburgs Antrag auf Aufnahme in die NSDAP war 1940 abgelehnt worden mit der Begründung: »Liberalist reinsten Wassers«.

Danach bewährte er sich. Doch Adenauers Untersuchungsführer Schetter über den Judenevakuierer: »Da er bis zum Schluß des Krieges unter die Beförderungssperre fiel, weil er nicht Pg war und auch tatsächlich nicht befördert worden ist, kann mit Recht angenommen werden, daß er innerlich das System und alle seine Ausschweifungen abgelehnt hat. Wenn er auch zugibt, einmal einen Erlaß mitgezeichnet zu haben, dessen Inhalts er sich aber nicht mehr erinnert, so bleibt auch hier zumindest eine Beweislücke dafür, daß er in irgendeiner Weise aktiv fördernd in die Judenverfolgung eingegriffen hat.«

Was für Heinburg galt, sollte für alle gelten. Adenauers Oberlandesgerichtspräsident a.D.: »Soweit sich überhaupt Pflichtverletzungen ergeben haben, was nur in ganz geringem Maße festgestellt werden konnte, ist die Schuld der davon Betroffenen in Anbetracht der damaligen Zeitverhältnisse so gering, daß eine nachträgliche disziplinarische Verfolgung nicht im Staatsinteresse liegen würde. In den wenigen der verbleibenden Fälle scheint es mir aber auch an der objektiven Rechtswidrigkeit der Handlung oder Unterlassung zu fehlen. Insgesamt komme ich daher zu dem Ergebnis: Für eine Einleitung eines Disziplinarverfahrens ist der individuelle Sachverhalt nicht danach angetan, eine Aussicht zu eröffnen, daß ein Verfahren zu einer disziplinarischen Ahndung führen würde.«

Inzwischen hatte der Bundestag im Oktober 1951 selbst einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Dem Journalisten Mansfeld, der vor dem Ausschuß erschien, stellte darum der laut Grundgesetz an Aufträge nicht gebundene CSU-Abgeordnete Fürst Fugger zu Glött die Frage, in welchem Auftrag er eigentlich gehandelt habe. Die Antwort des Journalisten: »Ich war 5 Jahre lang Soldat, und als ich zurückkam, hatte ich persönlich das Gefühl, als ich den ersten britischen Soldaten auf der Straße sah, daß nun etwas vollkommen Neues anfangen müßte von hier und heute (...) Ich habe geglaubt daran, daß wir aus diesem fürchterlichen Dreck, aus dieser Lorke, aus der wir herausgekommen sind, etwas erkennen müssen, daß nun etwas Neues anfangen müßte, und ich habe gedacht, die anderen müßten auch so denken. Aber ich habe offensichtlich falsch gedacht. Ich habe als Journalist nur nach dem Prinzip gehandelt, daß die erste Freiheit der Presse darin liegt, kein Gewerbe zu sein.« Über die Lorke dachte Konrad Adenauer ähnlich. Er kam nur – wie wir noch lesen werden – zu entgegengesetzten Schlußfolgerungen.

Bei der Wiedererrichtung des Auswärtigen Amtes hatten die Westalliierten zunächst immerhin die Bedingung gestellt, daß keine alten NS-Parteigenossen als Diplomaten ins Ausland geschickt werden durften. Wilhelm Melchers, Personalreferent für den höheren Dienst, vor dem Untersuchungsausschuß: »Wir mußten in Amerika, in Holland, in Belgien, in Norwegen und den Ländern, die unter unserer Kriegführung gelitten haben, zunächst erst einmal Nicht-PGs einsetzen, und wir haben uns alle große Mühe gegeben, die Nicht-PGs zusammenzukratzen und sie gerade in diese Länder zu schicken.«

Und so blieben für das Auswärtige Amt im Inland fast nur die Pgs übrig. Aber auch da erwies sich nicht jeder als geeignet. Da war etwa Erich Kordt, Sturmbannführer der SS seit 1938, drei Jahre lang Chef des Ministerbüros von Ribbentrop und dann bis 1945 Gesandter Erster Klasse in Tokio und Nanking. Er hatte sich von US-Kollegen in China eine Bescheinigung ausstellen lassen, daß er – in Nanking? – an der Verschwörung des 20. Juli beteiligt gewesen sei. Doch als Adenauer die Wiedereinberufung Erich Kordts vorgeschlagen wurde, verweigerte sich der Bundeskanzler. Seine Begründung: »Der hat Ribbentrop betrogen und seine Politik hintertrieben. Was gibt mir die Gewißheit, daß er mich nicht ebenso behandelt.«

Der Persilschein hatte sich als kontraproduktiv erwiesen. Ein anderer konnte selbst Persilscheine ausstellen: Hans Herwarth von Bittenfeld, bis 1939 Legationssekretär an der Deutschen Botschaft in Moskau, wurde in der Nazi-Wehrmacht Experte für psychologische Kriegführung. Ihm unterstanden die Kollaborateur-Truppen im Osten, die auch Hilfsdienste bei

der Massenhinrichtung von Juden leisteten. 1945 stellte er sich sofort in den Dienst des US-Geheimdienstes, der ihn vor Bestrafung schützte. Seine Teilnahme an der sogenannten »Partisanenbekämpfung«, an Massenerschießungen also, war, wie der US-Journalist Christopher Simpson ermittelte, dem Geheimdienst sehr wohl bekannt. Während man schon längst zusammenarbeitete, galt Herwarth bis 1949 offiziell als »flüchtig«. Und Herwarth sorgte bei seinen US-Geheimdienstfreunden dafür, daß sein Kollege, der Diplomat Gustav Hilger, der per Steckbrief als Folterer gesucht wurde, nicht zu finden war und seine Kenntnisse über die Sowjetunion den USA zu Verfügung stellte. Hilger hielt im Auswärtigen Amt die Verbindung zu den Einsatzgruppen der SS, über seinen Schreibtisch liefen ihre Berichte über die Massenmorde an Juden. Und er half nach Simpsons Ermittlungen, daß ganze Zugladungen von italienischen Juden unbehindert nach Auschwitz abtransportiert werden konnten.

Hilgers Komplize Herwarth war neben Adenauers Vertrautem, dem NSDAP-Mitglied Herbert Blankenhorn vom alten Auswärtigen Amt, die beherrschende Figur im neuen Auswärtigen Amt. Er unterstützte seine Kollegen bei der Entnazifizierung und beim Wiedereintritt in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Ausgerechnet dieser Herwarth wurde ausersehen, den Widerstand des Auswärtigen Amtes gegen die Nazis zu repräsentieren. Döscher: »Seine eidesstattlichen Versicherungen und persönlichen Empfehlungen hatten Gewicht, da er dank einer jüdischen Großmutter kein Parteimitglied geworden war und nach 1945 den Status eines Verfolgten des NS-Regimes erfolgreich in Anspruch nahm. Die ›Gnade der jüdischen Großmutter‹, diesen von ihm nicht verschuldeten Umstand, hat er dann ausgiebig zu seinen und seiner Freunde Gunsten verwertet. Die meisten seiner Protegés beendeten ihre Karrieren als Botschafter.«

Staatssekretär Gustav Adolf Baron Steengracht von Moyland bestätigte, daß Herwarth, obwohl nach Naziterminologie »Mischling zweiten Grades«, mit Genehmigung Hitlers »im Auswärtigen Amt weiter beschäftigt und unter Zustimmung des Führers vom 17. Januar 1938 zum Legationssekretär ernannt worden ist. Seit Kriegsbeginn befindet sich Herwarth von Bittenfeld bei der Wehrmacht. Er hat sich dort besonders ausgezeichnet, frühzeitig das EK I bekommen und ist inzwischen vom Feldwebel zum Hauptmann aufgerückt. Der Führer hat seinerzeit erklärt, daß die Deutschblütigkeitserklärung von Herwarth von Bittenfeld, um die die Wehrmacht eingekommen war, zurückgestellt werden solle bis nach Kriegsende, woraufhin der Führer dann je nach seiner Bewährung einen Entscheid hierüber treffen wolle. Grund zu der positiven Einstellung des Führers ist, daß Herwarth von Bittenfeld sich seinerzeit Verdienste um die Schwarze Reichswehr erworben und im Kapp-Putsch gegen die Kommunisten sich hervorragend bewährt hat. Nach seinen Verdiensten ist anzunehmen, daß der Führer nach Kriegsende seine Deutschblütigkeitserklärung endgültig genehmigen wird.«

Nur gut, daß der Führer bei Kriegsende nur noch an seine Hochzeit mit Eva Braun und nicht mehr an die feierliche Transsubstantiation des jüdischen Blutviertels in Herwarth von Bittenfeld in arisches Blut dachte – ohne die jüdische Großmutter des Begünstigten hätten die altes Nazis im neuen Auswärtigen Amt vielleicht auf diesen Schutzengel verzichten müssen, der sie durch die Fährnisse der Entnazifizierung leitete.

Der Zentrumsabgeordnete Bernhard Reismann schrieb 1951 in einem Beitrag über Herwarth und die »Geschlossene Gesellschaft« des Auswärtigen Amtes: »Als er unter Adenauer an die Macht kam, ließ er in erster Linie seine früheren Crewkollegen kommen (...) alles NSDAP-Mitglieder. Es sieht so aus, als ob er keine Nicht-PGs in seiner Nähe wünschte, weil sie zu sehr eine Art von lebendem bösem Gewissen für ihn sein würden.«

»Man schüttet kein schmutziges Wasser aus, wenn man kein sauberes hat«, hat Adenauer über die Beschäftigung der alten Nazis im neuen AA gesagt. Nach Frankreich immerhin hatte Adenauer – zwecks Aussöhnung – mit Bedacht einen tatsächlichen NS-Gegner, den feinsinnigen Literatur- und Kunstkritiker Dr. Wilhelm Hausenstein geschickt – als »Botschafter des Geistes«, wie er genannt wurde. Er wurde von seinen deutschen Kollegen geschnitten, blieb stets isoliert.

Diese Gnade der Isolation blieb dem zweiten Außenseiter in Adenauers diplomatischem Dienst – mehr gab es nicht – versagt, dem Emigranten und Sozialdemokraten Kurt Oppler. Er wurde 1959 Botschafter in Brüssel. Döscher: »In die Wirtschaftsabteilung der Botschaft Brüssel« – der Stadt, wo sich Oppler vor der SS im Keller versteckt hielt, während seine heutigen Kollegen die Judentransporte nach Auschwitz abzeichneten – »entsandte das AA zum Beispiel einen Angestellten des höheren Dienstes, der nicht nur einen schwunghaften Privathandel mit Alkoholika und Immobilien betrieb, sondern sich auch noch als ehemaliger SS-Untersturmführer beim SS-Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle entpuppte.«

Selbst als zusammengewachsen war, was nicht zusammengehört, als der Verbindungsmann zwischen dem Auswärtigen Amt Ribbentrops und dem Goebbelsministerium für Propaganda, das NSDAP-Mitglied Kurt Georg Kiesinger, mit dem Emigranten Willy Brandt 1966 die Große Koalition bildete und Brandt das Außenministerium übernahm, änderte sich für den Sozialdemokraten Oppler nichts.

Oppler, inzwischen nach Ottawa versetzt, mußte sich von seinem Vertreter, dem Botschaftsrat Walter Reichhold – Historiker Döscher darf ihn aus Datenschutzgründen nur abgekürzt R. nennen – in Gegenwart anderer Botschaftsmitglieder als der »Judd« beschimpfen lassen. Brandts Auswärtiges Amt ließ sich vier Monate Zeit, ehe der Antisemit in den

Ruhestand versetzt wurde – solange mußte der Jude Oppler, dessen Angehörige in Auschwitz vergast worden waren, mit dem Altnazi zusammenarbeiten. Vier Wochen später wurde Oppler selbst als 65jähriger in den Ruhestand versetzt – ein Racheakt. Denn bei Verfolgten des Naziregimes war nach dem Gesetz eine Verlängerung der Dienstzeit möglich.

Zwar wurde unter Brandt eine Reformkommission eingesetzt. Doch nicht – wie selbst manche CDU-Abgeordnete gewünscht hatten – unter Opplers Leitung, sondern unter dem Vorsitz Hans Herwarths, Besitzer einer für die Nazikollegen sehr vorteilhaften jüdischen Großmutter. Und so hat sich bis heute im Auswärtigen Amt wenig geändert. Gewiß, die Nazis sind gestorben oder in Rente. Und man zeichnet dort heute nicht mehr die Listen für Judentransporte nach Auschwitz ab, die gibt es nicht mehr. Sehr folgenreich aber sind die vom Auswärtigen Amt aufgestellten Listen der Nichtverfolgerländer, wohin man Asylbewerber abschieben kann. Ins Überleben vielleicht, vielleicht auch in Folter und Tod.

Anfrage des Rezensenten an das Auswärtige Amt in Bonn: Wieviele leitende Mitarbeiter aus dem diplomatischen Dienst der DDR und aus dem dortigen Ministerium hat das Auswärtige Amt übernommen?

Antwort der zuständigen Frau Sparwasser am 19. Oktober 1995: »Niemand.«

Gibt es Zahlen über die NS-Übernommenen?

»Das kann ich nicht sagen. Das war damals ein recht klarer, politisch wohlüberlegter Beschluß. Erstensmal hat man sich gesagt: Die führenden Mitarbeiter im damaligen Außenministerium waren natürlich auch die führenden Träger des DDR-Systems in vieler Hinsicht. Zweitens hat man sich gesagt: Auch gegenüber unseren Partnern ist es dann wahrscheinlich schwierig, Vertrauen, was die Diplomatie genießt, vollständig zu erhalten.«

Und das galt bei den NS-Mitarbeitern nicht?

»Dazu kann ich nichts sagen. Das ist zu lange her.«

Hans-Jürgen Döscher: *Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität.* Akademie Verlag Berlin, 405 S., 48 Mark.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 9/95 über Axel C. Springer und Leo Kirch

Konkret 12/95, S. 32

Georg Fülberth

Ein Jahrhundert wird besichtigt

Der britische Historiker Eric Hobsbawm hat eine umfängliche Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und zugleich eine Autobiografie geschrieben: »Das Zeitalter der Extreme«

Die Konstruktion von Distanz

Mit Geschichte kann man viel machen. Nimmt man sie vorweg und stattet sie mit künftigen technologischen Errungenschaften aus, ist es Science Fiction. Es gibt den historischen Roman und das Handwerk der Geschichtsschreibung. Auch auf die Idee des »Was wäre gewesen, wenn ...« ist man schon gekommen: wenn also, zum Beispiel, Hitler den Krieg gewonnen hätte.

Der britische Historiker Eric Hobsbawm hat diesen Möglichkeiten jetzt eine weitere hinzugefügt. In seinem Buch *Das Zeitalter der Extreme* bemüht er sich darum, das zwanzigste Jahrhundert so zu behandeln, als befände er sich schon tief im einundzwanzigsten. Über die Gegenwart schreibt er, wo es irgend geht, im Präteritum.

Die frühe Historisierung – noch fast in der Gegenwart des Beschriebenen – mag auch therapeutisch gemeint sein, ist dies vielleicht aber nur im Sinne der Sterilisierung. Man wird das überprüfen müssen, wenn das Buch in späteren Jahrzehnten noch einmal gelesen wird.

Das ist aber nur die eine Seite. Die andere besteht aus einer Person: Hobsbawm selbst, im Buch »der Autor« geheißen. Er ist beschreibendes Subjekt, an einigen Stellen auch Objekt der Betrachtungen, an seinen Reaktionen werden Wirkungen der Zeitläufte sichtbar gemacht.

Teilnehmende Beobachtung

Hobsbawm, 1917 in Alexandria (Ägypten) geboren, in Wien und Berlin aufgewachsen, kam 1933 nach Großbritannien. Ab 1947 lehrte er an der Universität London. Der Klappentext seines neuesten Buches belehrt uns, daß er Gastprofessor an der Stanford University, am Massachusetts Institute of Technology, der Cornell University, der École des Hautes Études en Sciences Sociales sowie am Collège de France war und seit 1984 an der New School for Social Research in New York tätig ist.

In den dreißiger Jahren mag es wohl gewesen sein, daß er in Großbritannien der Kommunistischen Partei beitrat. Er hat sie bis heute nicht verlassen. Als er in einem Interview nach den Gründen für diese Beharrlichkeit gefragt wurde, antwortete er: Die Mitgliedschaft sei für ihn ein Schutz, nicht so zu werden wie die anderen, welche sich vor allem um Geld und Reputation kümmern. Von den einflußreichen linken Intellektuellen, die Großbritannien im zwanzigsten Jahrhundert hervorgebracht hat, ist er jetzt der letzte. Die Londoner »Times« hänselt ihn auch schon einmal, weil er am Historischen Materialismus festhält und auf der Bedeutung der Großen Französischen Revolution besteht. Im Vorwort seines Buches revanchiert er sich, indem er die Tageszeitungen nennt, denen er etwas verdankt: »Guardian«, »Financial Times« und »New York Times«.

Als Leninisten kann man ihn sich kaum, als Breschnewianer überhaupt nicht vorstellen. In den siebziger Jahren war er ein Sympathisant des Eurokommunismus. Zur gleichen Zeit machte er die britische Öffentlichkeit protestierend auf die Berufsverbote in der BRD aufmerksam. Unverkennbar gehört seine Sympathie heute der »liberalen Demokratie«, doch dieser Sprachgebrauch kann im Deutschen zu Mißverständnissen führen. Hobsbawm macht nämlich klar, daß diese von ihm favorisierte Ordnung sich mit purem Kapitalismus nicht verträgt. Es ist offensichtlich eine soziale und radikale Demokratie gemeint, wodurch auch die Nähe und Entfernung zu einer ähnlich sich nennenden politischen Formation bestimmt wird.

Hobsbawms umfängliche Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts enthält zugleich eine Autobiografie in Mini-Form. Er macht sich zwischendurch mit einem knappen Satz sichtbar, und der Leser kann über die Jahrzehnte hin verfolgen, wie sich die Perspektive ändert.

Am Anfang steht die Wahrnehmung eines empfänglichen Halbwüchsigen: Das Datum der Machtübertragung an Hitler »ist auch ein unvergessener Winternachmittag in Berlin, an dem ein Fünfzehnjähriger und seine jüngere Schwester von ihren benachbarten Schulen in Wilmersdorf auf dem Nachhauseweg nach Halensee waren und irgendwo dazwischen auf ebendiese Schlagzeile stießen. Ich kann sie noch immer, wie im Traum, vor mir sehen«.

Bald darauf, in der Emigration, hat Hobsbawm Partei ergriffen: »Wir – und auch der Autor kann sich da auf seine Erinnerung berufen – erwarteten, daß wir im kommenden Krieg kämpfen und auch sterben würden. Und als Antifaschisten hatten wir nicht die geringsten Zweifel, daß wir, wenn die Zeit gekommen wäre, keine andere Wahl hätten, als zu kämpfen.« Das prägende Ereignis dieser Jahre ist der spanische Bürgerkrieg, und nach allen Niederlagen und Blamagen der

sozialistischen Angelegenheiten kann auf diesen Erfahrungen bestanden werden: »Was Spanien für Liberale und Linke in den dreißiger Jahren bedeutete, scheint heute nur noch schwer feststellbar. Doch für viele von ihnen, die überleben konnten und heute alle in biblischem Alter sind, scheint die Verteidigung ihrer Sache in diesem Land selbst rückblickend betrachtet die einzige politische Tat gewesen zu sein, die ihre Gültigkeit bewahrt hat.« An anderer Stelle finden wir den Autor in einer »›Schule‹ für kommunistische britische und ›Kolonialstudenten‹«.

Nach 1945 wird die Luft dünner. Ein viel reisender Akademiker, bewandert in den Statistiken der internationalen Organisationen, tut sich um, doch da er nicht nur sieht und hört, sondern auch denkt, ist er immer mehr als nur ein Tourist. Aus einem nachkolonialen Land berichtet er über die staatlich verordnete Identitätsstiftung durch die »Einführung von Schulsporttagen, bei denen auf geborgten Kassettenrecordern plötzlich die Nationalhymne gespielt wurde« – und wir können annehmen, daß er dabei war oder es von guten Bekannten gehört hat. Er schreibt über die Avantgarde in der bildenden Kunst, berichtet vom Kino, vom Jazz und seinen Fans, »darunter auch der Autor, seit er 1933 in London zum erstenmal Duke Ellington erlebte«: die Welt, gesehen durch ein nicht nur gelehrtes, sondern auch neugieriges Temperament.

Geschichte der siebenundsiebzig Jahre

In Hobsbawms Version reichte das »Lange neunzehnte Jahrhundert« von 1789 bis 1914. Das »Kurze zwanzigste« brachte es nur auf die Zeit von 1914 bis – ungefähr – 1991. Seine drei Perioden nennt er das »Katastrophenzeitalter« (bis 1945), das »Goldene Zeitalter« (von 1945 bis zum Beginn der siebziger Jahre), den »Erdrutsch« (danach). Die Themen langer wissenschaftlicher Debatten werden zuweilen mit apodiktischer Kürze abgehandelt. Zum Beispiel ist seiner Ansicht nach »der Faschismus niemals Ausdruck des ›Monopolkapitalismus‹« gewesen. Er begründet dies damit, daß »das wirkliche Großunternehmertum mit jeder Art von Regime zurechtkommt, das nicht zu Enteignungsmaßnahmen greift, und daß jedes Regime mit dem Großunternehmertum zurechtkommen muß. Der Faschismus war kein stärkerer ›Ausdruck der Interessen des Monopolkapitals‹ als der amerikanische New Deal, die britischen Labour-Regierungen oder die Weimarer Republik.« Hobsbawms Behandlung des deutschen Falls, in dem das große Kapital die Weimarer Republik zunächst nur widerwillig hingenommen und dann auf ihre Beseitigung hingearbeitet hat, ist nicht sehr gründlich.

Hobsbawm ist fasziniert vom »Goldenen Zeitalter«. Die materielle Besserstellung breiter Massen, hohe soziale Mobilität, Umgestaltung des Alltags durch technologische Innovation sind für ihn Revolutionen innerhalb der westlichen Gesellschaften. Die andere Seite des Goldenen Zeitalters war die Systemauseinandersetzung. Hobsbawm kritisiert den »apokalyptischen Ton des Kalten Krieges. Dieser Ton kam aus den USA«. Als einen Meister antikommunistischer Rhetorik identifiziert er John F. Kennedy, den »am stärksten überschätzten amerikanischen Präsidenten des Jahrhunderts«. (Sein kultureller Standard veranlaßt ihn noch zu einer anderen Bemerkung ad personam: Nixon war »das unsympathischste Individuum unter den amerikanischen Nachkriegspräsidenten«.)

Dabei ist sein Urteil über den realen Sozialismus unbarmherzig: Dieser erzielte seine Erfolge »mit enormen, unerträglichen, unannehmbaren menschlichen Kosten, zum Preis einer Wirtschaft, die, wie sich herausstellen sollte, in der Sackgasse endete, und zum Preis eines politischen Systems, zu dessen Gunsten nichts vorgebracht werden kann«. Die Frage, ob eine andere, bessere Ökonomie des gesellschaftlichen Eigentums denkbar gewesen wäre, bejaht Hobsbawm mit einem Hinweis auf die Diskussion über sozialistische Rechnungsführung, die in den dreißiger Jahren ihren Höhepunkt mit der Auseinandersetzung zwischen F.A. von Hayek und Oskar Lange erreichte. Dann mußten allerdings Marktpreise gebildet werden. »Die Möglichkeit einer solchen sozialistischen Wirtschaft zu demonstrieren heißt aber natürlich nicht, ihre Überlegenheit über sozial gerechtere Varianten der gemischten Wirtschaft im Goldenen Zeitalter unter Beweis stellen zu wollen; und noch weniger heißt es, daß sie die Menschen auch tatsächlich bevorzugen würden.«

Hobsbawm trennt diesen denkmöglichen Marktsozialismus von der Politik der KPdSU und fragt, ob letztere eine andere Wahl hatte. Hier muß er ausführlicher zitiert werden, denn wir befinden uns am Kern eines Problems, an dem Dogmatismus und »Western Marxism« gleichermaßen nicht mehr weiterwissen:

Einer der hervorragendsten sozialistischen Ökonomen der dreißiger Jahre, Oskar Lange, war aus den USA in sein Geburtsland Polen zurückgekehrt, um beim Aufbau des Sozialismus mitzuhelfen. Schließlich starb er in einem Londoner Krankenhaus. Auf seinem Sterbebett sprach er mit seinen Freunden und Bewunderern, darunter auch mit dem Autor, der sich an folgende Worte erinnert:

»Wäre ich in den zwanziger Jahren in Rußland gewesen, dann hätte ich Bucharins Politik der graduellen Entwicklung unterstützt. Wäre ich Berater für die sowjetische Industrialisierung gewesen, dann hätte ich flexiblere und begrenztere Ziele empfohlen – wie die ausgezeichneten russischen Planer es tatsächlich getan haben. Aber wenn ich so zurückdenke, frage ich mich immer wieder: Hat es eine Alternative zu dem wahllosen, brutalen und im Grunde völlig planlosen Vorwärtssturm des ersten Fünfjahresplans gegeben? Ich wollte, ich könnte die Frage bejahen, aber das kann ich nicht. Ich weiß einfach keine Antwort.«

Hobsbawms Rettung der von ihm beschriebenen und erlebten Zeit erfolgt auf einem Gebiet, für das er sich selbst keine originäre Kompetenz zumißt: in den Naturwissenschaften. (Daß er ihre Darstellung ausgerechnet in den »Erdrutsch«-Teil packt, zeigt, daß es ihm doch unmöglich war, den gesamten Stoff in seinem Drei-Phasen-Schema unterzubringen.) Für sie gilt: »Ihretwegen wird das 20. Jahrhundert als ein Zeitalter des menschlichen Fortschritts und nicht primär als Zeitalter der menschlichen Tragödie in Erinnerung bleiben.«

Wie das? Idealismus, der gedankliche Leistungen »an sich« respektiert? Eher besteht ein Zusammenhang mit dem Beitrag von Wissenschaft und Technik zur »Sozialen Revolution« (die er ebenfalls nicht in einer einzigen Periode festhält, sondern für die Jahre 1945-1990 datiert). Von hier aus nimmt Eric Hobsbawm den Kampf gegen die Postmoderne auf.

Kritik der Gegenaufklärung

Dritter Teil: »Der Erdrutsch«. Dieser besteht nicht nur im Untergang des ungeliebten real existierenden Sozialismus, sondern auch darin, daß einige Zähmungen des Kapitalismus zur Disposition gestellt werden. Nur zum ersten Vorgang hat Hobsbawm Fundiertes zu sagen, denn dieses Kapitel ist abgeschlossen. Die gegenwärtige Transformation des Kapitalismus aber scheint noch nichts für Historiker zu sein. Hobsbawms Fiktion, aus dem einundzwanzigsten Jahrhundert werde über das zwanzigste geschrieben, läßt sich nicht durchhalten. Seine Prognose, daß staatliche Intervention auf Dauer kaum so stark reduziert werden kann, wie die einen hoffen, die anderen fürchten, dürfte ebenso realistisch sein wie seine Annahme, daß eine zusätzliche Ressourcenbewirtschaftung notwendig ist, umweltökonomisch also der »Kapitalismus der Krisenjahrzehnte« keine Lösung darstellt. Auch muß man nicht Hobsbawm heißen, um folgenden Satz zu schreiben: »Dennoch wäre es gut möglich, daß die Debatte, die den Kapitalismus und den Sozialismus als sich gegenseitig ausschließende, konträre Gegensätze darstellte, von zukünftigen Generationen nur als Relikt der ideologischen Kalten Religionskriege des 20. Jahrhunderts gesehen wird.«

Auf mehr Unterscheidung besteht er dort, wo er gegen die Begleit-Ideologien der »Krisenjahrzehnte« polemisiert. Am ausführlichsten geht er gegen den marktradikalen Wirtschaftsliberalismus an, der nur »eine Art von Theologie« sei. Er lehnt es ab, selbst auf die Sowjetunion Stalins den Totalitarismusbegriff anzuwenden. Damit wendet er sich gegen eine Doktrin, die noch aus dem »Goldenen Zeitalter« stammt und gegenwärtig vitalisiert wird. Für »die seltsamen Rufe nach einer diffusen ›Zivilgesellschaft‹, nach ›Gemeinschaft‹ – und das in einer Zeit, in der solche Worte ihre traditionelle Bedeutung bereits verloren hatten und zu leeren Phrasen geworden waren«, bringt er bereits auf den ersten Seiten gerade mal nachsichtigen Spott auf. Da und dort mag er von den Bornierungen des »Goldenen Zeitalters« nicht frei sein, etwa in seiner Verwunderung über die »tiefsitzende Abneigung der Umweltschützer gegen jegliche Art von Kernkraftenergie«. Seine spröde und wieder leicht spöttische Haltung gegenüber den Intellektuellen von 1968 beruhte dagegen wohl von Anfang an auf Hellsicht.

Marxisten werden an Hobsbawm zwar ihre intellektuelle und ästhetische, auch moralische Freude haben, politisch aber gehen sie leer aus: Die sozialliberale Variante des herrschenden Bewußtseins erscheint nach links hin als alternativlos.

Der banale Titel des letzten Kapitels: »Ein Jahrtausend geht zur Neige«, gibt zutreffend wieder, daß hier – trotz aller Beschwörungen der Notwendigkeit einer Änderung – abgeschlossen wird, ohne daß irgendwo ein Neuanfang zu sehen ist. Das Buch endet mit dem Wort »Finsternis« (als Gegenmetapher zu dem, was der Verfasser hofft, »einer umgewandelten Gesellschaft«), und man stellt sich vor, daß der junge Eric Hobsbawm, welcher bereit war, im Kampf gegen den Faschismus zu fallen, gewiß niemals die Summe des Jahrhunderts hat schreiben wollen.

Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.* Aus dem Englischen von Yvonne Badal, Carl Hanser Verlag, München und Wien 1995, 784 Seiten, 68 Mark

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 11/95 über die Modernisierung der SPD

Konkret 12/95, S. 35

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 40

Mittwoch, 30.8. –

Brandanschlag auf ein von einer kurdischen Familie bewohntes Haus in Mülheim bei Freiburg. Die Bewohner sind zur Tatzeit nicht im Haus, das völlig ausbrennt. Die Polizei vermutet die Täter in linksgerichteten türkischen oder kurdischen Kreisen.

Samstag, 2.9. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lokal in Schwenningen/Baden-Württemberg. Unbekannte Täter sprühen »PKK« an die Hausfassade, schütten Benzin an die Wand und setzen sie in Brand. Die im Haus lebende Familie des Wirtes kann das Feuer frühzeitig löschen. Für die Polizei ist nicht sicher, daß der Brand von Mitgliedern der PKK gelegt wurde.

Mittwoch, 6.9. –

In Erfurt dringen unbekannte Täter in eine orientalische Gaststätte ein, sprühen mit gelber, weißer und roter Farbe Hakenkreuze und »Ausländer raus« an die Wände, zerstören die Einrichtung und stehlen 1.000 Mark Bargeld. Der insgesamt entstandene Sachschaden beläuft sich nach Polizeiangaben auf etwa 120.000 Mark.

Freitag, 8.9. –

Unbekannte Täter bewerfen einen in Polen registrierten Pkw und einen polnischen Reisebus in Frankfurt/Oder. In beiden Fällen werden die Frontscheiben zertrümmert. Der Busfahrer wird durch Glassplitter am Auge verletzt.

Mittwoch, 13.9. –

In Gera/Thüringen wird ein 23jähriger Thailänder in einer Telefonzelle von vier unbekannten Jugendlichen überfallen und leicht verletzt. Die Täter entwenden ihm 200 Mark und Telefonkarten. Ob die Jugendlichen, deren Alter auf 15 bis 20 Jahre geschätzt wird, der rechtsextremen Szene angehören, ist nach Angaben der Polizei unklar.

Donnerstag, 14.9. –

Brandanschlag auf eine türkische Imbißbude in Münster. Es entsteht ein Sachschaden von etwa tausend Mark. Die Hintergründe der Tat sind unklar.

Dienstag, 19.9. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im Juli 1995 insgesamt 171 fremdenfeindliche Straftaten. Damit ist die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten nach 146 im Juni und 148 im Mai wieder erheblich angestiegen. Bei den im Juli registrierten Straftaten handelt es sich um drei Brandanschläge, 36 Angriffe gegen Personen, darunter eine versuchte Tötung, und 132 »sonstige Straftaten«. Im Zusammenhang mit diesen Delikten wurden 153 Tatverdächtige registriert. 62 von ihnen wurden vorläufig festgenommen, gegen sieben ergingen Haftbefehle.

Donnerstag, 21.9. –

In Rostock rempeln zwei unbekannte Täter einen zu einer Gruppe von vier Ausländern gehörenden 29jährigen Asiaten an und greifen ihn mit einem Messer an. Einer der Täter bringt ihm zwei Stichwunden an der Brust und Schnittverletzungen an der linken Hand bei. Das Opfer muß in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei schließt einen ausländerfeindlichen Hintergrund nicht aus.

Freitag, 22.9. –

Brandanschlag auf die Wohnung eines ausländischen Ehepaares in Passau. Unbekannte Täter legen vor der Wohnungstür ein Feuer. Die im siebten Monat schwangere Frau wird mit einer leichten Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht. Der Mann wird ebenfalls leicht verletzt. Eine Mieterin des Hauses, in dem noch andere ausländische Familien leben, hörte einen Knall und das Geräusch einer zerbrechenden Flasche. Die Polizei geht nicht von einem fremdenfeindlichen Anschlag aus. –

Das Schöffengericht in Rudolstadt spricht zwei Polizisten vom Vorwurf der Strafvereitelung im Amt frei. Die Staatsanwaltschaft hatte den Beamten vorgeworfen, nichts gegen die Ausschreitungen einer Gruppe von Skinheads am 23. Juli 1994 unternommen zu haben. Sie sollen tatenlos zugesehen haben, wie 23 rechtsradikale Jugendliche an einem Stausee einen Österreicher schlugen und beschimpften. Anschließend waren die Jugendlichen zur Gedenkstätte Buchenwald gefahren und hatten dort randaliert.

Samstag, 23.9. –

Brandanschlag auf ein von drei türkischen Familien bewohntes Haus in Bebra/Kreis Hersfeld-Rotenburg. Ein unbekannter Täter wirft von der Straße her einen Brandsatz durch ein Kellerfenster. Die Flammen entzünden in dem Kellerraum Gerümpel, erlöschen jedoch von selbst. –

In Essen fragen drei Skinheads einen 31jährigen Mann nach seiner Nationalität. Als der Mann erklärt, er sei Deutscher und in Oberschlesien geboren, wird er von den Skinheads attackiert und mit Messerstichen im Gesicht und am Arm verletzt. –

In einer Diskothek in Friedrichhain bei Döbern/Brandenburg mißhandeln vier rechtsradikale Jugendliche drei indische Besucher schwer. Die drei Inder, die unmittelbar nach Betreten der Diskothek die Situation als bedrohlich wahrnehmen und das Lokal sofort wieder verlassen wollen, werden von den Rechtsradikalen brutal zusammengeschlagen. Ein Mann liegt bereits am Boden, als ihm das Gesicht mit Stiefeln bis zur Unkenntlichkeit zertreten wird. Er erleidet lebensgefährliche Verletzungen. Die von anderen Diskothekenbesuchern alarmierte Polizei kann die vier einschlägig bekannten Tatverdächtigen im Alter von 16 bis 20 Jahren festnehmen. Gegen drei wird ein Haftbefehl erwirkt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes.

Mittwoch, 27.9. –

Das Jugendschöffengericht Frankfurt/Oder verurteilt zwei junge Männer, die unter anderem wegen des Überfalls auf einen polnischen Studenten Ende Juni vor Gericht stehen, zu je vier Jahren Freiheitsstrafe. Den Angeklagten wurden unter anderem schwere Körperverletzung, Raub und Vergewaltigung Minderjähriger vorgeworfen. Die Jugendlichen hatten gestanden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Haftbefehle werden wegen Fluchtgefahr nicht aufgehoben. Nach Ansicht des Gerichts hatten die Jugendlichen den polnischen Studenten vor seinem Wohnheim brutal getreten und geschlagen. Sie seien außerdem in seine Wohnung eingedrungen. Dabei sei der Student mit Parolen wie »polnisches Schwein« und »polnischer Dreck« beschimpft worden.

Mittwoch, 4.10. –

Brandanschlag auf eine Gaststätte in Gütersloh/Westfalen, die von einem Gastwirt aus dem ehemaligen Jugoslawien betrieben wird. Die Tür der Gaststätte wird aufgebrochen, bevor am Eingang Feuer gelegt wird. Ein von den Tätern abgestellter Kanister mit zehn Litern Benzin gerät nicht in Brand. Der Brand wird von den acht aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Bewohnern entdeckt. Menschen werden nicht verletzt.

Sonntag, 8.10. –

Im Berliner Bezirk Hohenschönhausen greifen neun rechtsradikale Jugendliche zwei 21 und 36 Jahre alte Vietnamesen auf offener Straße an und verletzen sie mit Fußtritten. Die Polizei nimmt die Täter im Alter zwischen 16 und 18 Jahren kurz darauf vorübergehend fest. –

In Blankenhain bei Weimar schänden unbekannte Täter Gräber von polnischen Zwangsarbeitern, die im Zweiten Weltkrieg umkamen.

Dienstag, 10.10. –

In Eschenburg-Simmersbach/Lahn-Dill-Kreis überfallen vier betrunkene Männer ein Asylbewerberheim. Sie rufen ausländerfeindliche Parolen, zertrümmern Scheiben und feuern mehrere Schüsse ab. Aufgrund der Zeugenaussagen kann die Polizei vier Männer im Alter von 19 bis 27 Jahren als Tatverdächtige festnehmen.

Donnerstag, 12.10. –

Brandanschlag auf das Zimmer eines ukrainischen Ehepaares in einem Studentenwohnheim in Frankfurt/Main. Das Paar wacht in der Nacht davon auf, daß ein Brandsatz am Fensterrahmen zerschellt. Ein zweiter Brandsatz fliegt durch das halbgeöffnete Fenster in das Zimmer. Der 27jährige Mann kann den in Brand geratenen Vorhang geistesgegenwärtig herunterreißen und aus dem Fenster werfen. –

In Berlin überfallen vier mit Baseballschlägern bewaffnete junge Männer eine vietnamesische Frau. Die betrunkenen Skinheads versuchen, der Zigarettenhändlerin die Ware zu entwenden. Dies wird jedoch durch das Eingreifen eines Wachmannes und zweier Vietnamesen verhindert. Die Skinheads werden festgenommen.

Freitag, 13.10. –

Der 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf verurteilt den zur Tatzeit des Brandanschlags in Solingen bereits erwachsenen Angeklagten und heute 24jährigen Markus G. wegen fünffachen Mordes, 14fachen Mordversuches und besonders schwerer Brandstiftung zu 15 Jahren Freiheitsstrafe. Der 18jährige Felix K., der 19jährige Christian R. und der 22jährige Christian B. werden zur höchstmöglichen Jugendstrafe von 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Sonntag, 15.10. –

Brandanschlag auf eine von elf polnischen Arbeitern bewohnte Containerunterkunft in Schönebeck/Sachsen-Anhalt. Die Feuerwehr kann den Brand schnell löschen. Es wird niemand verletzt. Die Polizei nimmt zwei Männer im Alter von 33 und 35 Jahren als Tatverdächtige fest.

Mittwoch, 18.10. –

Nach Angaben des Justizministers von Rheinland-Pfalz hat sich die Täterstruktur bei rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten verändert. Danach handelt es sich bei den Tätern inzwischen zunehmend um Erwachsene mit rechtsextremer Grundeinstellung, während in den zurückliegenden Jahren die rechtsextremen Gewalttaten in erster Linie von Jugendlichen und Heranwachsenden verübt wurden. Von den 186 in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 1995 Beschuldigten seien weit über die Hälfte Erwachsene gewesen.

Sonntag, 22.10. –

In Belzig/Brandenburg wird ein Mann aus dem ehemaligen Jugoslawien in der Gaststätte »Come In« von einem Mann angesprochen und mehrmals geschlagen. Als er daraufhin die Gaststätte mit seiner Frau verläßt, folgen den beiden vier Männer und schlagen den Mann zusammen, der danach mit einem Nasenbeinbruch und Platzwunden im Gesicht stationär behandelt werden muß. Drei der Täter werden vorläufig festgenommen und vom Opfer identifiziert.

Mittwoch, 25.10. –

Im Berliner Bezirk Friedrichshain schikanieren einige deutsche Jugendliche einen türkischen Schüler. Daraufhin greift eine Gruppe ausländischer Jugendlicher die deutschen Jugendlichen an. Es kommt zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf ein 15jähriger lebensgefährlich verletzt wird. Er schwebt auch nach einer Notoperation noch in Lebensgefahr.

Freitag, 27.10. –

Der wegen des Brandanschlags von Solingen verurteilte Christian R. zieht, wie sein Pflichtverteidiger in Düsseldorf mitteilt, die von seinen Anwälten gegen das Urteil eingelegte Revision zurück. Das Urteil, nach dem R. zur Jugend-Höchststrafe von zehn Jahren verurteilt worden war, wird damit rechtskräftig.

Samstag, 28.10. –

In Elstra/Sachsen greifen Neonazis eine Containerunterkunft von türkischen Bauarbeitern an. Sie werfen mit Steinen und skandieren »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus«. Ein Türke wird verletzt. Die Sonderkommission Rechtsextremismus des Landeskriminalamtes ermittelt gegen neun Tatverdächtige im Alter zwischen 16 und 25 Jahren. –

In Nordhausen/Thüringen überfallen drei Jugendliche einen 33jährigen Mann aus Togo. Die 14, 17 und 18 Jahre alten Täter treten den Farbigen mit Füßen und schlagen mit Fäusten und einem Baseballschläger auf ihn ein. Sie brechen ihrem Opfer beide Unterarme und eine Rippe. Die Täter fliehen in einem Auto, werden jedoch kurz darauf festgenommen. Gegen einen der drei Täter wird Haftbefehl beantragt.

Das Archiv für Sozialpolitik, Frankf./M., erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Übergriffe

Montag, 4.9. –

Das Amtsgericht Michelstadt/Odenwaldkreis verurteilt zwei Männer im Alter von 21 und 22 Jahren zu jeweils sechs Monaten Haft auf Bewährung, 3.500 Mark Geldbuße zugunsten eines Waldprojektes in Israel und hundert Stunden gemeinnütziger Arbeit. Die beiden Angeklagten hatten im Mai 1994 den jüdischen Friedhof in Beerfelden geschändet.

Mittwoch, 6.9. –

Das Landgericht Hamburg spricht in zweiter Instanz zwei Rechtsradikale vom Vorwurf der Volksverhetzung frei. Es verwirft damit eine Berufung der Staatsanwaltschaft gegen ein gleichlautendes Urteil des Amtsgerichts Hamburg. Die 24 und 25 Jahre alten Angeklagten hatten in einem Anrufbeantwortertext in Bezug auf den Film »Schindlers Liste« vom »Auschwitz-Mythos« gesprochen. Für das Gericht ist nicht bewiesen, daß mit diesem Begriff der Massenmord an Juden während der Nazizeit geleugnet werden sollte. (AZ: 710 Ns 74/95)

Sonntag, 10.9. –

Unbekannte Täter verwüsten auf dem Jüdischen Friedhof in Porta Westfalica/Ostwestfalen zahlreiche Gräber. Sie reißen neun Grabsteine aus ihren Fundamenten und zerstören die Aufschriften.

Dienstag, 12.9. –

Vier Monate nach dem zweiten Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge am 7. Mai nimmt die Polizei einen 27jährigen als Tatverdächtigen fest. Der Beschuldigte habe sich Zeugen gegenüber mit mehreren Brandlegungen, darunter dem an der Synagoge, gebrüstet. Der Brand sei nicht aus fremdenfeindlichen Motiven gelegt worden, es handele sich vielmehr bei dem Beschuldigten um einen Pyromanen. –

Wie durch einen Bericht von »Spiegel-TV« bekannt wird, ist in der Magdeburger Universitätsklinik eine 25jährige Frau jüdischen Glaubens bei einer Ultraschalluntersuchung vor der Entbindung antisemitischer Diskriminierung ausgesetzt worden. In einem Fragebogen, der Teil einer vom Sozialministerium finanzierten Studie zur »Erfassung angeborener Defekte und Anomalien von Neugeborenen« ist, wird unter anderem nach der Rassenzugehörigkeit gefragt. Als die Betroffene die Aussage verweigert, wird der Fragebogen, dessen Angaben freiwillig sein sollen, von den Ärzten mit der Eintragung »jüdisch« vervollständigt. Studenten wollen zudem während der Ultraschalluntersuchung eine »typisch jüdische Nase« erkannt haben.

Freitag, 29.9. –

Die 25. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main ordnet an, daß der wegen eines Brandanschlags auf die Synagoge im Frankfurter Westend angeklagte Täter in einer psychiatrischen Anstalt untergebracht wird. Der Vollzug der Einweisung wird zur Bewährung ausgesetzt. Der psychisch gestörte 36jährige wird an seinem Wohnort Göttingen der Aufsicht eines Bewährungshelfers unterstellt und muß sich in psychotherapeutische Behandlung begeben. Bei dem Molotowanschlag auf die Synagoge am 16. Januar diesen Jahres entstand geringer Sachschaden, da der Brandsatz an der Außenmauer zersplitterte.

Konkret 12/95, S. 37

Rayk Wieland

Madame Courage

Nur wenige scheinen übrig geblieben zu sein, die beim Stichwort »Staatssicherheit« nicht augenblicklich in den Tiefschlaf sinken: Sechs Jahre Klippschule in den Fächern Anstand und Gesinnungsethik sind auch genug, und das Personal derjenigen, deren Konspirationsleistung und bizarrer Deckname bislang nicht bekannt geworden sind, dünnt merklich aus. Zu den wenigen und gleichwohl letzten gehören die Gleitcreme der Dissidenz mit ihren Haupthohlköpfen Biermann und Fuchs, Bohley und Weiß sowie die Klassensprecher des bürgerlichen Feuilletons, die allesamt vermutlich nur wegen ausgewiesener Schwatzhaftigkeit und Geltungssucht nicht rekrutiert wurden. Schade eigentlich, denn die zugehörigen Decknamen hätte man doch gern erfahren.

Jetzt hat sogar Wolf Biermann – Autor einst übrigens, erinnern wir uns, der »Acht Argumente für die Beibehaltung des Namens Stalinallee für die Stalinallee«; wer ihn kennt, nimmt Dissident – im »Spiegel« (43/1995) eingeräumt, daß auch er »nicht der chronisch wasserdichte Held« sei und »womöglich einen ähnlichen Deal versucht hätte (...), vielleicht auch mit der romantischen Illusion, denen da oben mal ›die Wahrheit‹ zu stecken«. Anlaß seiner Kehre ist, wie er es ausdrückt, »die Maulschlacht um die Verstrickungen der Schriftstellerin Monika Maron mit dem MfS«, die nun allerdings einen Wende- und nach menschlichem Ermessen ununterschreitbaren Tiefpunkt in der sogenannten »Stasidebatte« bezeichnet.

Monika Marons Deal mit der Staatssicherheit – Berichte gegen Reisepaß – war in diesem Sommer ruchbar geworden und hatte für einige zunächst irritierende Reaktionen gesorgt. Denn die Schriftstellerin, die 1988 in den Westen übersiedeln durfte, gehörte zu jenen unkompromittierbaren Muster-Dissidenten, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, vor aller Welt als unkompromittierbare Muster-Dissidenten dazustehen. Mutig hatte sie in ihrem Debütroman »Flugasche« (1981), der in der DDR nicht erscheinen konnte, die Umweltverschmutzung im Bitterfelder Industrierevier geschildert. Ebenso mutig hatte sie 1992 das »neue Opfergefühl ihrer ostdeutschen Mitmenschen« (Spiegel 35/92) als »peinlich, blamabel, lächerlich, (...) unüberwindlichen Ekel« verursachend und krankheitserregend dargestellt; die Krankheit, über deren Symptome sie Mitteilung machte, nannte sie »Zonophobie«. Ein Land tobte. Ein Jahr später legte sie noch nach, als sie sich in der »FAZ« (20.11.93) zu einer Skizzierung der vier »Archetypen der Vereinigung« aufschwang, wobei der »Ostmensch« den »traurigen« – »der Gerechtigkeit wollte und den Rechtsstaat bekam« – oder »gelehrigen« Part – »der uns hoffen läßt« – verkörpern durfte.

Umso erschütterter beziehungsweise hämischer waren nun die Reaktionen auf das Bekanntwerden ihrer Stasizuträgerschaft. Da aber stellte sich – o Wunder! – heraus, daß die Maron »keinen verraten«, »nachweislich niemandem geschadet« und sogar gegenüber der Stasi den Mut bewiesen hatte, die Mißstände des Landes anzuprangern. So what?

Nicht *was* man der Stasi gesagt hat, sondern *daß* man ihr etwas gesagt hat, sei entscheidend, beschieden daraufhin Hans-Joachim Schädlich und Jürgen Fuchs die couragierte Maron und bestimmten damit dankenswerterweise die quasicalvinistische, zwischen Quod und Quid oszillierende Substanz der Debatte: Zeiget Reue, tut Buße, die ihr da gesündigt habt, denn die DDR war ein teuflisches System mit einem dämonischen Apparat und die Stasi Luzifer selbst. Strenggenommen dürften nur Autisten sich frei von Schuld wähnen: Strauß, Brandt, Kohl, sie alle sprachen wissentlich mit der Stasi, während Havemann im Hausarrest schmachtete, Fuchs in den Folterzellen der Stasi gequält wurde und Biermann sich im Westen die Lunge aus dem Leib sinegen mußte. »Die Gesellschaft«, wußte Monika Maron wiederum mutig in der »FAZ« (14.10.95) zu replizieren, »hat sich auf eine neue Todsünde geeinigt, der sie jeden erprobten Umgang mit Schuld und Sühne verweigert.« Man ist geneigt, ihr nicht nur den mutigeren, sondern auch den aufgeklärteren Umgang mit dem Dämon zu attestieren.

Mögen andere nicht mit der Stasi gesprochen haben, sie hat ihr die Meinung gesagt. Ihre Berichte waren freilich nicht so qualifiziert, daß die Stasi etwas mit ihnen anfangen konnte, weshalb sie den koketten, anspielungsreichen Decknamen »Mitsu« bald durch den anstößig-zoologisch anmutenden, doch ebenso anspielungsreichen »Wildsau« ersetzte. Dennoch mögen die Berichte einen Begriff von der geistigen Finesse und den gesellschaftspolitischen Visionen selbst des aufgeklärten Teils der DDR-Opposition geben.

Vor allem bemängelte sie am real existierenden Sozialismus seine Mangelerscheinungen. »Zum Heulen« findet sie, wie sie ihrem Führungsoffizier berichtet, »daß Schrauben, Tee, Obst, Kleider, Technik, kurz alles besser ist als bei uns«, daß sie »nicht einen Gegenstand gefunden« hat, den sie »lieber bei uns gekauft hätte als dort«, ja »daß alles, was es bei uns nicht gibt, in zehnfacher Ausfertigung in den Schaufenstern rumliegt«. Wenn sie in ein Restaurant ging, so konspiriert sie weiter, fand sie einen Platz und wurde nicht durch ein Schild gezwungen, wie ein Idiot in der Tür zu stehen und zehn Minuten auf einen Platzanweiser zu warten. Wenn sie in die DDR zurückkam, fand sie eine Schlange am Taxistand, aber kein Taxi vor, »Leute an der Straßenbahnhaltestelle, aber keine Straßenbahn«.

Sie beklagt den Mangel an »Einrichtungen und Möglichkeiten, sich zu treffen, zu feiern, simpel und einfach zu wissen: Wenn ich dort oder dort hingehe, treffe ich Freunde. Andere gehen in einen Skatverein oder in den Fußballklub oder in die Kneipe, manche finden ein solches Glück sogar noch in Parteiversammlungen. Wohin gehen«, will sie von ihrem Führungsoffizier wissen, »Leute mit spezialisierten künstlerischen oder geistigen Interessen, die zum großen Teil Einzelarbeiter sind, aber angewiesen wie andere auf Kommunikation, öffentliches und gesellschaftliches Leben?«

Sie gehen in den Westen. Dort liegt alles in zehnfacher Ausfertigung rum, die Kellner spuren, und am Taxistand stehen die Taxis Schlange, nicht die Leute. Künstler kommunizieren dort, daß es eine Freude ist. Die Weiterungen eines solchen emanzipatorischen Ideals sind bei Neckermann nachzulesen. »Es mag frivol klingen«, hat sie 1992 im Spiegel (35/1992) erklärt, »aber es ist die Wahrheit: Ich habe unter der Stasi weniger gelitten als unter den Kellnern, Klempnern und den Taxifahrern. Die Stasi konnte ich ignorieren, ich brauchte sie nicht.« Hand aufs Herz: Ignorieren ist doch noch etwas anderes.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Eine Schraube zu haben, wenn man sie braucht, ist natürlich besser, als keine Schraube zu haben; am besten freilich ist, man hat eine in zehnfacher Ausfertigung zur Hand. Dies zu fordern ist billig, diese Forderung zum Preis eines Reisepasses dem Geheimdienst zuzuspielen, formidabel. Esist nicht verwerflich, aber auch nicht erregend.

Das öffentliche Interesse am Fall Maron verdankt sich einzig der Rolle, die sie bei der Domestizierung ihrer ehemaligen Landsleute spielte. Sie verlangte etwas mehr Höflichkeit, Maß beim Fleischverzehr, Geschmack beim Weinkauf und vor allem: weniger Chuzpe beim Überholen auf der Autobahn. Ihr Resümee: »In Fragen des Geschmacks und der Bildung war die Behauptung, man lebe in der Diktatur des Proletariats, keine Lüge.«

Ebenfalls keine Lüge ist aber, daß die Stasi die Berichte ihrer Zuträger sorgsam verschlossen hielt, die nun, mit dem Ende der Diktatur des Proletariats in Fragen des Geschmacks und der Bildung, ungehindert publiziert werden können. Verlierer der Einheit sind, nicht nur in dieser Hinsicht, wir alle.

Konkret 12/95, S. 38

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Elektronische Post

Pünktlich zur Buchmesse präsentierte der Hamburger Multimediaproduzent Digital World das erste deutsche Literaturmagazin über Internet: »Bookware« nennt sich die interaktive Zeitschrift. Das Literaturmagazin will jedoch keine literarischen Inhalte verbreiten – surfen und lesen, wäre ja auch ein Ding! – , sondern lediglich Informationen zum Thema Buch und Literatur bereitstellen, und zwar in mehreren Rubriken. In der Rubrik »Storyline« sollen Scharen von Usern an einem Text schreiben und so in Co-Produktion ein Buch zusammenschustern können. In der Rubrik »Antiquariat«, die auch in einem echt modernen Surfer-User-Comp-Hype-Cyber-Magazin nicht fehlen darf, sollen nach alter Sitte alte Bücher getauscht und gekauft werden. Unter »Manuskripte« verbergen sich unbekannte Werke unbekannter Autoren, die hier vorab präsentiert werden, und die Rubrik »Salon« dient origineller- und bemerkenswerterweise ausschließlich der Wiederbelebung einer Tradition des 19. Jahrhunderts – des, der Name deutet's an, Salons natürlich, wobei hier jedoch, wo keine literarischen Inhalte diskutiert und verbreitet werden sollen, wohl eher der des Friseurhandwerks reanimiert werden dürfte.

»And finally I would like to say: Stop all french nuclear testing in the pacific!«

Stille Post

Im Anfang war das Wort, Theodor Fontane schrieb seine Bücher, es verging einige Zeit. Sodann trat Günter Grass auf den Plan und schrieb über den Schriftsteller Fontane ein Buch, er nannte es *Ein weites Feld*. Es dauerte gar nicht lange, da kritisierte Marcel Reich-Ranicki die Weise, in der Grass über Fontane geschrieben hatte. Wenig später distanzierte sich wiederum Gustav Seibt, Literaturchef der »FAZ«, von seinem Redaktionskollegen Reich-Ranicki und dessen literaturkritisch getarnten Anmaßungen in der Literaturbeilage seiner Zeitung zur Frankfurter Buchmesse. Als Beispiele möglicher Literaturkritik führte Seibt einerseits den »weitgehend dem Konventionellen verhafteten« Kurt Tucholsky und andrerseits den »zu scholastischer Folgerichtigkeit« befähigten deutsch-konservativen Romanisten Ernst Robert Curtius an und ventilierte dabei ihr Vermögen zu Literaturkritik, das die beiden gelegentlich ihrer Rezension von Joyces *Ulysses* gezeigt hätten. Seibt attestierte die »einsichtsvollere« Erörterung Curtius, der, Seibt zufolge, bei Joyce auf katholische, mittelalterliche und jesuitische Referenztexte stieß und den sexuellen Realismus in der Tradition von Flauberts *Versuchung des heili-gen Antonius* verankern konnte.

Diesen unheimlichen Vorgang nahm eine Woche später Mathias Schreiber, Redakteur des »Spiegel« zum Anlaß, sich unter dem Titel »Vatermord in Frankfurt« zu Seibts grundlagentheoretischer Abhandlung zu äußern. Weil Tucholsky Jude gewesen sei, wie übrigens Reich-Ranicki auch, beide »kostbaren Esprit in den deutschen Literaturtiefsinn gepustet« hätten, Tucholsky sich aber 1935 auf der Flucht vor den Nazis das Leben genommen habe, verbiete es sich, so Schreiber, »gerade diese beiden intellektuell auszubürgern« und statt dessen auf einen nationalkonservativen Universitätsprofessor – ja was: zurückzugreifen; dies sei eine »echte Höchstleistung neudeutscher Unbefangenheit. Täte ein Politiker ähnliches öffentlich, er müßte zurücktreten«.

Was für ein Galimathias Schreiber!

Als ob irgendein Politiker jüngst Gelegenheiten, sich öffentlich und unbefangen als neudeutsch zu erweisen, ausgelassen hätte, als ob der Verweis, das Herauskehren, ja überhaupt das Ins-Spiel-Bringen von Tucholskys und Reich-Ranickis Judentum nicht vielmehr eine »echte Höchstleistung« darstellt, und zwar nicht bloß in »neudeutscher«, sondern zumal unverhohlen demagogischer, antisemitischer »Unbefangenheit«!

»And finally I would like to say: Stop all french nuclear testing in the pacific!«

Nestbeschmutzerpost

Die staatlichen Zuschüsse für Kunst sollen um die Hälfte gekürzt, Künstler (»Nestbeschmutzer«) gefeuert werden – das hat Jörg Haider, der laut Gerichtsbeschluß mit »politischer Ziehvaterund Ideologe des rechtsextremen Terrorismus« korrekt bezeichnet ist, für den Fall seiner Wahl zum Kanzler Österreichs angekündigt. Ein großformatiges Wahlplakat der Wiener Freiheitlichen deutete bereits an, wo es langgehen könnte: »Lieben Sie Scholten, Jelinek, Häupl, Peymann, Pasterk... oder Kunst und Kultur?«Das sei »unterste nationalsozialistische Schublade«, erregte sich daraufhin Josef Haslinger. Peter Turrini sah durch die Plakataktion Künstler und engagierte Kunstpolitiker »öffentlich denunziert und zum Abschuß

freigegeben«. Und Burgschauspieler Michael Heltau erwog folgerichtig im Gespräch mit der Zeitschrift »News« diese Alternative: »Wenn Haider regiert, bleibt immer noch die Emigration, die äußere wie die innere.«

»And finally I would like to say: Stop all french nuclear testing in the pacific!«

Walserpost

»Meine Zeit als Meinungssoldat und Mitarbeiter im Diskurs-Weinberg der Zeitgeschichte ist hoffentlich vorbei. Ich habe aber immer noch eine Anfälligkeit gegenüber dem Zeitgeist. Ich bin voller politischer Geräusche, die in mich hineingestrahlt werden und mich provozieren.« Im Gespräch mit dem elitären Intellektuellenblatt »Stern« lösten sich aus Martin Walsers Reaktorkörper diese kontaminierten Worte. Voller politischer Geräusche, die in ihn hineingestrahlt werden, entgegnete er zudem auf den Vorhalt des »Stern«, daß er an »einem Tabu« rühre, wenn er in seinem neuen Stück (»Kaschmir in Parching«) einen Verdränger der Nazigreuel so ernst nehme wie einen, der sie anklagt: »Ich hoffe nicht, daß wir Tabus haben. Wir sind ja kein Negerstaat des 19. Jahrhunderts.« – Nö, sin ma nich, wär ja ooch noch schöner: Neger *und* Tabus.

»And finally I would like to say: Stop all french nuclear testing in the pacific!«

Wolfspost

»The memoirs of a Master Spy« lautet der Arbeitstitel der Erinnerungen von Markus Wolf, die demnächst in Amerika, bei Random House, erscheinen sollen, deren erstes, amouröse Abenteuer ausplauderndes Kapitel, so eine unbekannte »ältere Frau im Erdgeschoß der Halle 4 auf der Frankfurter Buchmesse« gegenüber dem »Tagesspiegel« (sie »ziert sich zunächst«), »widerlich, einfach widerlich« sei. Unerträglich eitel, urteilte die anonym bleibende Dame, sei Wolf gewesen, selbstherrlich, aalglatt, als er beim Stand von Randoms House Hof gehalten habe: »Den könnte man sich auch in einer Naziuniform vorstellen.«

Das ist Journalismus, der diesen Namen verdient.

»And finally I would like to say: Stop all french nuclear testing in the pacific!«

Mösenrandpost

In der »taz«, die »weg von ihrem linken Image« will, hat die 35jährige Prostituierte Laura Merrit die Gelegenheit bekommen, ihre Berufsauffassung zu erläutern. Seit drei Jahren biete sie ihre sexuellen Dienstleistungen nur noch für Frauen an. Der Phantasie seien dabei keine Grenzen gesetzt: »Egal, ob zu zweit oder in der Dreierrunde, ob ganz klassisch oder als inszeniertes Spiel (...) Da kommt auch schon mal der Wunsch: Mach mir die K.-D.-Lang-Nummer, spiel mir die Navratilova.« Frauen hätten zwar zunächst die gleichen Klischees im Kopf wie Männer, doch sie »machen sich mehr Gedanken darüber. Und sie verändern sich, machen Schritte über den eigenen Mösenrand«.

Neue Männer braucht das Land / Und Schritte übern Mösenrand.

Eine ältere Frau hätte, so steht's in der »taz«, nach derÜberschreitung ihrer Geschlechts-begrenzung festgestellt: »Da sind ja noch so viele sexuelle Felder, die bei mir brach liegen«.

So steht es da.

Die Liebe muß sein platonisch / Der dürre Hofrat sprach / Die Hofrätin lächelt ironisch / Die Felder bei ihr liegen brach.

»And finally I would like to say: Stop all french nuclear testing in the Pacific!«

Elektronische Protestpost

»NUKLEARBOMBE AUF DER FESTPLATTE! Gegner der französischen Atombombentests verbreitet gefährlichen PC-Virus.« Unter dieser Überschrift informiert der »EDV-Berater« neuerdings die Presse »mit freundlichem Gruß«, daß ein Unbekannter über das Internet einen Computervirus verbreitet, der jeden PC mit der Textverarbeitung »Word for Windows« lahmlegt – er heißt »Winword.Nuclear« und ergänzt alle mit »Winword« geschriebenen Texte um die Zeile: »And finally I would like to say: Stop all french nuclear testing in the pacific!« Am 4. April eines jeden Jahres löscht der umtriebige Virus zwei Betriebssystemdateien, so daß der PC dann nicht mehr gestartet werden kann.

»And finally I would like to say: Stop all french nuclear testing in the pacific!«

»Mir wird manchmal die Frage gestellt, ob ich in die Politik zurückkehren möchte. Ich antworte, daß sich am politischen Himmel viele Sterne verschiedener Größe, an verschiedenen Stellen, ungleich leuchtend, befinden und auch für meinen Stern Platz ist«

Michail Gorbatschow in der Zeitschrift »Sozialismus« (10/95)

Konkret 12/95, S. 40

Michael Scharang

Das Ganze ist eine halbe Sache

Aus dem Skizzenbuch zu dem Roman »Das Jüngste Gericht des Michelangelo Spatz«

Bis zu dem Jahr 1992 hatte ich meine Studien in Wien getrieben, ohne einen Gesprächspartner zu haben, und so waren für mich die Abhandlungen des Koloman Spatz, auch wenn der meiner Ansicht nach verkehrt dachte, doch eine Anregung gewesen. Erst in New York, wohin ich Mitte 92 kam, fand ich jemanden, dem meine Spekulationen vertraut waren, und ich fand denjenigen ausgerechnet in dem Sohn des Koloman Spatz, in Michelangelo. In seinen Kreisen sei die Überlegung, daß das Ganze das Unwahre ist, daß es sich beim Ganzen um ein Phantasma handelt, nicht neu. Michelangelo Spatz meinte die Komponisten um Luigi Nono, bei dem er in Mailand studiert hatte. Nono wiederum sei durch den deutschen Komponisten Adorno auf solche Gedanken gebracht worden.

Der Mensch, so gingen, in Wien noch, meine Überlegungen, ist lange Zeit nur Teil der Naturgeschichte gewesen. Damals hat er noch nicht Mensch geheißen. Doch kaum daß ihm Geist zugewachsen ist, gebärdet er sich, als könnte er sich von seiner Naturgeschichte verabschieden und als wäre Geschichte nur mehr Menschheitsgeschichte. *Daß* der Mensch das tut, ist falsch. *Warum* er das tut, ist so verständlich wie erschütternd: Sein Geist, dieses Späte, Fragile, Unberechenbare, versteht bestenfalls sich selbst. Und das ist, gemessen am Rest der Welt, nicht viel. Über diese Tatsache gerät der Geist in Verzweiflung. Da er zu jung und zu schwach ist, um die große Verzweiflung über die kleine Rolle, die er in der Welt spielt, zu ertragen, flüchtet er in den Größenwahn. Er bildet sich ein, die ganze Welt sei wie er, alles sei Geist. Und findet er etwas, das nicht Geist ist, wird es okkupiert.

Solcher Starrsinn, der vor Jahrtausenden den Reiz des Heroischen gehabt haben mag, Mensch gegen Natur, wird mit der Zeit zum Stumpfsinn. Der Geist erobert die Natur, nur weil er sich ihr unterlegen fühlt, und er erobert sie, indem er sie mit Geist bevölkert. Ein billiger Sieg zum hohen Preis: Aus jeder Ritze der Natur, aus jeder Wolke, jedem Baum schaut erst einmal ein Gott und später, als dessen Nachfolger, ein Naturgesetz. Der aus dem Himmel geholte und auf der Erde dienstverpflichtete Gott bringt den Menschen nicht die Freiheit, sondern den Sachzwang. Daß solche Geistesverwirrung Individuen von kräftiger Natur geistesgegenwärtig dazu nutzen, sich aufzuspielen als von Gott eingesetzt oder als vom Sachzwang berufen, begründet den göttlichen Sachzwang von Herrschaft.

Der Geist, anstatt seine Kümmerlichkeit einzugestehen und daraus: aus der Reflexion, aus dem Nachdenken über das bloße Denken, eine Stärke zu machen, macht sich stark und wird kümmerlich. Wo immer ein Problem auftaucht, erklärt er es zu einem geistigen, um es einer Lösung zu entziehen. Die größte Schurkerei des Geistes jedoch ist die Art und Weise, wie er sich unangreifbar macht. Er, ein Teil nur des Menschen, freilich der größenwahnsinnige, selbstherrliche, despotische, ist wütend auf den anderen Teil des Menschen, die Natur, weil er nicht wäre ohne sie. Um sich aufzuwerten, erklärt er den Menschen zu einem Ganzen aus Geist und Natur.

Das ist die erfolgreichste und folgenreichste Lüge der Menschheitsgeschichte. Der Mensch ist gewiß Natur und er ist gewiß Geist. Er ist aber nicht die Einheit von beiden, und er ist nicht ein Ganzes aus den Teilen Natur und Geist. Unerbittlich aber behauptet er das. Diese Lüge gebiert tagaus tagein Nachkommen: Die Einheit von allem und jedem, von Gott und Welt und Mensch, nicht zu vergessen das wunderbare Ganze, das der Mensch selbst sei, dieses ganzheitliche Wunder, in das man oben eine Bohne hineinstecken kann, worauf man unten mit einem Furz rechnen darf.

Der Mensch ist ausgestattet mit einem Zentner Natur, die, was sie weiß, nicht aussprechen kann, und mit einem Milligramm Geist, der fortwährend von der Natur redet, aber nichts von ihr weiß. Dieser Defekt liegt in der Natur des Geistes. Und das weiß der Geist. Er will aber nicht, daß es gewußt wird. Er will allwissend scheinen und allmächtig. Deshalb braucht er das vernünftige Ganze und das funktionierende System.

System: Nach nichts giert der Geist mehr. Vom Hundertsten kommt er dank seiner großartigen Logik, daß eins und eins zwei ist, bald zum Tausendsten und zum Millionsten, und wenn bei der Errichtung des Systems Millionen draufgehen, so erschrickt der Geist nur kurz, denn stärker als das naturhafte Entsetzen ist das intellektuelle Entzücken über die systematische Leistung.

Der Mensch ist nicht nur kein Ganzes, er ist auch kein System. Er ist das Antisystem schlechthin, das, wenn es sich zum System stilisiert, zuerst Phantasmen hervorbringt und dann philosophische, wissenschaftliche, politische Wahngebilde. Er ist ein Antisystem aus Natur und Geist, die zusammenhängen, aber keine Einheit bilden und kein Ganzes.

Dieserart also waren meine Spekulationen Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre in Wien gewesen, von keiner Kritik getrübt, da ich niemanden fand, mit dem ich darüber hätte reden können, und da sich, als ich das Zeug publizierte, niemand fand, der sich dazu äußerte. Das änderte sich erst in New York, wo meine Überlegungen sich allerdings im Aussehen veränderten und wo sie den enervierenden Tonfall, wie er ersten Überlegungen eigen ist, den Tonfall des: Der

Mensch ist, der Mensch ist nicht, ablegten. Das also änderte sich. Das war aber nicht die einzige Änderung, die sich damals auf der Welt vollzog.

Ende der achtziger Jahre gab auch noch ausgerechnet jener Sozialismus seine Realität auf, der sich real nannte, als wäre er eine Stilrichtung, die sich von einem konkurrierenden, dem surrealen Sozialismus abgrenzen müßte, der sich also, obwohl er real war, überflüssigerweise so lange real nannte, bis er sich überflüssig machte. Das war nicht nur ein kurioses, weil kampfloses Hinwerfen der Macht, das war auch, und das vor allem interessierte mich daran, außerordentlich zeittypisch.

Sich von der Welt abzuriegeln, wie es der Sozialismus tat, unter dem Vorwand, die Welt sei feindlich, war selbstzerstörerisch. Sich als ein Ganzes, als ein geschlossenes System inklusive Wirtschaftssystem, Denksystem, Lebenssystem, Kultursystem zu etablieren, erwies sich als Rezept, das den Tod des Patienten garantierte, eines Patienten, dem fälschlich eingeredet worden war, er habe den Tod vom auswärtigen Feind zu gewärtigen. Was passierte, war grotesk auch insofern, als der siegreiche Kapitalismus nicht gesiegt hatte, sondern bloß allein zurückgeblieben war, allein und konsterniert. Denn er hatte sich, wenn auch nicht so stur, ähnlich verhalten wie sein Widerpart, er hatte sich als Ganzes verstanden und als geschlossenes System etablieren wollen. Weil dem Kapitalismus aber die Machtzentrale fehlte, auf die der Sozialismus so stolz war, und der Machtzugriff auf den einzelnen, auf den der Sozialismus so großen Wert legte, schloß das System des Kapitalismus sich nicht lückenlos zu einem Ganzen und erwies sich deshalb als stärker.

Die Frage war, wie der Kapitalismus sich nach dem Ende des Sozialismus etablieren sollte. Bald verstand ich, daß, während im Vordergrund der Sozialismus laut zusammengekracht war, im Hintergrund die bürgerliche Epoche leise entschlief, jene bürgerliche Epoche, die ökonomisch den Industriekapitalismus durchgesetzt, ideologisch und kulturell sich aber wie jeder Neureiche an der untergehenden Herrschaftsschicht orientiert hatte, an Feudalismus und Aristokratie, am metaphysisch verankerten Ganzen. Denn wer an die Macht kommt, wer die Tendenz einer Epoche bestimmt, ist ideologisch niemals auf der Höhe der Zeit, bestenfalls wirtschaftlich, technisch und herrschaftstechnisch.

Nun, da die kleinbürgerliche Epoche die bürgerliche ablöste, wurde zum erstenmal in der Weltgeschichte bürgerliche Weltanschauung weltgestaltend. Rationalismus und Humanismus sind nicht länger Themen des Seminars und des Sermons, sondern betriebswirtschaftliche Kriterien einer durchkapitalisierten Welt, in der endlich Seele und Geist nicht mehr über dem Geschäft schweben, sondern, als neu entdeckter Markt, selber das beste Geschäft sind. Der kleinbürgerlichen Epoche ist bewußt, daß sie nicht existieren würde ohne das Ableben der anachronistisch gewordenen vorbürgerlichen Metaphysik. Andererseits kann sie sich ihre, die kleinbürgerliche, Herrschaft nicht anders vorstellen, als eine Herrschaft über das Weltganze zu erreichen, die der bürgerlichen Herrschaft verwehrt war. Gleichzeitig ist der kleinbürgerlichen Herrschaft aus leidvoller Erfahrung bewußt, daß sie weltweit nur von einem Tag auf den andern weiterwurstelt.

Kleinbürgerliche Herrschaft weiß zweierlei: Ihre größte Stärke ist der alte bürgerliche Pragmatismus, zu überleben und obenauf zu bleiben; ihre größte Gefährdung ist die Möglichkeit, über die Banalität der alltäglichen Geschäfte die Glorie eines weltweiten Systems zu stülpen. Erstmals wäre dann ein Weltganzes realisiert, dieses würde sich aber, erkennend, daß es nur eine Anhäufung von Banalitäten ist, totlachen über sich selbst. Die Propagandisten in der Politik und in den Medien aber feuern den gegenwärtigen Kapitalismus an, als wäre er nicht schon am Ziel, sondern als hätte er noch eine Menge Konkurrenten zu überholen. Es ist Angst, welche die Propagandisten so sinnlos fanatisch brüllen macht, die Angst, der Kapitalismus könnte eines Tages den Laden zusperren, wie der Sozialismus seinen Laden zugesperrt hat, und den Schlüssel ins Meer werfen.

Michael Scharang gratulierte in KONKRET 5/95 Ernst Jandl zum 70.

Konkret 12/95, S. 42

Stefan Ripplinger

Saubere Hände

Korruption hält Politik und Gesellschaft zusammen. Nicht jede Politik und jede Gesellschaft, aber in kapitalistischen Industriestaaten darf man eine geregelte Zusammenarbeit von Staats- und Wirtschaftslenkern schon voraussetzen

Je mehr Korruption, desto mehr ökonomische Potenz. Ein Staat ohne nennenswerte Korruption wird heute nicht mehr zum Club der führenden Staaten zugelassen. Auch Südkorea ist jetzt eine Industrienation, es kann endlich einen Korruptionsskandal vorweisen, der den Namen verdient: 952 Millionen Mark wurden an staatliche Würdenträger verteilt, an die Staatspartei etwas mehr, an die Oppositionspartei etwas weniger. Leider noch nicht weltmännisch genug hört sich die Selbstbezichtigung an, die der zuständige Sündenbock, der ehemalige Staatspräsident des Landes, Ende Oktober der Öffentlichkeit vorstotterte: »Ich, Roh Tae Woo, erhebe mich vor dem Volk, um demütig zu bekennen, daß ich in einem Geheimfonds Geld angehäuft habe. Ich schäme mich und bin voller Reue« (»taz«, 30.10.). Das klingt gar nicht gut, an der Rede muß fürs nächste Mal noch gefeilt werden.

Zum Üben sollte sich Roh Tae Woo ein Video mit den letzten Erklärungen von Nato-Generalsekretär Willy Claes kommen lassen. Er schwöre – nicht bei Gott und nicht bei der eigenen Großmutter, sondern »als Staatsminister« – , mit den Zahlungen der Rüstungskonzerne Agusta und Dassault an die belgischen Sozialisten nichts zu tun zu haben, barschelte Claes. »Wenn Sie mich doch an den Kassationshof verweisen, ist das politischer Mord!« Rhetorisch wirkungsvoll, wenn auch sinnlos: Warum sollte politischer Mord diejenigen genieren, die vor veritablem Mord nicht zurückschrecken? Offen ist allerdings die Frage, warum Claes im September 1994 zum Nachfolger Manfred Wörners ernannt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war Claes' Verstrickung in die jetzt publizierte Affäre längst bekannt. Wollte man einen Rückhalt besitzen für den Fall, daß der Sozialist bei Kriegseinsätzen nicht spurt? In spätestens zehn Jahren werden wir wissen, welche höhere Korruption dahintersteckte.

Andererseits: Warum hätten sie ihn nicht ernennen sollen? Hätte man Claes den Nato-Generalsekretär ohne Agusta und Dassault überhaupt abgenommen? Ein wenig Korruption gehört zur Qualifikation des aufstrebenden Politikers dazu. Sie wird vielleicht nicht von allen Bürgern, aber doch von denjenigen honoriert, die ihn bezahlen. Ein Politiker von Straußschem Format zerbricht nicht an Fibag, er wächst daran. Ist die Affäre erst einmal ruchbar, trennt sich die Spreu vom Weizen. Wenn die Sache von mißgünstigen Kollegen ans Licht gezerrt worden ist, kommt es auf die nötige Nonchalance an. Wenige besitzen dann so viel Charme wie der US-Senator Alfonse D'Amato, der im Kapitol mit Lobbyisten pokerte – also mit Leuten, »die dafür bezahlt werden, ihn zu beeinflussen« (»Herald Tribune«, 30.10.). »Alle diese Leute sind meine Freunde«, sagte D'Amato, »ich wünschte, ich hätte mehr Gelegenheit, Zeit mit meinen Freunden zu verbringen, leider komme ich nicht dazu.« Nun wird in Washington über die Einsätze D'Amatos spekuliert. Was kann ein einfacher Senator außer Spielgeschick der geballten Wirtschaftsmacht entgegensetzen? Steht Freundschaft zwischen Ungleichen nicht unter einem schlechten Stern?

Er habe Lothar Späth für einen armen Schlucker gehalten, begründete Lothar Strobel, Manager der Blendax-Zahnpasta-Fabriken, seine Freundschaftsdienste für den damaligen Ministerpräsidenten. Daß er sich den Politiker »zum Spaß« gehalten hat (»Spiegel«, 44/1991), bleibe dahingestellt, heute jedenfalls wird Späth angemessen entlohnt; er bezahlt seine Flüge selber. Indem er 16.000 von 27.000 Beschäftigten der Jenoptik feuerte, hat er sich Meriten genug erworben, um bald wieder in die Politik einziehen zu können. »Ich werde meinen guten Namen im Lande behalten«, prophezeite Späth 1991. Es kam anders: Er ist heute angesehener als je zuvor. Späths Name steht – wie der von Franz Josef Strauß – für eine Karriere, die durch Korruption erst richtig Auftrieb erhielt. Ein aktuelles Beispiel für eine solche Karriere: Alain Juppé.

Nachdem sich der französische Premierminister beim Bewohnen einer (von der Stadt Paris für eine Million Francs sanierten) Luxus-Sozialwohnung hatte erwischen lassen, war sein Bedauern über die Armseligkeit des Falles groß. Viel korrupter hätte er sein müssen, dann wäre ihm das nicht passiert! »Ich bin ein Schwachkopf«, bemerkte er laut »L'Express« (19.10.) gegenüber gaullistischen Parteifreunden, »1993 hätte ich die Dienstwohnung des Quai d'Orsay nehmen sollen. Damit hätte ich 350.000 Francs Miete gespart. Während andere sich die Taschen vollstopfen, habe ich niemals einen Franc genommen! Das ist ein jämmerliches Komplott, das die Demokratie untergräbt. Nun hindert man mich daran, das Land zu regieren. Das macht mich fertig. Aber all das spreche ich öffentlich nicht aus: Auch ich habe jetzt die Heuchelei erlernt.« So liest sich ein gut formuliertes Bewerbungsschreiben. Der Mann sollte endlich von der Privatwirtschaft bestochen werden.

»L'Express« vermutet, Juppé nehme, wenn er jetzt nicht »aus dem Spiel geworfen« werde, fürchterliche Rache. Dann wird er nach dem Drei-L-Erfolgsrezept, das seine Feinde gegen ihn anwendeten, vorgehen: »On lèche, puis on lâche, enfin on lynche« (Erst kriecht man, dann tritt man, schließlich lyncht man). Juppé wurde keineswegs aus dem Spiel geworfen, sondern am 15. Oktober von seiner Partei RPR mit 93 Prozent der Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt. Er hat unter dem Skandal nicht gelitten, sondern aus ihm den größten Vorteil gezogen, wie »Le Monde« (18.10.) feststellt: »Juppé hat

nicht nur keine Karte im Spiel verloren, sondern dadurch, daß er sich den RPR-Vorsitz sicherte, hat er augenblicklich ein besseres Blatt auf der Hand als je zuvor.«

In Frankreich sieht man Korruption als ein lustiges Gesellschaftsspiel an. Die Korruptionsfälle pflegt die Satirezeitung »Le Canard encha^iné)« zu enthüllen. Über die neuesten Skandale ihrer Politiker werden die Franzosen dort zwischen mehr oder weniger guten Kalauern und dummen Sprüchen aufgeklärt. In der Heimat des Kategorischen Imperativs ist das Protestantenblatt »Spiegel« für witzlose Investigation zuständig. »Immer noch haben Verharmloser Konjunktur, die das Schmiergeld als normalen wirtschaftlichen Vorgang darstellen«, warnt das Magazin in einer Titelstory über Korruption in Deutschland (50/1994).

Der größte Verharmloser ist der »Spiegel« selbst, der zu glauben vorgibt, bis vor kurzem seien Justiz und Finanzbehörde »der letzte Hort der Sauberkeit« gewesen. Eine korruptere Formulierung ist schwer denkbar. Das Hamburger Nachrichtenmagazin ist ein Parasit, der von der Korruption lebt, deren immer neue Fälle er aufdeckt. Der Schaden, der dadurch angerichtet wird, ist ungleich größer als der durch bestechliche Politiker verursachte, weil das Denken selbst korrumpiert wird. Der Eindruck soll entstehen, es gebe einen nicht-korrupten Kapitalismus. Also führt der »Spiegel« Bürgerinitiativen ins Feld, die »für eine blitzsaubere Politik« kämpfen. In Italien ist es die Aktion »Saubere Hände«, veranstaltet durch das »Anti-Korruptions-Team« des »berühmten Staatsanwalts« Antonio Di Pietro (»Spiegel«, 44/1995). Der konservative Di Pietro ist schon jetzt der Wunschkandidat des »Spiegel« und der italienischen Bevölkerung für die nächste Präsidentenwahl. – Dann doch lieber Berlusconi, da weiß man, was man hat.

Während der »Spiegel« noch korrupte Politiker enttarnt, zeiht das Konkurrenzblatt »Focus« (43/1995) der Korruption bislang unverdächtige Bevölkerungsgruppen des Sozial-Schmarotzertums: Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Proleten im allgemeinen, die sich aus »Deutschlands 1,1 Billionen Mark schwerem Sozialtopf« bedienten. Alarmierende Entwicklungen zeigt die von Helmut Markwort – dem man jede selbstverdiente Mark am Gesicht ablesen kann – herausgegebene Zeitschrift auf: »1994 enttarnten Sonderermittler der Arbeitsämter über 620.000 Leistungsempfänger als Schmarotzer – 18 Prozent aller registrierten Arbeitslosen. (...) Einen Krankheitstag genehmigen sich immer mehr Arbeitnehmer. Durchschnittlich 21 Tage pro Jahr sind die deutschen Arbeitnehmer krank – weltweit Spitze.«

Mit »Organisierte Banden von Sozialkriminellen« sollen von nun an nicht mehr Unternehmer, sondern Obdachlose gemeint sein, die mehr Geld beim Sozialamt abholten, als ihnen rechtlich zustehe. »Mißbrauch beginnt schon da, wo die Bürger überproportional Gebrauch von den Leistungen machen, die ihnen das Sozialsystem zugesteht«, wird der Sprecher des CDU-Wirtschaftsrats, Rüdiger von Voss, zitiert. Solche Leistungen werden jetzt schrittweise abgebaut, damit die Underdogs nicht länger die Solidarität der deutschen Steuerzahler und die Geduld der Wirtschaft strapazieren. Denn wenn noch nicht einmal Obdachlose vor Korruption zurückschrecken, an wem sollen sich dann blitzsaubere Politiker und Zeitschriften noch ein Beispiel nehmen?

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 10/95 über die Reaktionen auf den neuen Roman von Günter Grass

Konkret 12/95, S. 44

Jürgen Roth

Es ist schlimm

Menschen machen Medien: Das Fernsehen hat ein Schäferstündchen eingelegt. Jeden Nachmittag

Wann es das zum ersten Mal gab, weiß ich nicht. Vor nicht allzulanger Zeit jedenfalls, und als neueste Entwicklung auf dem Sektor von Talkshowunterhaltungskultur ist der täglich vor Ilona Christen und Hans Meiser auf RTL gesendete Diskussionsrundenstiefel namens »Bärbel Schäfer« noch gar nicht recht einzuordnen, geschweige denn dingfest zu machen.

Seit McLuhans Torontoer Schule die atemberaubende Entdeckung machte, die gern als abendländisch bezeichnete Kultur der Schriftlichkeit werde unweigerlich verdrängt von einem Medium, das die Erinnerungsfähigkeit und die semantischen Bezüge sprachlicher Verständigung zum Verlöschen bringe, stehen die Orakler Gewehr bei Fuß. Vorzugsweise in den sittlich angestrengten Feuilletons klagt man über den Verlust des Sinns – freilich ohne anzumerken, welcher und wessen »Sinn« da medial verschüttet werde.

Was McLuhan mit der Selbstreflexivität des Mediums Fernsehen auch immer gemeint haben mag, seit ein paar Jahren macht vorneweg das kommerzielle Fernsehen auch hierzulande, was es will. Gewollt ist, seit man Late-Night-Shows im Illustriertenformat, Galaabende fürs Verheiraten wie fürs Scheiden, nachmittägliches Schwadronieren über Brandschutzversicherungen und den aufregendsten Männerarsch zur Aufführung bringt, eine möglichst lückenlose Inventarisierung des Schwachsinns, angesichts derer nicht einmal mehr der Versuch unternommen wird, die rauschende Nichtigkeit all dessen zu kaschieren.

Irgendeine Medientheorie braucht’s schon längst nicht mehr. Jetzt hat man nämlich eine neue Idee gehabt. Um 14 Uhr bittet Bärbel Schäfer zum Tanz. Ihre Show läutet den Dreistunden-Talkshowrundentag ein. Was nach ihr folgt, wirkt nur noch wie der blasse Widerschein einer längst vergangenen Redekultur. Die Schäfer, im Blumenkleid und mit einem Repertoire schier unzerstörbarer Grimassen ausgestattet, ist im Publikum postiert. Von dort aus kläfft sie in Richtung Bühne, auf der die Sitzgelegenheiten für die Gäste aufgereiht sind: hartes Gestühl für einen unerbittlichen Schlagabtausch, der (in einer Sendung Ende September) von Peter Kruck (»Student und Marktfoscher«) eröffnet wird. Dessen Berufung an diesem Nachmittag: »Ich hasse Jürgen Drews.« Er ist der erste einer Reihe von Menschen, die von »Promis genervt sind«.

Drews (»Ein Bett im Kornfeld«) muß von Kruck ordentlich ausgeschimpft worden sein, denn als ich fünf Minuten nach Sendebeginn einschalte, ist das Thema schon durch, Drews aber bereits sehr deutlich in Rage und immer auf dem Sprung. Es tritt Thorsten Beckers auf, ein stylingtechnisch an Christian Kracht angelehnter Schmierblondling (»studiert Jura«), dem die Busenqueen Dolly Buster nicht paßt. Bärbel, die Moderatorin, die wie betäubt immerzu lächelt und lächelt, freut sich derweil, unbezweifelbar durch einen der durchaus unkontrollierten Kameraschwenks dokumentiert, auf ihren eigenen Einsatz. Ihre Moderation ist bloße Anmache, Anheizerei zu Gelärm und Geschrei, wie es seit dem »Heißen Stuhl« (RTL) wohl einzigartig ist.

Allerdings sind alle ja gekommen, um zu lärmen. Auf Bärbels Einstiegsfrage an Thorsten: »Was nervt dich denn besonders an Dolly Buster?« und dessen harten Befund, sie solle wegen nachgewiesener Mediengeilheit und -überpräsenz endlich abtreten, entgegnet der frischgeföhnte Schlager-Drews voller Biß und Galle und Hohn und Lust, er, Thorsten, wolle wohl »eine Dreizehnjährige haben«, hatte doch Thorsten zuvor Busters Ausmaße als »nervig« beanstandet. Drews, der vor Freude über die gelungene Attacke ins Schunkeln gerät, schmettert dem im Publikumsbereich auffällig werdenden Dolly Buster-Fanclub (enthusiasmierte Stuttgarter Männer und Frauen in roten Westen und weißen Bustershirts) ein frenetisch erwidertes »Hey! Hoh!« entgegen. Bärbel prustet sich einen, denn sie und die anderen wissen, was ansteht.

Hinter der Kulisse hatte nämlich schon die Buster nur so gelauert, und kaum, daß sie sich in echt provokantem Halbkörpertaucherdress mit farblich abgesetzten Riesenkörbchen in der Signalfarbe gelb neben den noch leicht konsternierten, aber bereits wieder frische Forschheit und Angriffslust signalisierenden Beckers pflanzt, kracht es schon wieder, weil Drews in einem Übergangsdisput die Anzahl der Frauen, die sich mit ihm vergnügen durften, auf »einhundert« taxiert und mit dem Schmankerl kommentiert: »Ich bin der Mann mit der schnellsten Zunge Deutschlands.« Das ist, was Peter (gewichster Schurrbart, Wuppertal-Slang) an Jürgen (Topfigur, strähnend schwarzes Halblanghaar) nicht ausstehen mag (»Das ist das, was dich nervt?« hechelt die teuflisch Tempo machende Schäfer herüber), doch Mösenlecker Drews sieht schließlich kein Land mehr gegen die »achtzig« Pornoevents Dolly Busters. Während die Frauenfrage nämlich dergestalt ausgefochten wurde, daß sich die Schäfer noch immer freut, wie’s in ihrer Sendung zu einem so gewagten wie spritzigen Ausfall hat kommen können, ist der zweite Akt (»Pornodebatte«) längst im Gange.

Buster bleibt cool. Aufrecht hockt sie im straffen Kostüm herum und pariert, was kommt. Noch fightet sie ganz auf sich allein gestellt gegen Thorsten, meint ganz zu Recht, sie sei »deshalb im Fernsehen, weil die Leute sichtbar gerne zugucken«, während Thorsten selbst, hehe, sich hier zum ersten und letzten Mal wiederfinde. Dann aber ist kein Halten

mehr, denn Bärbel assistiert, der genervte und verkrachte Thorsten ärgere sich wohl darüber, »daß deine Freundin ‘ne kleinere Oberweite hat«, was Drews begeistert aufschnappt, während Peter Partei für Thorsten ergreifen muß. Die Intervention bringt wenig Glück. »Bist Du schwul?« nölt und kratzt die von Thorstens Beleidigungen mittlerweile doch angeschlagene Rammeltante zurück, da bricht ein Tumult los, »Sex ist wie ein Kredit« versachlicht Thorsten, aber Drews, dem die Geilheit nur so aus den Achselhöhlen rinnt, meint: »Ich habe noch nie so’n Film gesehen. Was soll das?«

Die Strategie dieser Sendung ist einfach. Aufeinander abgestimmte Diskussionspärchen sollen sich’s mal so richtig geben, und wenn der Meinungsschlagabtausch nicht die gewünschten Funken schlägt, hebt Moderatorin Schäfer durch ausgesucht idiotische Einwürfe den Lärmpegel an. Wer schon bei Ilona Christen oder Fliege oder sonstwem hinterm Namen das ganze Programm vermutete, hat spätestens jetzt recht und nochmal recht. Die Infamie, wie sie aus jedem nur halb hingesagten Satz dröhnt, steigert sich zu einer orkanartigen Kretinisierung, in die man hoffnungslos hineingerissen wird. Der letzte Rest von Vermittlung, Geselligkeit und halbwegs zwanglosem Gespräch, wie er ehedem in abendlichen Fernsehtalks noch zur Geltung kam, ist vernichtet. Nicht einmal mehr eine Attrappe von Gesprächsleitung hampelt hier zwischen den Gästen herum. Kein einziges Mal tritt Bärbel Schäfer auf ihre Diskutanten zu, kein einziger vom allseitigen Angeraunze abweichender Gedanke kommt ihr in den Sinn. Sie verdoppelt nur, was die Angeheuerten zu bieten haben: die eigene besinnungslose Quatschigkeit, gekoppelt mit einem laut lachend goutierten Irrsinn, über die vierzig Minuten so weit zu forcieren, bis den Zuschauer der Kollaps bedroht. Oder das Medium einmal implodiert.

Wo Niedermache Programm ist, wurde das Schema der Brüllshows à la »Der heiße Stuhl« zwar übernommen, doch von seinem lästigen argumentativen Anteil befreit. Wir bekennen, wir sind Deppen, verkünden sie immerzu, und das schiere Entsetzen packt einen, wenn man sieht, welchen Heidenspaß alle Beteiligten an diesem Heidenwahnsinn haben.

Mag sein, daß gerade diese Ausgabe von Bärbel Schäfer singulär gewesen ist. Für die Verallgemeinerung allerdings spricht, daß selbst mit einer Figur wie Jürgen Drews von Tag zu Tag, von Woche zu Woche immer wieder zu rechnen sein wird. Denn Bärbels Programm ist so einfach wie perfide, daß vorher niemand darauf kommen konnte. »I bin der Bressident vom Fanglubb. I hab ja alle Filme zu Hause. Und da komme so viele Leut zu mir, wo heimlich dann...« – »solche Leute wie Thorsten dann«, feuert Bärbel an, ja, solche Schmierer und Schleimbolzen wie Kleinthorsten kommen dann an, hohoho, und der freut sich sichtlich ob so viel Häme, die er nur als Lob begreifen kann.

Sehr löblich agiert im ganzen Jürgen Drews. Er, der »das Problem« nicht sieht (»Wo ist das Problem?«), meldet sich schließlich mit demokratietheoretischen Exerzitien zu Wort. »Weil die Leute das sehen wollen« und »die Nachfrage das Angebot regelt«, sei es o.k., Dolly dufte zu finden. Weil Bärbel den nervenzerrenden Diskurs auch ganz prima findet, torkelt sie, während Drews quallt und quallt, unterdessen durchs zivile, nicht fanclub-vereidigte Publikum. »Gefällt Ihnen Dolly Buster?« »Mir gefallen sie an und für sich alle beide nicht«, wagt eine Dame zu antworten. Schon halb im Weggehen schelmt Bärbel noch »Welche beiden meinen Sie, die beiden von Dolly oder Jürgen?«, was keine Wirkung zeigt, aber Lacher hochhetzt, die dann im weiteren Verlauf eine scheinbar überraschende Wendung miterleben dürfen. Drews und nochmal Drews (»Worum geht es eigentlich? Stell dir vor, ich würde mich hinstellen und die Wildecker Herzbuben beschimpfen! Leben wir in einer Demokratie oder leben wir nicht? Das ganze Thema ist doch eigentlich absurd. Wir reden eigentlich nur bullshit die ganze Zeit«) feuert nämlich schließlich, als die Tonnen tatsächlich hereinkugeln und sich auf ihre Stühle pressen, dem nun als Ankläger auftretenden, frenetisch begrüßten, vom Musiktrailer angepeitschten und mit der »Volksmusik ist Volksverdummung«-These hausierenden Brummschädel Matthias Heidemanns folgendes vor die Birne: »Lebst du in einer Demokratie? Willst du die ganzen Millionen, die auf Volksmusik stehen, willst du die eigentlich in den Ofen schieben, oder was willst du damit machen?« Ja, das war gut gegeben, aber Matthias, dem kaum ein Wort bislang aus dem Kopf kollerte, ist sich sicher: »Nee, will ich nich.«

Ich möchte das abkürzen: Dolly zieht seit Minuten eine Flätsche, daß es einem grausen könnte, irgendwie scheint sie auch nicht mehr folgen zu können, Bärbel bleibt hingegen obenauf und hakelt nach (»Was nervt dich denn ganz konkret an der Volksmusik?«). Steif perlt alles an Matthias ab, unbeirrt stört ihn die fehlende »Aussagekraft« der Herzbubenmusik, und deshalb kommt es zu jener denkwürdigen Wendung, mit der ein paar Zuschauer und die Herzbuben Größe beweisen, ganz große Größe in schlichter Einfalt, für ein paar Augenblicke wenigstens, in denen aber auch alles, was ihnen da zugerufen wird, von den »Herzilein-Millionären« abprallt. »Wir brauchen keine Aussagekraft. Wenn’s die Leute mögen, dann geht’s doch.« Nicht mal Bärbels Muntermacher »Sind’s die Kilos« will mehr ziehen, nur Drews fordert noch immer jedermanns »Glück« nach eigener »Faon« und spintisiert herum, was das Zeug hält – da wird aus dem Publikum ein Ruf erhört: »Ich verstehe gar nichts mehr, was hier abläuft.« »Ich finde, daß jeder, der hier ist und der woanders ist, seine Berechtigung hat«, wendet eine zweite Dame plötzlich ein, und von dritter Seite echot es geschwind: »Ich würde mir wünschen, daß die Menschen mehr Toleranz ausüben müßten. Es ist schlimm.«

Ja, es ist schlimm, und viel schlimmer ist, was noch passierte und hier, in dieser Chronik eines denkwürdigen TV-Ereignisses, keinen Platz gefunden hat. Geben wir deshalb Peter das Schlußwort: »Ich finde die Sendung so was von klasse. Allein wie sich der Onkel Jürgen hier darstellt!«

Und ich finde es jetzt abschließend außerordentlich bedauerlich, daß anscheinend weder Friedrich Kittler noch Norbert Bolz zugesehen haben. Einer von denen hätte gewiß erklärt, was da, in »Bärbel Schäfer« im September des Jahres 1995, medienpraktisch auf den Punkt gekommen ist, als die urplötzlich neben Bärbel aus der Publikumsphalanx auftauchende erste Tochter Wolfgangs (Wildecker Herzbube) trotz aller Ermahnung zur Toleranz (»Ich sage dazu, wir leben in einer Demokratie«, Jürgen Drews) und Mitmenschlichkeit die Stimme gegen Matthias Heidemanns erhob: »Wenn du dir deine Frisur anguckst, kann ich mir nicht vorstellen, daß dich irgendein Mädchen toll findet mit deiner Frisur.« Und der erwiderte: »Ich höre auch Jürgen Drews.«

Bärbel aber legte nahe: »Also ich finde, wir sollten auf einer sachlichen Ebene auch weiterdiskutieren. Die Angriffe sollten nicht zu persönlich werden.« Das war ein Wort. Zehn Minuten vor Schluß.

Samstags, sonn- und feiertags ist kein Bärbel-Schäfer-Tag.

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 11/95 über die »Neue Rundschau«

Konkret 12/95, S. 46

Heiner Möller

Buch des Monats: Deutsches Paarlaufen

Ein Jahrzehnt nach ihrer Streitschrift für ein ökosozialistisches Projekt ziehen Thomas Ebermann und Rainer Trampert ein böses Resümee: Unter den Bedingungen entwickelter kapitalistischer Produktion sei das Subjekt zu einem »jederzeit ersetzbaren Nichts in der Produktion« und einem »konsumierenden Nichts« (»wandelndem Geld«) außerhalb der Produktion zugerichtet worden

In *Die Zukunft der Grünen* hatten Thomas Ebermann und Rainer Trampert 1984 »ein realistisches Konzept für eine radikale Partei« versprochen. Die politische Perspektive des Buches (»Eine Integration der Grün-Wähler funktioniert nicht«) hat sich rasant in ihr Gegenteil verkehrt. Ein radikales Konzept für eine realistische Partei trat seinen Siegeszug an. Fünf Jahre später gaben die beiden Exponenten der Ökosozialisten den grünen Löffel ab. Inzwischen ist reichlich Wasser die Elbe runtergeflossen, und Ebermann/Trampert sind mit einem neuen Buch auf dem Markt. Politischer Optimismus und Prognostik sind darin ihr Ding nicht. Statt dessen knüpfen sie am häufig Überlesenen ihres damaligen Buches an: der marxistischen Analyse der (vornehmlich deutschen) Verhältnisse.

1989 taten sich nicht wenige Linke schwer mit der deutschen Selbstbestimmung, der Anreicherung ihrer nationalen Stämme um Sachsen, Thüringer, Vorpommern, Sorben und einige mehr. Seither hat Identitätsfindung nicht nur rechts Konjunktur. Das Buch *Die Offenbarung der Propheten* eröffnet mit einem Rückblick auf den Zerfall des RGW und den Beginn der deutschen Expansion. Der sturzbesoffene Run der DDR-Bevölkerung auf westdeutsche Konsumstandards hat für die große Masse nur Enttäuschungen gebracht. »Hätten die Ostdeutschen nicht die Kaufhäuser in Westberlin oder die Passagen in Hamburg, sondern realistischerweise Portugal, Chile oder irgendeine heruntergekommene Stadt in Nordengland mit Marktwirtschaft identifiziert, hätten sie jedenfalls keine ökonomischen Motive für ihre Flucht oder die Wiedervereinigung haben können«, kommentieren Ebermann/Trampert.

Dieser »Irrtum« der Massen hat nun aber nicht zur Wiederentdeckung von Kapitalismus-Kritik und Klassenkämpfen geführt, sondern, je mehr der marktwirtschaftliche Segen ausblieb, um so stürmischer die nationale Gesinnung befördert. Im Ruf nach nationaler Solidarität und Gerechtigkeit hat die Euphorie von einst verbitterte Umkehrung desselben Motivs gefunden. Und weil am Ausbleiben des Glücks jemand die Schuld haben muß, die Verhältnisse aber nicht durchschaut werden wollen, feiern Nationalismus und Rassismus ihr deutsches Comeback – in Ost und West.

Einige der Ahnen »germanophiler Tendenzen« werden in diesem Buch vorgestellt. Martin Luthers Bedeutung für die protestantische (Doppel-)Moral von Triebunterdrückung und »entsagungsvollem Funktionieren« bilde »einen der Ursprünge dieser sich durch die deutsche Geschichte ziehenden Dichotomie von Innerlichkeit und Kommerz«, schreiben die Autoren. »Die Sinnlichkeit der kontrollierenden Vernunft zu unterwerfen, paßte gut ins Maschinenzeitalter«, heißt es zu Kants »Reduktion der Aufklärung«. Schon lange vor Bildung des deutschen Nationalstaats habe das liberale Bürgertum all jene Charakteristika vorgedacht, die »den besonderen deutschen Weg« ausmachen.

Auf die Behauptung, von einem deutschen Sonderweg könne nicht gesprochen werden, weil das deutsche Bürgertum auch ohne bürgerlich-demokratische Revolution im autoritären preußischen Staat habe vortrefflich akkumulieren können, erwidern Ebermann/Trampert, daß diese Reduktion des Sonderwegs auf im Vergleich zu anderen Nationalstaaten geringes Interesse Preußens an Demokratie den Kern nicht treffe. »Das Problem ist nicht, ob das deutsche Bürgertum zu akkumulieren in der Lage war, sondern wie der Weg in einen akkumulationsfähigen Kapitalismus gegangen wurde.« In diesem Wie sei der »spezifische Führer-Gefolgschafts- und Blut-und-Boden-Kult« ebenso angelegt gewesen wie paranoider Wahn, kollektive Selbstpreisgabe und der schließlich vielfache Völkermord.

Das »deutsche Paarlaufen« Richard Wagner und Friedrich Nietzsche, das germanische, »brünstig-finstere Pathos« des Komponisten, der »Übermensch« des Philosophen als Geburtshelfer für den »Untermenschen«, wird in einem eigenen Kapitel über diese exemplarischen »Vordenker des Nationalsozialismus« behandelt. In einem »Streifzug durch die Geschichte des Stammesbewußtseins« der neunziger Jahre dieses Jahrhunderts sezieren Ebermann/Trampert Brunftgesänge und Blutopfer-Phantasien von Botho Strauß' *Bocksgesang* über Ernst Jüngers *Stahlgewitter* bis hin zu Antje Vollmer, die »von der Romantik der Revolution endgültig Abschied nehmen« will und den Krieg als »schwarze Messe der Zivilisation« entdeckt hat.

Die Neuschreibung linker Theorie durch Untergangs- und revolutionäre Aufschwungsprophetie, wie sie bei so unterschiedlichen (KONKRET-)Autoren wie Karl Heinz Roth und Robert Kurz anzutreffen ist, bildet einen weiteren Schwerpunkt der Auseinandersetzung. Kurz, ein Deutschland-besorgter »Regenmacher«, verwandele linke Theorie in Esoterik und schaffe zunehmend Übergänge zu reaktionären Positionen. Im Gegensatz zu ihm betonen Ebermann/Trampert den ökonomischen Nutzen der DDR-Übernahme für das westdeutsche Kapital. Ihr Fazit, daß – ausgenommen die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft – »die Bedingungen für das westdeutsche Kapital aber noch nie so günstig wie nach dem Sieg über den RGW« waren, widerspricht den meisten Einschätzungen linker Abhandlungen über die ökonomische

Entwicklung seit 1990. Kurz' werttheoretisch begründete These vom Niedergang der mehrwertschaffenden lebendigen Arbeit widerlegen sie mit marxistischer Krisentheorie. Für die allmählich sinkenden Profitraten der letzten zwanzig Jahre in den kapitalistischen Metropolen sei in der Rezession der neunziger Jahre die Integration des Ostens in den Weltmarkt von ausgesprochenem Vorteil gewesen. Sie habe aus der RGW-Produktion konkurrierendes, aber nicht konkurrenzfähiges Kapital gemacht. Die krisennotwendige »Zerschlagung und Entwertung von Kapital kam gut voran«. Mit der Deindustrialisierung des Ostens sei »›friedlich‹ Kapital in einer Dimension vernichtet worden, wie sie sonst nur in Weltkriegen vorstellbar ist«. Damit habe sich die Kapitalstruktur wieder zugunsten der lebendigen Arbeit verändert.

Das Buch besticht durch die Reichhaltigkeit von empirischen Belegen, die die Autoren für ihre Thesen anführen. Die Krisenbewältigung in der totgesagten Ökonomie Großbritanniens und der USA zeuge vom erneuten Anwachsen von Mehrwertproduktion in den Zentren, wie der Aufschwung der Tigerstaaten und Chinas das Gerede vom Ende des Kapitalismus aufgrund erschöpfter Reichtumsquellen als Quatsch entlarvt habe. Das ganz Neue in der Entwicklung des Kapitalismus, das Karl Heinz Roth zu der Aussage veranlaßt, der Kapitalismus verhalte sich seit 20 Jahren »völlig konträr zur... Marxschen Kapitaltheorie«, weshalb ihm mit der »marxistischen Kritik der politischen Ökonomie... nicht mehr beizukommen« sei, entpuppe sich als erneuerter Imperialismus und modernisierter Kolonialismus. Denn »globales Kapital fördert nicht das Absterben der Nationalstaaten, sondern es benötigt sie. Je globaler das Kapital operiert, desto wichtiger wird ein starker Staat als Basis.«

Mit Paul Mattick (*Marx und Keynes*) widersprechen sie der Unterscheidung zwischen »produktivem« und »parasitärem« Kapital, die so alt wie der Kapitalismus selbst sei. »Sie ließ einen Scheinkampf gegen ›Zinssklaverei‹ und unverantwortliche Spekulanten entstehen.« Sogenannte Luftbuchungen, die Zunahme spekulativer Gewinne an den Weltbörsen, seien nicht, wie immer mehr linke Weltmarkttheoretiker meinen, die Ablösung des mehrwertproduzierenden durch außer Kontrolle geratenes fiktives Kapital. In der Krise nähere sich der Geldwert wieder stärker realen Werten an. Der Kapitalismus am Ende? Weder stimme dies ökonomisch, noch – entscheidender – im Bewußtsein. »Wenn das Massenbewußtsein keine befreiende Gesellschaft für sich will – und im Augenblick sieht nichts danach aus – , kann es selbst nach einem Zusammenbruch des kapitalistischen Wertsystems nur eines geben: Kapitalismus, und zwar auferstanden aus Ruinen, so wie er nach dem Zweiten Weltkrieg ... auferstanden ist.«

Das interessanteste Kapitel ist das über »Die klassenlose Klassengesellschaft«. Die Zurichtung des Subjekts unter den Bedingungen entwickelter kapitalistischer Produktion habe ein »jederzeit ersetzbares Nichts in der Produktion« und »wandelndes Geld« ein »konsumierendes Nichts« außerhalb derselben geschaffen. Die »Auflösung des (metropolitanen) Klassenbewußtseins« in der Nachkriegsphase durch eine »über den unmittelbaren Reproduktionsbedarf hinausschießende Geldmenge« in den Händen der Produzenten habe mehr Geld und mehr Freizeit, aber nicht bewußtere Konsumenten, schon gar nicht mehr individuelle Entwicklung gebracht. Noch in der Freizeit und beim Konsum trainierten die Einzelnen alle jene Muster ein, die sie zu gefügigen und ersetzbaren Produzenten machten. »Die Gruppenarbeit ohne Aufpasser zeigt das Ende der Arbeiterbewegung an.« Der »eindimensionale Mensch« habe den Zwang dermaßen verinnerlicht, daß er nicht mehr unmittelbar der Knute bedürfe, weil er sie gegen sich selber und seine Mitproduzenten schwinge.

Am boomenden sportiven Trend der markenbewußten Freizeit- und Konsumwirtschaft zeige sich, daß unter dem Schleier größerer Individualität ein neues Maß an steuerbarer Konformität entwickelt werde. »Die Jugendrevolte der 90er Jahre äußert sich in Gestalt eines Markenprofils und als Angriff auf die Geldbörse der Eltern für Erstausstattungen, es sei denn, die Kids haben einen anderen Weg der Geldbeschaffung entdeckt.« Damit leiten die Autoren zur Kritik am theoretischen Ansatz des KONKRET-Autors Günter Jacob über. In *Kapitalismus und Lebenswelt* macht Jacob den Widerspruch »zwischen dem Individuum als Träger von Produktionsverhältnissen und dem ›freizeitorientierten‹, hedonistischen Individuum im Nichtarbeitsbereich« aus. Im »Zirkulationsbereich« verfüge der Einzelne über sein Arbeitsvermögen »in eigener Initiative entsprechend seinen eigenen Bedürfnissen«. Gegen »das Gerede vom postmodernen Individuum« polemisieren Ebermann/Trampert: »Was als freier Wille erscheint, ist bloß der Zwang zur immanenten Wahl. Was als persönlicher Lebensstil auftritt, entpuppt sich schnell als Resultat der Vermassung.«

Heftigen Widerspruch linker Postmoderner dürfte die exemplarische Abrechnung mit Zygmunt Baumann (*Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*) als »die Postmoderne« hervorrufen. Modeautor Baumanns Totalitarismustheorie ist starker Tobak. Wie die geschichtsrevisionistische Schule und zunehmend auch das Reemtsma-Institut HIS läßt er den Nationalsozialismus in der Moderne aufgehen. NS und Realsozialismus seien »legitime Kinder des modernen Geistes, jenes Drangs, den Fortschritt der Menschheit zur Vollkommenheit zu unterstützen und zu beschleunigen, der durchweg das hervorstechendste Merkmal der Moderne war«. Damit wird, kommentieren Ebermann/Trampert, der »Kernkonflikt der Moderne – Kapitalismus versus Kommunismus – « zum gemeinsamen Vorhaben, die Lage der Menschen zu verbessern, umdefiniert. Den Nazis wird das Gutgewollte, aber notwendig Falsche angedichtet. Wo der Kommunismus abgedankt und der Kapitalismus gesiegt hat, tritt bei Baumann Erleichterung ein: »Sich des kollektiven Privilegs der reichen, postmodernen Welt zu erfreuen und sich das eigene Vergnügen nicht von der Armseligkeit der restlichen Menschheit schmälern zu lassen.« Einfacher haben »Die Prinzen« dies in ihrem neuesten Hit auf den Punkt gebracht: »Man muß Schwein sein in dieser Welt«.

Die Offenbarung der Propheten ist ein wichtiges Buch, das viel Diskussionsstoff bietet. Auf 360 Seiten haben Ebermann/Trampert die Qualität einer »rasenden Regression« analysiert. Es stellt altmodisch und quer zu gängigen Post-Modernismus-Diskussionen die Kritik der politischen Ökonomie in den Mittelpunkt – wovon insbesondere die antinationale Linke nicht überbordet – und bezieht sich auf die frühe Kritische Theorie. Quer steht es aber auch zu der ungebrochen auf der Suche nach den Massen befindlichen Linken, die ihre Anpassung als »geduldiges Bohren dicker Bretter« tarnt. Wer praktisch-politische Anleitung sucht, sollte besser zu »UZ« und »Interim« greifen. »Realpolitik ist das Bekenntnis zum Scheitern des Versuchs, reale Verbesserungen durchzusetzen«, schreiben die Verfasser. »Linkssein liegt daher heute allein darin, sich die Fähigkeit zur Kritik des im ganzen falschen Systems, (...) die Autonomie der Verweigerung, des Nicht-Mitmachens zu bewahren ...«

Thomas Ebermann/Rainer Trampert: *Die Offenbarung der Propheten,* Konkret Literatur Verlag, 360 Seiten, 39 Mark

Konkret 12/95, S. 48

Ed Ward

»Live Fast, Love Hard, Die Young«

Die Geschichte der Country Music – ein verspäteter Nachruf

Ich hasse Country Music. Naja, zumindest sage ich das immer, wenn man mich fragt. Ich war nicht immer so und ich erinnere mich genau an den Augenblick, wo es dann passiert ist: Ich habe damals als Musikkritiker für eine Tageszeitung in Austin, Texas, gearbeitet und war in der Premiere von »Urban Cowboy« gewesen. Danach bin ich ein Stück weiter die Straße runter zu einem Club, wo Hank Williams Jr. spielte, über den ich eine Kritik schreiben sollte. Ich also rein in den Laden, die Band war schwer in Fahrt, ich bestellte mir einen Drink und dann ... keine Ahnung, was dann genau passiert ist, aber irgendwann fand ich mich zu Hause wieder, in meinem Notizblock stand kein einziges Wort, doch eines hatte ich entschieden: Ich war fertig mit diesem Kram.

Natürlich hasse ich Country Music nicht wirklich. Das ist mir dann aufgefallen, als ich bei einem Freund zu Hause zum Abendessen war. Der hatte eine Don Gibson-CD mit Aufnahmen von 1960 aufgelegt, und ich war wieder völlig weg. »If loneliness brought world acclaim«, sang er da, »then everyone would know my name. I'd be a legend in my time.« Das war schon schweres Kaliber. Sowas kriegt heute keiner mehr hin. Die Band blieb ganz dezent, die Steel Guitar war einfach herzzerreißend, und auf einmal war ganz klar, welch einen unwiederbringlichen Verlust das darstellte. Nicht daß ich einen Verlust erlitten hätte. Aber es war einfach weg. Punkt.

In den modernen Protzbauten an der Music Row in Nashville würden sie mich vermutlich auslachen für die Behauptung, daß Country Music tot ist, aber das stimmt nun mal, und zwar schon seit etwa 20 Jahren. Es gibt auch kaum noch jemanden, der Country Music macht und wenn, dann jedenfalls nicht für den Massenkonsum. Zwar existieren in Amerika mehr Country-Radiostationen als je zuvor, zwar werden einem die Leute von der Music Row mit strahlenden Gesichtern erzählen, daß die Verkaufszahlen noch nie solche Höhen erreicht haben wie derzeit. Zwar touren geschniegelte junge Männer mit großen Cowboyhüten in großen Bussen durch das Land und treten vor riesigen Zuschauermengen auf, die vor Begeisterung ganz außer sich sind, doch aus dem alltäglichen Leben ist Country Music verschwunden.

Es gibt dafür eine einfache Erklärung: Ähnlich wie beim Blues handelte es sich bei Country Music um eine Form kommerzieller Musik, die sich an eine bestimmte Bevölkerungsgruppe wendete. Verglichen mit anderen Musikformen hielten sich die Verkaufszahlen in Grenzen, doch war die Country-Gemeinde – und das ist eine weitere Parallele zum Blues – groß genug, so daß eine Vielzahl von Musikern und Künstlern von ihrer Arbeit auf der Bühne, im Schallplattenstudio und als Songschreiber leben konnten. Und das in manchen Fällen sogar sehr gut. Wenn man es in der Country Music geschafft hatte, dann war es kein Problem, sich einen gitarrenförmigen Swimmingpool hinter seine Villa in Nashville bauen zu lassen wie Webb Pierce oder sich von Nudie in Hollywood Bühnenklamotten anfertigen zu lassen, bei deren Anblick man zu erblinden drohte, und in einem Tourbus herumzugondeln, dessen Interieur aussah wie das Wohnzimmer der Ponderosa. Doch Amerikas Medienlandschaft hat sich verändert, und die Leute, die früher das Rückgrat der Country-Gemeinde bildeten, sind auch nicht mehr die gleichen wie in den 50ern und 60ern. Im Gegensatz zu damals, als diese Bevölkerungsgruppe ausschließlich auf Country & Western fixiert war, kauft sie sich heute von Metallica bis Barry Manilow alles. Vor allem Jugendliche stehen Country so ablehnend gegenüber wie nie zuvor: Wenn man einem Jungen, der einen Traktor fährt, die Kopfhörer seines Walkmans abnimmt, wird man wahrscheinlich feststellen, daß er Metal oder Rap hört.

Um zu verstehen, wie es dazu gekommen ist, muß man sich die geschichtliche Entwicklung der Country Music vor Augen führen, denn nur so wird einem klar, was sie ursprünglich gewesen war – und vor allem, was nicht. Jahrelang herrschte die Annahme, es handele sich dabei um eine Art Folk Music, also ein Ausdrucksmittel der einfachen Leute, das durch die Schallplattenindustrie kommerzialisiert wurde und zum Showbusiness verkam. Vor nicht allzulanger Zeit hielt Bill C. Malone eine Vorlesungsreihe an der Mercer University in Macon, Georgia, die unter dem Titel *Singing Cowboys and Musical Mountaineers* als Buch erschienen ist. Darin stellt er fest, daß die weiße Folk Music von den Wissenschaftlern in den USA solange übergangen wurde, daß man sich mittlerweile kaum noch eine Vorstellung davon machen kann, wie und was sie einmal gewesen ist. Im Gegensatz dazu betrachtete man den afro-amerikanischen Kulturkreis, der seinen Traditionen viel stärker verhaftet blieb, als etwas Exotisches, was in Verbindung mit der Tatsache, daß sich diese Traditionen über eine längere Zeit hinweg von kommerziellen Trends unbeeinflußt weiterentwickeln konnten, dazu führte, daß wir über die musikalischen Wurzeln dieser Bevölkerungsgruppe eine wesentlich genauere Vorstellung haben. Die intensiven Forschungsbemühungen schlossen sogar Reisen nach Afrika ein, wo die Musik der Stämme aufgenommen wurde, denen die Vorfahren der farbigen Amerikaner angehört hatten, bevor sie als Sklaven verschleppt wurden. Die »einfachen Leute« aber, die als Urheber einer weißen Folk Music in Frage kamen, waren nicht so leicht ausfindig zu machen, da sie unter einem höheren Assimilationsdruck standen und diesem auch bereitwillig nachgaben. Als sich das wissenschaftliche Interesse endlich auf sie zu richten begann, waren die althergebrachten Formen und Traditionen bereits kommerziell beeinflußt und bis zur Unkenntlichkeit überlagert.

Die weiße Landbevölkerung entwickelte eine Vielzahl an Besonderheiten, sei es Religionsausübung, Küche oder Unterhaltungskultur, und mit dem Aufkommen des Phonographen, der in den zwanziger Jahren die gedruckten Notenausgaben abzulösen begann, eröffnete sich diese Möglichkeit auch auf dem Gebiet der Musik. Die Geburt der Country Music vollzog sich in einem Kraftakt, als 1922 zwei Fiddler namens A.C. »Eck« Robertson und Henry Gilliland das Büro von RCA Victor in New York betraten und nicht eher wieder zu gehen bereit waren, bis eine Aufnahme von ihnen gemacht worden war. Um die beiden Herren, von denen der eine gekleidet war wie ein Cowboy und der andere eine Konföderiertenuniform trug, wieder loszuwerden, wurden zwei Titel – »Sally Gooden« und »Arkansas Traveller« – aufgenommen und nach einigem Überlegen sogar veröffentlicht. Auf heutige Ohren wirken die beiden Sologeigen zwar in etwa so exotisch wie Dudelsackmusik, doch verkaufte sich die Schallplatte im Süden der USA gar nicht schlecht, und Victor sah sich mit einem nicht unerheblichen Käuferpotential konfrontiert, das es anzuzapfen galt. Talentsucher wurden in die Hochburgen verschiedener ethnischer Bevölkerungsgruppen gesandt, und bald gab es nicht nur »Hillbilly«-Schallplatten zu kaufen, sondern eine ganze Palette von »Race«-Records, die auf die schwarzen Käuferschichten zugeschnitten waren, sowie Klezmer und andere Musikstile jüdischen Ursprungs. Zu diesem Sortiment gehörten auch Veröffentlichungen, die sich an die Nachfahren der Einwanderer aus Mexiko, der Ukraine, Griechenland und Irland richteten, doch erreichten sie nie die kommerzielle Bedeutung der Hillbilly- und »Race«-Records.

Die Talentsuche lief üblicherweise so ab, daß ein Beauftragter der Plattenfirma im Schallplattenladen einer größeren Stadt ein Schild aufhängte und in der Lokalzeitung eine Anzeige aufgab, in der bekanntgegeben wurde, wann eine bestimmte Schallplattenfirma in der Stadt einen Vorspieltermin abhalten würde. Den Vorsitz der Auswahlkommission teilten sich zumeist ein Angestellter der Plattenfirma und ein ortsansässiger Musiker, und diejenigen Künstler, die bei diesem Verfahren ausgewählt wurden, erhielten die Möglichkeit, eine Schallplatte aufzunehmen, deren Verkaufszahlen dann darüber entschieden, ob man sie für weitere Aufnahmen nach New York, Chicago oder eine andere Metropole kommen ließ oder nicht. Die bekannteste Veranstaltung dieser Art fand im Sommer 1927 in Bristol, Virginia, statt und zog sich über zwei Wochen hin. RCA Victor stieß dabei auf eine wahre Goldmine: Unter den Künstlern, die verpflichtet wurden, waren die Carter Family und Jimmy Rodgers. Bereits zum damaligen Zeitpunkt hatte die Hillbilly Music ihren ersten Boom erlebt, nachdem der Radiosender WSM in Nashville 1925 eine Sendung unter dem Titel »WSM Barn Dance« ins Programm genommen hatte, die 1927 in »Grand Ole Opry« umbenannt wurde.

Country Music war von Anfang an ein kommerzielles Unternehmen – mit Folk hatte sie nichts zu tun. Schon Robertsons und Gillilands Schallplatte war eine Mixtur aus verschiedenen Stilrichtungen, da Robertson aus Texas und Gilliland aus Georgia kamen und ihre Spieltechniken sich daher leicht unterschieden. Was nun die Carter Family und Jimmy Rodgers angeht, so machten sie kein Hehl daraus, daß sie sich in erster Linie als professionelle Unterhaltungskünstler verstanden, die ihr Material aus kommerziellen Überlegungen heraus schrieben (oder klauten bzw. Anleihen machten). Sie erhoben Urheberrechte auf ihre Songs, kassierten Tantiemen für ihre Schallplattenaufnahmen und tourten durch das Land. Bill Malone führt ihren Erfolg darauf zurück, daß sie ein Ideal verkörperten, das so nie existiert hatte. Es war die romantische Verklärung der Vergangenheit, der Einfachheit und ländlichen Idylle, die eine Vielzahl von Menschen auf dem Lande ansprach, welche sich durch den Einbruch der Moderne verunsichert fühlten. Diese Idealisierung fand ihren Niederschlag auch in der sogenannten »Western Music«, wo singende Cowboys eine geschönte Darstellung des Wilden Westens lieferten, der so nur in Hollywoodfilmen existierte.

Die Idealisierung setzte sich fort bis in die vierziger Jahre, als ein junger Sänger namens Hank Williams eine mittlere Revolution in der Country Music auslöste. Zum ersten Mal besann sich in diesem Genre jemand auf seine eigenen Gefühle, anstatt irgendwelchen Klischees zu folgen, und plötzlich war für Nostalgie kein Platz mehr. Williams hatte das Gitarrespielen von einem schwarzen Straßenmusiker gelernt, dabei die Essenz des Blues in sich aufgesogen und sie in die Form der Country Music übertragen. Sein Erscheinen fiel zusammen mit der Zentralisierung der Country Music-Industrie in Nashville, einer im Herzen des Südens gelegenen Stadt, die zuvor lediglich als Hochburg des Versicherungswesens und der Bibeldruckereien galt. 1951 siedelten sich hier die ersten professionellen Songschreiber an, das Ehepaar Felice und Baudleaux Bryant, und es entstanden die ersten Aufnahmestudios, darunter das legendäre Studio B, das RCA gehörte, und Owen Bradleys berühmtes Studio Breadley's Barn. Bald bildete sich ein typischer Nashville Sound heraus, der geprägt war von einer Standardbesetzung (akustische und elektrische Gitarre, Steel, Fiddle, Rhythmussektion) und Studiomusikern vom Schlage eines Chet Atkins, Floyd Cramer und Buddy Emmons. Nachdem Hank Williams erst einmal die Grenzen gesprengt hatte, war es mit der thematischen Verschnarchtheit der Songs vorbei. Freud und Leid des Trinkens (»There Stands the Glass«, »Warm Red Wine«), Seitensprünge (»Slipping Arround«, »Back Street Affair«) und rebellische Verhaltensweisen (»Live Fast, Love Hard, Die Young«, »Honky Tonk Man«) wurden nun besungen.

Mitte der sechziger Jahre hatte sich Country Music zu einem lebendigen Spiegel der immer mehr ins gesellschaftliche Abseits geratenden Landbevölkerung der USA entwickelt. Besonders jene, die im Zuge des Verdrängungswettbewerbs durch agrarische Großbetriebe ihre Farmen hatten aufgeben müssen und in die Städte gezogen waren, um dort Arbeit zu finden, fanden sich in ihr wieder. Resolute Frauen wie Loretta Lynn (»You Ain't Woman Enough (To Take My Man)«,

»Don't Come A-Drinkin' (With Loving On Your Mind)«), Tammy Wynette (»Your Good Girl's Gonna be Bad«, »I Don't Wanna Play House«) und Dolly Parton (»Just Because I'm A Woman«, »In The Good Old Days (When Things Were Bad)«) betraten die Szene. Sie waren durchaus nicht abgeneigt, den Mann fürs Leben zu finden, doch da es nun mal so aussah, als würden sie ihren Teil zum Broterwerb beitragen müssen, hatten sie natürlich nicht die geringste Lust, sich alles von ihm bieten zu lassen. Hervorragenden neuen Songschreibern wie Willie Nelson (»Crazy«, »Hello Walls«) und Curly Purman (»D-I-V-O-R-C-E«) gelang es, ihre Songs an etablierte Künstler zu verkaufen, und selbst der urbane Realismus hielt mit Songs wie »Detroit City« von Bobby Bare Einzug in die ländliche Idylle: »By day I make the cars, by night I make the bars.« Es gab fast kein Thema mehr, das nicht für einen Countrysong herhalten mußte. George Jones und Melba Montgomery hatten mit »Let's Invite Them Over« sogar einen Hit, in dem es um Partnertausch ging.

Je länger solche Botschaften durch den Äther rauschten, desto unvermeidlicher wurde es, daß dieses bisher allgemein eher verächtlich betrachtete Popgenre »entdeckt« wurde. 1968 war es dann soweit. Die Byrds waren bis dahin eine Folk-Rock-Band gewesen, doch mit Gram Parsons gewannen sie ein neues Mitglied, an dessen notorischem Hang zur Country Music nicht der geringste Zweifel bestand. Ihr Album »Sweetheart of the Rodeo« markierte einen Wendepunkt in der Entwicklung der Band, die Einflüsse von Merle Haggard sind ganz unverkennbar, doch gibt es bereits auf der nächsten LP, »Dr. Byrds & Mr. Hyde«, eine Zeile, in der die Verachtung der Hippies für die arbeitende Klasse auf unschöne Weise durchscheint: »He's a drugstore truck driving man, he's the head of the Ku Klux Klan.«

Inspiriert von den Byrds, entstanden nach dem Abklingen der Psychedelia Bands wie Poco, The New Riders of the Purple Sage und The Flying Burrito Brothers (letztere gegründet von Gram Parsons), die mit dem sogenannten »Country Rock« eine neue Stilrichtung etablierten. Bemerkenswerterweise setzte nun – just in dem Augenblick, als junge Leute die Songs über Saufereien, Fremdgehen und Truckdriving zu entdecken begannen – in Nashville eine Entwicklung ein, die in Richtung eines weicheren, mit Streichern überfrachteten Sounds ging, für den sich bald die Bezeichnung »Countripolitan« durchsetzte. Noch bemerkenswerter war allerdings die Tatsache, daß dieser Sound Nashville bisher nie gekannte Verkaufszahlen bescherte. Die Country Music erreichte eine immense Popularität in den Kleinstädten des Südens und des Mittelwestens, wo sich die ehemalige Landbevölkerung mittlerweile angesiedelt hatte. In einer ähnlichen Weise, wie die Songs über Heim und Herd die Käufer der ersten Country-Schallplatten angesprochen hatten, verkörperte nun die Musik als Form und nicht deren Inhalt das ländliche Idyll. Im Unterschied zu früher jedoch besaßen die neuen Käuferschichten einen Fernseher, gingen zum Schönheitssalon, aßen Pizza und neigten – ganz im Gegensatz zu einem Großteil der Landbevölkerung in den 20ern – zu ultrakonservativen politischen Ansichten. Countripolitan eroberte sich Sendeplätze in den städtischen Radios, wo es zuvor noch nie eine Countrystation gegeben hatte, und selbst in New York waren die Einschaltquoten so hoch, daß sie Profite abwarfen.

Von niemandem bemerkt, wurde bereits damals der Country Music das Grab geschaufelt. Es war nur ein kleiner Schritt von den überfrachteten Countripolitan-Produktionen eines Billy Sherrill zu Kenny Rogers, einem bärtigen Folk-Rock-Sänger aus Houston, dessen einzige Verbindung zu Country darin bestand, daß er von der Dependance seiner Plattenfirma in Nashville unter Vertrag genommen worden war. Etliche der Country-Sänger, die noch immer in ihrem alten Stil weitermachten, sahen sich mit sinkenden Verkaufszahlen konfrontiert und konnten sich – wie beispielsweise Ernest Tubb – nur durch permanentes Touren über Wasser halten. Die Dubgenres, die bisher stets einen fruchtbaren Einfluß auf den Mainstream ausgeübt hatten, waren samt und sonders verschwunden: Western Swing war schon in den sechziger Jahren untergegangen, an Bluegrass berauschten sich nur noch urbane Neo-Folkies, denen es vor allem um Virtuosität ging, und Country Boogie war schon vor langer Zeit mit Rockabilly und Rock'n'Roll verschmolzen.

Rock hatte sich Mitte der siebziger Jahre als Mainstream der amerikanischen Popmusik etabliert, und etliche der eher rebellischen Geister in Nashville, die mit dem Countripolitan Sound nichts anfangen konnten, begannen damit zu liebäugeln. Waylon Jennings präsentierte sich auf der Bühne als harter Rocker ebenso wie Gary Stewart, der aufgrund seines Pianospiels schon als Jerry Lee Lewis der 70er gefeiert wurde. Es bildete sich eine »Country Outlaw«-Gemeinde heraus, zu der neben Jennings auch dessen Frau Jessie Colter, Tompall Glaser und als herausragende Persönlichkeit Willie Nelson gehörten. Obwohl sie ihre Schallplatten auch weiterhin in Nashville aufnahmen, siedelte sich die Outlaw-Bewegung in Austin, Texas, an und bot so all jenen Fans eine willkommene Alternative, denen die triefenden Geigen und Supper-Club-Arrangements, die Nashville nach wie vor produzierte, auf den Magen schlugen. Dabei muß allerdings angemerkt werden, daß diese Fans über die Byrds, Burritos und andere zur Country Music gekommen waren.

Es stellt eine der großen Ironien in der Geschichte der populären Musik Amerikas dar, daß niemand anders als Hank Williams Jr. der Country Music schließlich die Totenglocke läutete. Nachdem sein Leben alles andere als ein Zuckerschlecken gewesen war – seine Mutter Audrey hatte ihn nach dem frühen Tod seines Vaters gezwungen, Duette zu dessen hinterlassenen Bändern sowie einen Soundtrack zu einem Film über das Leben seines Vaters aufzunehmen, und ihn schon im Kindesalter auf Tournee geschickt – , zog er 1974 nach Alabama. Dort veröffentlichte er ein Album, das ein für allemal klarstellte, daß er nun auf eigenen Beinen stand. Zusammen mit Musikern der Marshall Tucker Band und der Allman Brothers eingespielt, repräsentiert »Hank Williams, Jr. and Friends« die Geburtsstunde des »Southern Rock«. Kurz

vor der Veröffentlichung des Albums erlitt Williams bei einem Bergunfall so schwere Verletzungen, daß er für zwei Jahre ans Bett gefesselt blieb und lediglich tatenlos zusehen konnte, welchen Stein er da ins Rollen gebracht hatte.

Simpel ausgedrückt, handelte es sich bei der neuen Musik nicht mehr um Country – es war Rock'n'Roll. Im Verlauf der nächsten Jahre mußte die Country Music-Industrie miterleben, wie die ersten Bands dieser neuen Richtung Erfolge verbuchten, der Countripolitan Sound sich in Wohlgefallen auflöste und Musiker aus anderen Sparten sich durchaus respektvoll mit Country auseinanderzusetzen begannen. The Nitty Gritty Dirt Band nahm zusammen mit einigen Country-Legenden als Gastsängern den Albumzyklus »Will the Circle Be Unbroken« auf, die aus Washington D.C. stammende Folksängerin Emmylou Harris, eine Freundin von Gram Parsons, tat sich mit Linda Ronstadt zusammen, um gemeinsam mit Dolly Parton ein Album einzuspielen, und Hollywood brachte den Film »Urban Cowboy« in die Kinos.

Nach einer Reihe magerer Jahre trat in Nashville eine Garde junger Neotraditionalisten auf den Plan, zu denen John Anderson, Randy Travis und Dwight Yoakum gehörten. Letzterer stammt eigentlich aus Kentucky und schloß sich in L.A. der Roots-Rock-Szene an, die auch solche Talente wie die Blasters und Los Lobos hervorgebracht hat. Die etablierten Firmen in Nashville zogen aus deren Erfolg den gar nicht so falschen Schluß, daß es das Einfachste wäre, zum Factory-System der 60er zurückzukehren, und lancierten mit The Hats eine völlig gesichtslose Band von Schönlingen, deren Repertoire direkt aus dem Computer zu stammen schien. Neue Country-Tänze wurden in Hollywood von Choreographen wie Toni Basil kreiert und per Video an den Mann gebracht, doch rief man damit nur eine neue Generation von Rebellen auf den Plan, die in den Folk-Clubs von Austin und Houston ihre ersten Meriten verdient hatten.

Die Metamorphose der Country Music in eine Vielzahl von Subgenres der Popmusik war damit abgeschlossen. Die neue Zuhörerschaft wohnte nunmehr in den Suburbs, wohin sie sich aus den Städten geflüchtet hatte, um nicht länger mit Schwarzen und Angehörigen anderer ethnischer Gruppen konfrontiert zu sein. Im Gegensatz zu früher zeichnete sich dieses Publikum durch einen relativen Wohlstand aus; das Gefühl des sozialen Zusammenhalts war verschwunden, statt dessen artikulierte sich unter dem Banner der »amerikanischen Familie« Gedankengut der reaktionärsten Sorte. Ebenso wie beim Blues war die alte Hörergemeinde im wahrsten Sinne des Wortes ausgestorben, und das neue, folkorientierte Publikum hatte ein eher museales Interesse an der Herkunft der Musik, als daß es sich auf einen lebendigen Austausch mit den Musikern eingelassen hätte. In Nashville wurde zwar mehr Geld gescheffelt als je zuvor, doch die Musik, der die Music Row ihren Aufstieg verdankte, war in jeder Hinsicht tot. Ebenso wie der Blues eine Metamorphose zum Soul durchmachte, hatte auch Country sich zu etwas anderem gewandelt – Country Music war es jedenfalls nicht mehr.

Ich weiß mittlerweile, daß meine Erleuchtung während jenes Hank Williams Jr.-Konzertes einen unangebrachten Symbolcharakter hatte. Williams hat sich zu einer großmäuligen Karikatur gewandelt; seine Musik ist ebenso wie die von vielen seiner Kollegen reiner Rock. Es ist zwar nichts dagegen einzuwenden, wenn sich Dinge weiterentwickeln, aber es ist doch schon ziemlich seltsam, wenn man hingeht und das Resultat einer solchen Entwicklung als ihren Ursprung ausgibt. Insofern hege ich einen gewissen Zynismus für das in letzter Zeit zu beobachtende »Revival« der Country Music, da ein Gutteil der Leute, die sich voller Begeisterung dieser Welle anschließen, nicht die geringste Ahnung von ihrer Geschichte und ihrer Bedeutung zu haben scheint.

Zum einen gibt es da Garth Brooks-Fans, die sich von dessen rockiger Seite angesprochen fühlen oder die ihn mögen, weil er gut aussieht. Das neu erwachte Interesse an Johnny Cash geht da schon tiefer. An ihm habe auch ich nicht das Geringste auszusetzen. Cash genießt seinen Heldenstatus in der amerikanischen Musikgeschichte mit vollem Recht, doch stellt er quasi eine eigene Liga dar. Der Country Mainstream hatte schon immer seine Schwierigkeiten mit ihm, weil sich seine Musik stets den Nashville-Klischees entzog. Seine minimalistische Begleitband paßte ebensowenig in die gängigen Schemata wie sein Repertoire, das sich bewußt den genretypischen Anforderungen verschloß. Er war der erste, der Bob Dylan und Konsorten zu schätzen wußte, und hatte bereits eine Schallplatte mit Liedern des linksgerichteten Songschreibers Peter La Farge aufgenommen, eines Indianers, der zu der Clique um Dylan in dessen frühen New Yorker Jahren gehört hatte.

Andere wiederum verweisen auf Frauen wie k.d. Lang und Michelle Shocked. Letztere ist eindeutig ein Folkie, eine Sängerin, die auf dem Kerrville Folk Festival entdeckt wurde, für eine linksradikale Politik eintrat und dann, als der kommerzielle Erfolg sich abzuzeichnen schien, eine Hundertachtziggradwendung in Richtung Nashville vollführte. Was k.d. Lang betrifft, so scheint der Einfluß ihres Idols Patsy Cline ihre Vorliebe für Pop mittlerweile zu stärken. Patsy Cline ist eine weitere schillernde Persönlichkeit in der Country Music. Ihre Platten galten lediglich deswegen als Country, weil sie in Nashville aufgenommen worden waren, hatten aber ansonsten mit Country Music kaum etwas zu tun. Es ist darüber hinaus recht aufschlußreich, daß k.d. Lang ihre Metamorphose zum Crooner erst dann vollzog, als Nashville sie wegen ihres provozierenden politischen Engagements und ihres offensiven Lesbentums abgesägt hatte. (Man kann als Lesbe in Nashville durchaus klarkommen, doch muß man dies hinter einem sexy Image verbergen, das die Männer anspricht.)

Dann gibt es eine Vielzahl von Musikern, die sich angesichts der zunehmenden Komplexität und Selbstreflexivität des Alternative Rock wieder auf die Einfachheit zurückbesinnen. Bands wie Uncle Tupelo und Cordelia's Dad orientieren sich

an Vorbildern wie Townes van Zandt (bei dem es sich allerdings eher um einen Beatnik-Poeten mit Gitarre handelt) und graben in der musikalischen Vergangenheit Amerikas herum. Sie kommen auf diese Weise zu durchaus faszinierenden Ergebnissen. Doch handelt es sich dabei um Alternative Rock, nicht um Country.

Daneben wird als Indiz für ein angebliches Country Revival häufig auf die ständig wachsende Szene in Europa verwiesen. Besonders Deutschland stellte in der Vergangenheit einen relativ großen Absatzmarkt für Country Music dar. Künstler wie Lynn Anderson und Willie Nelson hatten eine Reihe von Hits mit deutschen (Lautschrift-)Versionen ihrer Songs, Johnny Cash hat hier jede Menge Tourneen absolviert, und außerdem gibt es besonders unter der arbeitenden Bevölkerung einen recht bizarren Hang zur Country Music, der sich unter anderem darin äußert, daß man in Cowboy-Aufmachung (einschließlich Platzpatronen-Revolver) zu Konzerten von so grausigen Bands wie Truckstop aufläuft und »die Sau rausläßt«. Die ins Deutsche übertragenen Versionen von Nashville-Klassikern erinnern denn auch eher an Volksmusik im Cowboy Look. In letzter Zeit sind besonders in Berlin einige Bands dazu übergegangen, diese Marotte auf die Spitze zu treiben – einer meiner Freunde hat dafür den Ausdruck »Karneval Country« geprägt. Als Beispiel sollen hier nur Even Cowgirls Get The Blues erwähnt werden, eine bis auf einen Jungen All-Girl-Band, die zu ihren Konzerten übertriebene Westernklamotten tragen undmit Platzpatronen in der Gegend herumballern.

Zugegeben, nicht alles ist so fürchterlich. Einige Musiker und Bands sind – vor allem in Deutschland – im Verlauf der Post-Punk-Ära auf Country gestoßen. Für die meisten ist Hank Williams (Senior!) die Schlüsselfigur gewesen. Ähnlich wie ihre amerikanischen Brüder und Schwestern im Geiste schätzen sie die Direktheit und Einfachheit der Musik, doch fehlen ihnen der Überblick und die Möglichkeit einer Einordnung der Gattung in ihren Kontext. Manche decken sich mit Reissues klassischer Country-Aufnahmen ein, die der besessene Sammler Richard Weize in akribischer Kleinarbeit zusammenstellt und auf seinem in Hambergen ansässigen Bear Family Label herausgibt, während andere vom Country nicht mehr loskommen, seit sie im Urlaub Städte wie Austin und Nashville besucht haben. Sie bedienen sich allerdings mit der gleichen Selbstverständlichkeit aus dem Fundus Country-beeinflußter amerikanischer Bands (Green On Red, Giant Sand) oder lehnen sich an die davon völlig unabhängige Memphis-Szene um die Cramps und Tav Falco an, die einen Punk-beeinflußten Rockabilly spielen und in Europa wesentlich populärer sind als in den Staaten. Das Resultat ist eine seltsame Mixtur, die noch seltsamer wird dadurch, daß die Musiker sich in ihren Texten des Englischen bedienen, wobei nur zu häufig deutlich wird, daß das nicht ihre Muttersprache ist.

All diese Künstler und Bands sind auf der Suche nach der Seele der Country Music, doch hat die sich, wie bei allen Toten, längst davongemacht und weilt nun in schöneren Gefilden. Ihre Geschichte ist hier aufgeschrieben, mit Einleitung, Mittelteil und Schluß. Country Music weilte unter uns, bescherte uns gute und schlechte Zeiten, und was von ihr bleibt, erscheint wie ein Fotoalbum aus einer weit zurückliegenden Zeit. Es existiert in den USA derzeit ein starkes Verlangen, das Rad der Zeit zurückzudrehen, weil früher alles einfacher zu sein schien. Kein Wunder also, wenn die Leute ihre Hoffnungen auf ein Kunstprodukt wenden, das sich in früheren Zeiten des Wandels als effektiv erwiesen und den vom Umbruch betroffenen Generationen Trost und Hoffnung gespendet hat. Doch ist der Moment, wo eine Umkehr möglich gewesen wäre (wenn er denn je existiert hat), lange verstrichen. Die Präsidentschaftskampagne von Ross Perot, die Bombenanschläge und Attentate auf Abtreibungskliniken und deren Personal, die Versuche rechtsgerichteter Protestanten, eine Medienzensur einzuführen und die Kontrolle über die Republikanische Partei zu gewinnen, sind Ausdruck einer Stimmung, die für eine Vielzahl von Amerikanern die Zukunft verdüstert. Diese Zukunft wird mit einiger Sicherheit eine populäre Musik hervorbringen, die Informationen transportiert, um ihre Konsumenten einzulullen. Sie wird eine Antwort auf die Rap Music sein, wo Informationen dazu dienen, den Hörer wachzurütteln. Doch dafür das Grab der Country Music zu plündern, ist illegitim.

Der Autor möchte an dieser Stelle Wolfgang Doebeling, Uwe Efferz, Nikki Zeuner, Don Gibson und »Carnival country« für ihre Unterstützung danken.

Ed Ward schrieb für den amerikanischen »Rolling Stone« und organisierte das South-By-South-Festival in Austin/Texas, ehe es ihn nach Berlin verschlug

Konkret 12/95, S. 53

Klaus Bittermann

Between Friends

Von Ausgewogenheit keine Spur: Der Briefwechsel zwischen Hannah Arendt und Mary McCarthy

Angesichts der tantenhaften Betulichkeit von Redakteuren, denen Ausgewogenheit zum Leitfaden ihrer Mittelmäßigkeit geworden ist und denen jede harsche Kritik, auf der nicht dick »Satire« oder »Polemik« steht, und jedes ungerechte Urteil säuerlich aufstoßen, angesichts solch sensibler, harten Worten abholder, vom »Ton« pikierter, ja angewiderter Redakteure bedeutet es nicht nur eine angenehme Abwechslung, sondern es bereitet auch große Freude, im Briefwechsel zwischen Hannah Arendt und Mary McCarthy zu schmökern. Darin nämlich geht es mitunter sehr gemein und boshaft zu, von Ausgewogenheit keine Spur, und immer nach dem schönen Prinzip,warum sachlich, wenn es auch persönlich geht.

Margaret Mead: »ein Monster«; Truman Capote: »sehr unerfreulich, eitel und vulgär«; Rolf Hochhuth: »obwohl so ›aufrichtig und verbissen‹, leider nicht sehr intelligent. Ganz zu schweigen von begabt«; die Franzosen: »beeindrucken einen als hysterisch und chauvinistisch; schon bei der leisesten Kritik an einem Apfel auf dem Markt schlagen sie einem la France um die Ohren«; *Die Blechtrommel:* »Ich kenne das Grass-Buch, habe es aber nie fertiglesen können ... meist aus zweiter Hand, nicht originär.« » ... eine künstliche tour de force – als ob (Grass) alles an moderner Literatur gelesen und dann beschlossen hätte, sich einiges auszuleihen und etwas Eigenes zu machen.« Solschenizyn: »Ich glaube, mich stört die Sentimentalität, die Du en passant erwähnst, mehr als Dich und ebenso dieser panslawistische, mit blindem religiösen Eifer gekoppelte Chauvinismus.«

Sartre/Beauvoir: »Lesen als eine Art Schlafmittel seit Wochen in Beauvoirs *La force de choses*. Das ist eines der komischsten Bücher, die ich seit Jahren gelesen habe. Unglaublich, daß es niemand zerrissen hat. So wenig ich Sartre mag – er scheint für alle seine Sünden dadurch gestraft zu werden, daß ihm diese Art von Kreuz auferlegt ist.« Egal, ob einem solche Invektiven gefallen oder nicht, sie sind originell, lebendig und witzig, und genau aus diesem Grund würden sie als erstes dem redaktionellen Rotstift zum Opfer fallen, weshalb wiederum das Feuilleton auch so öde und langweilig ist, daß man sein Verschwinden nicht bedauern und irgendwann gar nicht mehr bemerken wird.

Inzwischen sind Hannah Arendt und Mary McCarthy sakrosankte Persönlichkeiten. Sie sind tot, und niemand würde ihnen heute noch die zweifellos gehässigen Sticheleien und beleidigenden Anmerkungen, die ja nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, krumm nehmen. Ganz im Gegenteil, denn von posthum veröffentlichten Briefen erwartet sich der Leser in erster Linie die Befriedigung seines Klatschbedürfnisses, welches durchaus legitim ist, vor allem, wenn die Protagonisten im intellektuellen Leben der Nachkriegszeit eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben und das Personenregister sich wie der repräsentative Querschnitt des »Who is who« der Literatur liest. Was für einen Grund sollte es auch sonst geben, ein Buch zu lesen, das nicht im Hinblick auf eine spätere Veröffentlichung geschrieben wurde, als den intimen Gesprächen über Liebe, Ehe, kleine Intrigen, Zankereien auf Partys, Feinde und Freunde, Land und Leute zu lauschen?

Kein anderer Grund ist auch nötig, um die leicht vor sich hin parlierende Mary McCarthy zu genießen, die oft »aus rein egoistischen Gründen« schreibt, »weil mein Herz übervoll ist und ich reden möchte«. Dennoch gibt es noch weitere gute Gründe: die von den politischen Ereignissen diktierten Diskussionen, die Hannah Arendt und Mary McCarthy zwischen 1949 und 1975 fast ununterbrochen führten, angefangen von der Ära des Kalten Krieges und der Kommunistenverfolgung bis hin zu Vietnam, Watergate und der politischen Protestbewegung. Man erfährt über ein Zusammentreffen Mary McCarthys mit Varian Fry, »einem absoluten Irren«, der als Mitglied des International Rescue and Relief Committee in Marseille vielen Intellektuellen und Künstlern zur Flucht in die Staaten verholfen hat: »Er ereiferte sich über die Notwendigkeit, ›unsere Gesellschaft vor gefährlichen Elementen zu schützen‹, und schlug vor, der Kongreß solle den ›New Yorker‹ überprüfen. Die Ironie ist, daß er selbst neun Monate lang überprüft worden war«, obwohl er Briefe und Unbedenklichkeitsbescheinigungen von bekannten Antikommunisten vorweisen konnte, so daß ihm »bloß noch ein Brief von Hitler persönlich« fehlte, wie Mary McCarthy spöttelte. Oder im Rückblick auf das Jahr 1970, als Mary McCarthy aus Paris schreibt und in einem Satz das Elend der Linken zusammenfaßt: »Mit Nathalie (Sarraute) kann ich nicht mehr über Israel sprechen. Sie ist bei diesem Thema vollkommen fanatisch, was verständlich ist in der Atmosphäre hier, zumindest bei den Linken, wo die El Fatah plötzlich viel populärer ist als die armen Vietnamesen.«

Die schreib- und reisefreudige Mary McCarthy schickt ihre Briefe aus Lissabon, London, Rom, Venedig, Florenz, Paris ab, sie verliebt sich in den amerikanischen Botschaftsangestellten James West, läßt sich scheiden und heiratet den Vater von drei Kindern. Zu diesem Zeitpunkt hat sie die Fünfzig bereits überschritten, die Aufregungen, die der Mensch in diesem Alter zu meiden beginnt, scheinen bei ihr erst richtig loszugehen, Arendts familiäre Verhältnisse sind dagegen friedlich und geordnet. Ihre Jugendliebe zu Heidegger und Blumenfeld liegt lange zurück, und von ihrem ersten Ehemann (Günther Anders) hat sie sich schon in Paris getrennt. Bereits kurz nach Ankunft in den Staaten beginnt sie, in verschiedenen Zeitschriften zu publizieren und sich in die öffentlichen Debatten einzuschalten, wodurch sie sich von dem Emigranten unterschied, den sie als Dackel verspottete, »der seinem früheren Leben als Bernhardiner nachtrauert«. Da die sechs Jahre

jüngere Mary McCarthy und Hannah Arendt in den gleichen linksintellektuellen Zirkeln verkehrten und ähnliche Positionen vertraten, lernten sie sich bereits 1945 kennen. Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft.

Carol Brightman hat zuerst mit Hilfe von Mary McCarthy und nach deren Tod in fleißiger Recherche den Briefwechsel hervorragend dokumentiert, längst vergessene Zeitereignisse in Erinnerung gerufen und flüchtige Anspielungen glossiert. Insofern ist an dem Band *Im Vertrauen* nichts auszusetzen bis auf die Tatsache, daß das wichtigste Dokument aus den Mary McCarthy Papers im Vassar College weggelassen wurde. Ein Memorandum mit der Überschrift: »Ad Lionel Abel's Review in PR«. Auf diesen vier engzeilig beschriebenen Seiten antwortet Arendt auf den Angriff auf ihr Eichmann-Buch in der »Partisan Review«, eine Art Argumentationshilfe für Mary McCarthy, die für ihre Freundin in die Bresche sprang. Wenn man weiß, daß Hannah Arendt sich nie öffentlich zu den Vorwürfen gegen *Die Banalität des Bösen* geäußert hat (bis auf einen Brief an Gershom Scholem, der in der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 20.10.63 publiziert wurde) und man das Ausmaß des Skandals kennt, den ihr Buch ausgelöst hat, dann ist es nicht ganz nachzuvollziehen, daß das Memorandum »wegen der Länge und Detailliertheit« in einem immerhin fast 600-Seiten-Buch nicht aufgenommen wurde.

1960 spielt Arendt zum ersten Mal mit dem Gedanken, »eine Zeitschrift dazu zu bringen, mich als Berichterstatterin zum Eichmann-Prozess zu schicken. Bin sehr in Versuchung. Er war einer der Intelligentesten der ganzen Bande.« War er natürlich nicht. Insofern war eine falsche Prämisse Ausgangspunkt der ganzen Affaire, aber schnell erkannte sie, daß Eichmann im Gegensatz zu dem, was die Anklage aus ihm machen wollte, ein »Hanswurst« war, der nichts Diabolisches an sich hatte. Eichmann war weder besonders grausam noch sadistisch, und als Hannah Arendt die Vernehmungsprotokolle las, mußte sie immer wieder lauthals lachen. Die ganze Veranstaltung war »nicht ohne reichlich makabren Humor«, schreibt sie im Mai 1961, und nachdem Eichmann gehängt war, teilt sie Mary McCarthy im Juni 63 mit: »Ein reformierter Rabbiner sprach sich für die Begnadigung aus und kritisierte die israelische Hinrichtung als ›phantasielos‹! Ist das nicht wunderbar? Und auch die anderen Appelle, Israel solle göttliche Höhen erklimmen, waren sehr gegen meinen Geschmack. Der Staatsanwalt (Gideon Hausner) wurde von Kennedy empfangen, der ihm gesagt hat, er hätte ›gute Arbeit‹ geleistet. Selbst wenn das gestimmt hätte, was, weiß Gott, nicht der Fall war, wäre es skandalös, dies so auszudrücken.«

Im gleichen Jahr, als *Die Banalität des Bösen* als Artikelserie im »New Yorker« erscheint, kommt auch der Roman *The Group* von Mary McCarthy heraus, an dem sie elf Jahre gearbeitet hat und dessen erster Auflage von 70.000 Exemplaren weitere fünf Millionen folgen sollten. Der Erfolg »katapultierte McCarthy in das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit«, gleichzeitig geriet sie ins Kreuzfeuer der Kritik, vor allem durch Norman Mailer, der ihr vorwarf, ein »Damenbuch« geschrieben zu haben, das lediglich »dem idealen Roman entspricht, den sich die Herausgeberinnen der Frauenmagazine in ihren heimlichen Ambitionen vorstellen«. Hannah Arendt: »Mailers Besprechung (...) ist so voller persönlicher und dummer Ausfälle (dumm gleich vulgär), daß ich nicht verstehen kann, wie sie sie drucken konnten.« Gemeint waren die Redakteure der »New York Review of Books«, für die auch Mary McCarthy schrieb. Währenddessen wurde der »intellektuelle oder sonstige Mob erfolgreich« gegen Hannah Arendt »mobilisiert«. Mary McCarthy schlug sich zwar mit Hilfe des Memorandums in einer zwölfseitigen Erwiderung auf die Kritik Lionel Abels in der »Partisan Review« für ihre Freundin, ohne jedoch die Kampagne beeinflussen zu können, die vom jüdischen Establishment gegen Arendt und ihr Eichmann-Buch geführt wurde.

Vorgeworfen wurde ihr vor allem – wie Günter Gaus in einem Interview mit Arendt im Oktober 1964 formulierte – »die von Ihnen behandelte Frage, (...) wieweit den Juden ihr passives Erdulden der deutschen Massenmorde angelastet werden müsse«. In diesem damals vom ZDF ausgestrahlten außergewöhnlichen, vor Spannung fast hörbar knisternden biographischen Interview erwiderte Hannah Arendt: »Zuerst einmal darf ich mit aller Freundlichkeit feststellen, daß Sie natürlich auch schon ein Objekt dieser Kampagne geworden sind. Ich habe nirgends in dem Buch dem jüdischen Volke das Nicht-Widerstehen vorgeworfen. Das hat ein anderer Mensch getan, nämlich Herr Hausner von der israelischen Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen Eichmann. Ich habe die von ihm in dieser Richtung ergehenden Fragen an die Zeugen in Jerusalem töricht und grausam genannt.«

Es war dieser Ton, dieser weder besonders freundliche noch höfliche Ton, (durch den sich das Interview von der üblich unverbindlichen Plauderei unterschied), der ihr als Arroganz ausgelegt wurde, weshalb ihr vorgeworfen wurde, ihr ermangele es an Liebe zum jüdischen Volk. Zu dieser Art von Liebe jedoch sei sie »völlig unfähig«. Die Liebe zu den Juden war ihr, da sie selbst jüdisch war, suspekt. »Ich liebe in der Tat nur meine Freunde«, sagte sie, und welche Bedeutung dieser Satz hatte, zeigt ihr Briefwechsel nicht nur mit Mary McCarthy, sondern auch mit Karl Jaspers und Kurt Blumenfeld. Nur selten nämlich ließ sie von einem Freund ab, selbst wenn er sich, wie Heidegger, durch seine tätige Sympathie zu den Nazis gründlich kompromittiert hatte. Umgekehrt war sie durchaus in der Lage, etwas ungerecht gegenüber Personen zu sein, die nicht ihrem Freundeskreis angehörten, wie z.B. Bruno Bettelheim, der Arendt in der Eichmann-Kontroverse mit einem glänzenden Aufsatz verteidigte und dessen analytischer Ansatz von ihrem nicht sehr weit entfernt lag, ohne daß es zu mehr als einer kurzen und eher abfälligen theoretischen Anmerkung Arendts gekommen wäre.

»Ich denke immer noch«, schrieb sie im Februar 1968, » – was andere Menschen betrifft – , trau Deinen Sinnen, aber ich habe allmählich den Verdacht, daß ich es oft übertrieben habe.« Nicht gegenüber Mary McCarthy allerdings, mit der sie so

etwas wie eine verschworene Gemeinschaft verband, die durch nichts zu erschüttern war. Als Mary McCarthy Hannah Arendt zum ersten Mal öffentlich sprechen hörte, dachte sie (wie sie es in der Abschiedsrede auf Arendts Beerdigung formulierte) an das, »was die Bernhardt gewesen sein muß oder Prousts Berma – eine großartige Bühnendiva, und das bedeutet, eine Göttin«. Große Worte, aber es war auch eine große Freundschaft, die man nicht als »leidenschaftlich« hochjubeln muß, wie der Piper-Verlag glaubt, es auf dem Umschlag der deutschen Ausgabe machen zum müssen, sondern die mit amerikanischem Understatement nichts anderes heißt als »ein Stück des Weges gemeinsam gehen«.

Hannah Arendt/Mary McCarthy: *Im Vertrauen. Briefwechsel 1949-1975.* Herausgegeben und mit einer Einführung von Carol Brightman. München 1995, ca. 560 S., 49,80 Mark

Hannah Arendt/Kurt Blumenfeld: *... in keinem Besitz verwurzelt. Die Korrespondenz.* Herausgegeben von Ingeborg Nordmann und Iris Pilling. Hamburg 1995; Hannah Arendt/Karl Jaspers: *Briefwechsel 1926-1969*. Herausgegeben von Lotte Köhler und Hans Saner. München 1985

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 9/95 über Ken Loach

Konkret 12/95, S. 56

Christel Dormagen

Entre amants

»Adieu, arme liebe Muse. Dein Monster«: Flauberts Briefe an Louise Colet

In seinem Brief vom 11./12. Dezember 1847 schreibt er: »Wünschen Sie mir, daß, was mir noch zu leben bleibt, lustiger sein möge als das, was gelebt worden ist.« Das steht auf Seite 297 der fast 1000 Seiten umfassenden deutschen Ausgabe von Flauberts Briefen an Louise Colet. Und längst ist während der Lektüre das Bild eines hypochondrischen, ältlichen, privatisierenden Provinzjunggesellen voller Lebensüberdruß entstanden, der sich sein quengeliges, allzu anhängliches Großstadtliebchen, bis auf die spärlichen sexuellen Anfälle, unbedingt vom Leibe halten will. Nun steht aber vor dem zitierten noch folgender Satz: »Heute vor sechsundzwanzig Jahren, ungefähr zu dieser Stunde, bin ich auf die Welt gekommen.« Es verhält sich nämlich so: Gustave Flaubert ist 1847 ein unbekannter junger Mann, der Schriftsteller werden will und mit der Mutter im elterlichen Haus lebt. Und sie, Louise Colet, ist elf Jahre älter, eine liebes- und lebenserfahrene Metropolenschönheit und eine hochberühmte Schriftstellerin.

150 Jahre später sieht es dann anders aus. Heute ist er der weltbekannte Schriftsteller und sie eine unbedeutendeTages- und Vielschreiberin längst vergangener Moden, die nur deshalb nicht vergessen ist, weil sie nun mal die langjährige Empfängerin bedeutsamer Reflexionen des Begründers des modernen Romans war. Mehr als drei Jahre lang hatte er ihr ausführlich vom mühseligen Fortgang der *Madame Bovary* berichtet, jenes Werks, das seinen Ruhm begründete, und ihr gleichzeitig seine Gedanken über das schriftstellerische Handwerk dargelegt – Gedanken, die inzwischen zum klassischen ästhetischen Bestand der Moderne gehören.

Doch beide Betrachtungsweisen sind unzulänglich. Ein Mann und eine Frau, beide schriftstellerisch tätig, haben sich ineinander verliebt. Sie wohnen nicht zusammen, da sie schon verheiratet ist und er sich ohnehin nie binden würde. Und weil sie im 19. Jahrhundert leben, telefonieren sie nicht, sondern schreiben einander unvorstellbar viele und lange Briefe. Der Mann ist bürgerlicher Herkunft, muß aber nicht arbeiten, sondern lebt vom elterlichen Erbe und kann sich ganz seinen Neigungen, dem Lesen und Schreiben, widmen. Die Frau entstammt südfranzösischem Adel, begeistert sich für dieRomantik, überwirft sich mit der engstirnigen Familie und heiratet kurzentschlossen, um endlich nach Paris ausbrechen zu können, jenem Ort, der ihr zu »gloire«, dem ersehnten Ruhm, verhelfen soll. Sie wird tatsächlich ein Star, und das nicht nur ihrer außergewöhnlichen Schönheit wegen. Viermal gewinnt sie mit ihren gefälligen Versdichtungen den Preis der Académie Franaise (als einzige Frau, der das jemals gelang), sie führt einen literarischen Salon, hat Verhältnisse mit den berühmtesten Männern ihrer Zeit (Musset, Vigny, Flaubert, Champfleury etc). Sie mischt kräftig mit im Kulturbetrieb, inklusive Intrigen und melodramatischer Auftritte. Aber sie nimmt auch sehr unmodisch für Frauen Partei, für die Pariser Commune und den italienischen Freiheitskampf, und sie schreibt sich hektisch durch sämtliche Textgattungen, von Gedichten über Politpamphlete, Kolportageromane und Modeartikel bis zu Reisebüchern. Das muß sie auch, da sie vom Ehemann getrennt lebt und sich und ihre Tochter mit Schreiben ernährt.

Kurzum, als Frau ist Colet im Grunde ein Jahrhundert zu früh geboren und in jeder Hinsicht das Gegenteil von Flaubert. Der sitzt auf dem Land, haßt die Metropole, die Bourgeoisie, Ruhmsucht und Kulturgetümmel, ist der langsamste Wörterfinder der Welt und legt es noch nicht mal aufs Gedrucktwerden an. Außerdem ist er der eigenen Protzerei nach offenbar sexuell ein ziemlicher Wüstling, ein Männermann mit Busenfreunden und Frauentausch, der weiß, daß Weiblichkeit kunstverhindernd wirkt. Ein Mann also, der geschlechtsmäßig gut im 19. Jahrhundert verankert ist. Trotzdem hat er diese Frau wohl, so wie er es vermochte, wirklich geliebt – manchmal scheint es, fast gegen seinen Willen. Sie war für ihn nicht »nur« Brieffreundin wie George Sand, und sie war nicht wie seine anderen, zum Teil bezahlten Verhältnisse nur fürs Bett, auch wenn die beiden viel Zeit darin verbrachten, wenn sie denn mal zusammenkamen. Und das ist auch das Merkwürdige an dieser durchaus leidenschaftlichen Beziehung. In den ersten fünf Monaten ihrer Liebe sehen sie sich viermal, und das jeweils nur für ein paar Stunden. Dann passiert der erste Bruch. Nach drei Jahren nehmen sie das Verhältnis wieder auf und treffen sich regelmäßiger, meist in mehrmonatlichen Abständen. Immer ist sie es, die auf eine Begegnung drängt, und er, der sie auf alle möglichen Weisen hinauszögert.

Nachzulesen ist dieses Hin und Her jetzt also in der soeben bei Haffmans erschienenen Briefausgabe. Allerdings mit einer großen Einschränkung: Vorhanden ist nur das Hin. Flaubert hat, wie Colets Biographin Francine du Plessix Gray vermutet, bis auf drei ihre sämtlichen Briefe in einem Anfall wütender Vergangenheitsvernichtung verbrannt, und Colet hat außer den Originalen von ihm nur zwei ihrer eigenen Briefe in Abschriften aufbewahrt. So stehen 900 Seiten Gustave gegen 10 Seiten Louise. Und das ergibt, wenn man etwas mehr von dieser Liebe begreifen möchte und die Briefe nicht nur als zufällige, aber höchst willkommene Textquelle für wichtige Flaubert-Äußerungen ansieht, ein buchstäblich einseitiges Bild, bei dem die stumme Seite notwendig schlechter wegkommt.

So wüßte man z.B. zu gern, was Colet, die eine scharfe Zunge besaß, auf den Brief vom 13. September 1946 antwortete. Sie kennen sich gerade anderthalb Monate, und er macht ihr zum wiederholten Mal klar, daß sie getrennt zu bleiben haben:

»Schone mich, du machst mich schwindlig mit Deiner Liebe! Wir müssen uns doch wirklich zu der Überzeugung durchringen, daß wir nicht zusammen leben können. Wir müssen uns mit einem seichteren und trüberen Dasein abfinden.« Darauf folgt dann diese bemerkenswerte Szene: »Gestern war meine Mutter, als ich mich auskleidete, bei mir im Zimmer. Sie hatte das Kind (die Enkelin) auf dem Arm. Man bringt mir Deinen Brief. Sie nimmt ihn, betrachtet die Schrift und sagt, halb im Schmerz, wie zu dem Kind, halb im Ernst: ›Ich wüßte doch zu gerne, was da drin ist.‹ Ich habe mit einem ziemlich albernen Lachen geantwortet, das lustig klingen sollte, um ihr den Gedanken an alle ernsthaften Hypothesen auszutreiben.« Denn Flaubert hat während der gesamten Zeit ihrer Beziehung nicht nur eine Begegnung zwischen Mutter und Geliebter, auf die Louise drängte, verhindert – Louise durfte ihn nicht zu Hause besuchen – , die Mutter war auch stets der Vorwand dafür, daß er nicht nach Paris kommen konnte – ihm fehlte ein Alibi für seine Reise. Meist traf man sich heimlich auf halber Strecke zwischen Rouen und Paris in einem Hotel.

Er will ihre Zuneigung, fürchtet aber Störungen und schildert sich als eisernen Depressiven: »Ich habe mir ein Loch gegraben, und da bleibe ich und passe auf, daß immer die gleiche Temperatur darin herrscht.« In seiner Glücksvermeidung schwingt er sich zu Woody Allenschen Höhen auf. Gerade malt er ihr das zweite (!) Treffen aus, und schon sieht er schwarz: »Ach, ich genieße sie im voraus, diese vierundzwanzig Stunden, aber warum muß mir jedes Glück einen Schmerz bringen? Schon denke ich an unsere Trennung, an Deine Trauer.« Und immer hält er ihr vor, daß für sie die Liebe alles sei, während er um der Kunst willen aufs Leben verzichtet. Sie fordert Nähe, Anteilnahme und ewige Schwüre, er beharrt darauf, er habe ihr von Anfang an keine schönen Lügen vorgesäuselt: »Bei der Taufe habe ich das Begräbnis angekündigt. Du möchtest wissen, ob ich Dich liebe. Nun, so sehr ich zu lieben vermag, ja, das heißt, daß die Liebe für mich nicht die Hauptsache im Leben ist, sondern an zweiter Stelle steht. Sie ist ein Bett, wo man sein Herz hineinlegt, um ihm Entspannung zu verschaffen. Nur bleibt man nicht den ganzen Tag im Bett liegen. Du dagegen machst daraus eine Trommel, um dem Schritt der Existenz den Takt zu schlagen.«

Natürlich findet das Nicht-miteinander-Können beiderseits nicht nur auf edlem Tragödienniveau statt; natürlich hat er andere Verhältnisse – unter Freunden brüstet man sich, wie oft man bei wem »abgefeuert« hat: und natürlich wirft sie ihm seine Prostituierten vor, lauert ihm auf und bändelt reichlich woanders an, schon um ihn eifersüchtig zu machen, wozu sie ihm dann die fremden Liebesbriefe schickt. Außerdem mischen sich seine Busenfreude ein, die um die Exklusivität des Männerbundes fürchten, während sie wiederum versucht, Gift in diese Bündnisse zu streuen, worüber er sich seinerseits den Freunden gegenüber erregt: »Weißt Du, daß sie in ihrem vorletzten Brief angedeutet hat (...) Du könntest mich durchaus eines Tages verlassen oder zumindest ›andere Freunde vorziehen‹? (Um Gottes willen, sprich darüber zu niemandem.) Ich war so empört, daß ich mich vom Schreiben abhalten mußte (...) ich habe sie nur lachend wieder auf ihren Platz verwiesen, das ist alles. Aber was sagst Du zu diesem Frauenarsch, der sich zwischen uns setzt?«

All das aber erfährt man aus der Briefausgabe nicht. Sie enthält ein schönes, knappes Vorwort von Julian Barnes, dem Autor von »Flauberts Papagei«, einige Tagebuchauszüge von Colet ohne nähere Erläuterung und ansonsten zu den Briefen nur wenige Anmerkungen, die pingelig und insgesamt kryptisch wirken. So ist man – nicht nur der menschlichen ›Ausgewogenheit‹ halber – unbedingt auf Parallellektüre angewiesen. Dazu empfiehlt sich die erwähnte Colet-Biographie (Francine du Plessix Gray: *Was wir träumen, wenn wir lieben. Das Leben der Louise Colet – Literatin, Feministin, Geliebte Flauberts.* Kindler Verlag, München 1995; siehe Literatur-konkret).

Und noch ein letzter wesentlicher Einwand bleibt. Bei einem Schriftsteller, der unter Füllwörtern, Wiederholungen, Relativsatzmonstern und falschen Kommas litt, der Tage an einem einzigen Satz feilte, Wochen brauchte, um 30 Seiten zu korrigieren, Jahre an einem Buch schrieb, kommt alles auf die Sprache an (»Ich werde, solange man mir nicht mit einem Satz beweist, daß Form vom Inhalt zu trennen ist, immer der Meinung bleiben, daß das zwei sinnlose Worte sind. Es gibt keinen schönen Gedanken ohne schöne Form und umgekehrt«). Und damit auch auf die Übersetzung. Und die läßt leider zu wünschen übrig. Die Übersetzerin findet keinen Ton (»Du drehst durch«, »Du machst mich fertig«), ist ungelenk bis zur Entstellung hin.

Der zweite Bruch zwischen den beiden Liebenden war übrigens bitter und endgültig. Er soll später gesagt haben, bei ihrem letzten heftigen Treffen habe er sie umbringen mögen. Sie sah ihn später noch mal in der Öffentlichkeit und war entsetzt, wie häßlich er geworden war. Er starb 1880 und überlebte sie nur um vier Jahre.

Gustave Flaubert. *Die Briefe an Louise Colet.* Mit allen erhaltenen Briefen und Tagebuchnotizen an Gustave Flaubert und einem Vorwort von Julian Barnes. Aus dem Französischen von Cornelia Hastings. Haffmans Verlag, Zürich 1995, ca. 544 S., ca. 68 Mark

Christel Dormagen schrieb in KONKRET 10/95 über Judith Butler

Konkret 12/95, S. 58

Michael Ringel

Defilee der Arschgesichter

Warum ein Boxkampf plötzlich so viele öffentliche Existenzen mobilisiert hat

Deutschland sagt Danke. Der Dank gilt dem Boxpromoter Wilfried Sauerland, dem Kommerzsender RTL sowie den beiden Halbschwergewichtsboxern Henry Maske und Graciano Rocchigiani für ein einzigartiges Ereignis. »München erlebte einen gesellschaftlichen Höhepunkt«, jubelte zu Recht der vollkommen enthusiasmierte »Stern«-Reporter Gerhard Waldherr, ohne auch nur zu ahnen, wie knapp er diesmal an der Wahrheit vorbeigeschrammt war. Denn am 14.Oktober 1995 versammelte sich in der Münchner Olympiahalle eine kaum mehr zu überbietende Corona von Arschgesichtern, die bereits heute als der einzig wahre Spiegel der bundesdeutschen Gesellschaft gelten darf. Bei keinem Anlaß zuvor – egal ob Fernsehshow oder Preisverleihung – war es gelungen, eine solche Ansammlung luziferischer Gestalten aufzubieten. An diesem Abend waren die fähigsten Sport-, Show- und Halbweltkräfte ausgesandt worden, sich selbst und ein heftig nach Repräsentation gierendes Deutschland zu repräsentieren. Wenn auch mit Roberto Blanco leider ein eigentlich notwendiger Hauptakteur fehlte, waren ansonsten alle großen Hinrenner da, und deshalb sollen sie hier in tutto zur Überlieferung an die Nachwelt, wider das Vergessen, aufgelistet sein.

In zwei Gruppen teilte sich die deutsche Elite nach der Siegerehrung: Die »Super-Promis« (»Bild«) verbarrikadierten sich in einem etwa 40 Personen fassenden VIP-Container. Unumstrittene Anführerin dort war das »in Pink« (»Welt«) trotz Schwangerschaft (»4. Monat« – »Bild«) herbeigeeilte niederrheinische Fernsehwiesel Margarethe Schreinemakers, die ihren Freund Maske nach dem Kampf nur noch mit einem »innigen, tiefen Blick« (»Welt«) beglücken konnte. In ihrem Gefolge erschienen nebst Managern, Bodyguards und anderen Parasiten: »im schwarzen hautengen Body« (»Bild«) Barbara Becker mit Boris, »in Leder« (»Welt«) Jessica Stich mit Michael, die sympathischen Kerpener Corinna und Michael Schumacher sowie Gottschalk mit Gattin Thea.

Die anderen »Mittel-Promis« (»Welt«) mußten – 250 DM kostete die Eintrittskarte – in die für 1500 Personen hergerichtete kleine Olympiahalle ausweichen, wo Ex-Wirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann in seiner Funktion als gesundheitspolitischer Sprecher der FDP die quasi halbamtliche Oberaufsicht innehatte.

Aus der Musikbranche abgestellt waren die Schlagersänger Professor Udo Jürgens (mit Sohn Johnny), »Warzen«-Peter Maffay, Ricky (»Mama Blue«) Shayne, Heino und Hannelore von Auersperg sowie der Tucholsky-Preisträger Konstantin Wecker, den der Kummer um sein unvollendetes »König Ludwig«-Musical offenbar noch käsiger, breiter, irgendwie fettiger hat werden lassen.

Die Literatur vertrat wie immer souverän der sich ansonsten mit einem Stuhl,einem Tisch, einem Bett und *einem* Gedanken begnügende Dichter Wolf Wondratschek.

Als weltbekannte Schauspieler traten an: Cleo Kretschmar (»Peppermint Frieden«), Heiner Lauterbach (»Faust«) und Siegmar Solbach (»Dr.Stefan Frank – der Arzt, dem die Frauen vertrauen«), die allesamt auffällig oft die Nähe des Filmproduzenten Bernd Eichinger suchten, der sich aber ganz auf seine Begleiterin Katja Flint konzentrierte.

Ausgeliehen von diversen Fernsehanstalten waren die Gesichter Wigald Boning (»RTL-Samstag Nacht«), Reinhold Beckmann (»ran«) mit Gattin Kerstin sowie die Quizverbrecher Jörg Draeger (»Geh aufs Ganze«) und Werner Schulze-Erdel (»Familienduell«).

Als Sportler traten auf: Skidepp Markus Wasmeier, Brinkhoffs-Bierkutschenfahrer Jochen Maas, Franziska van Almsicks Boyfriend, Steffen Zesner, der volksdeutsche Tennistrainer Niki Pilic mit Spieler Charly Steeb, die Ex-Fußballer Paul (»Mao«) Breitner und Rolf (»Rüssel«) Rüssmann, der verletzte Bayernkapitän Lothar (»Schallplatte«) Matthäus, die Bayernspieler Thomas Strunz, Mehmet Scholl und Christian Ziege, der Gladbacher Michael Sternkopf, der demi-monde-vertraute Stuttgarter Axel Kruse sowie der sich vor jede Kamera und jedes Mikrofon drängelnde Boxzwerg Rene Weller.

Durch die »Prominenten-Hochburg« (»Welt«) wanderten außerdem: Die Nationallesben Hella von Sinnen und Cornelia Scheel, Schneidermeister Rudolph Moshammer in Begleitung, leider nicht von Roberto Blanco (fehlte), sondern von Monika Sachs, der Berufsösterreicher Werner Schneyder und der inzwischen endgültig ins Lallstadium verfallene Focus-Chefredakteur Helmut Markwort.

Zu guter Letzt als Vertreter der Halb-welt angereist waren: Der unvermeidliche Ebby Thust als »Hahn im Korb« (»Stern«), die »Kiezgröße« (»Stern«) Negerkalle Schwensen und der auf »Hafturlaub entlassene« (»Bild«) Teilzeitzuhälter Ringo Klemm.

»Noch nie brachten zwei Boxer in Deutschland so viele Prominente auf die Beine«, resümierte »Bild am Sonntag«. Alles in allem also ein gelungener Abend, wenn da nicht eine entscheidende Frage offen geblieben wäre: Warum hat ausgerechnet ein Boxkampf plötzlich so viele öffentliche Existenzen mobilisiert?

Drei mögliche Antworten bieten sich an: Erstens könnte die von den halbweltberühmten Deutschen neu entdeckte Boxwelle durch das archaische Ritual zweier annähernd nackt kämpfender Männer angestoßen worden sein, wo – anders als in der von ihnen sonst geprägten Langeweile der Fernsehwelt – noch echtes Blut über die Ringseile hinwegschwappt und den Zuschauern vor die Schuhe sprötzt.

Oder zweitens könnten die prominenten Boxkampfbesucher neuerdings ein wirkliches Interesse am Boxen gewonnenhaben und zum Beispiel den Unterschiedzwischen dem »Strategen« Sir Henry und dem »Schläger« Grace (wie ihn seine Freunde nennen) hautnah am Ring mitansehen wollen.

Oder drittens hätte der Veranstalter die amerikanische Sportwelt kopieren wollen, wo möglichst viele »public faces« am Ring versammelt werden, um der Veranstaltung durch die anwesenden Stars noch mehr Glanz zu geben – auch wenn im Vergleich zu den in Las Vegas am Ring sitzenden Hollywood-Figuren die deutschen Gesichter allenfalls provinzielle Randerscheinungen sind, damit aber zum Zentrum eines »fremdbestimmten Ereignisses« wurden, das »uns alle ziemlich nachdenklich stimmen sollte«, wie die Chefanalystin der »Frankfurter Rundschau« Bianka Schreiber-Rietig ziemlich nachdenklich schreiberte.

Nichts davon trifft zu!

Der Grund für das Münchner Spektakel ergibt sich allein aus der Anatomie des Gesellschaftstieres: Nie hat einer der »Promis« je einen vernünftigen Gedanken, geschweige denn eine eigene Idee gehabt. Da der Kopf für seine eigentliche Aufgabe nicht mehr benötigt wird, tritt das bloße Gesicht in den Vordergrund. Um die Vorderlastigkeit auszugleichen, bildet sich hinter dem Gesicht ein riesiger Arsch aus. Das Gesellschaftstier wird zur halbtoten Gestalt des Arschgesichts, das, um zu überleben, die Nähe ähnlicher Existenzen suchen muß. An diesem Abend war man also zusammengekommen, um sich – angesichts zweier beinahe auf Leben und Tod Kämpfender – zu vergewissern, daß die eigene halbtote Lebensform überhaupt noch existiert. Und dazu brauchte es die öffentliche Wirklichkeit, das Fernsehen und die ablichtende Boulevardpresse, die den Skandal »Gesellschaft« produzieren und die Möglich-keit bieten, zu jedem Zeitpunkt als Schwenkfutter für Kameras herzuhalten: Vor Mikrofonen Unfug brabbeln, ohne gefragt zu sein; die Nasen an Objektive drücken, um die ganze schreiende Dummheit in die Welt hinauszutrompeten – dies ist die existenzsichernde Legitimation der sogenannten Gesellschaft. Denn wer nicht im Fernsehbild oder auf dem Photo erscheint, lebt nicht mehr, ist sofort tot und schnell vergessen. So wie Roberto Blanco, der wahrscheinlich schon längst in seiner Münchner Vorortvilla vor sich hinschimmelt. Sicherlich wäre er sonst ebenfalls aufgetaucht, um an diesem nationalen Defilee der Arschgesichter teilzunehmen.

Vor kurzem kam von Sportmedizinern der Vorschlag, einen jährlichen Gehirn-TÜV für Boxer einzuführen, um Gehirnschäden möglichst frühzeitig erkennen und abwenden zu können. Eine offenbar zeitweise vorgesehene Ausweitung der jährlichen Untersuchungen auf die prominenten Ringbesucher ist allerdings nicht vonnöten. In den Logen am Ring kann niemand Schaden nehmen: Ein Gehirn ist nicht vorhanden.

Michael Ringel ist Redakteur der Wochenzeitung »Freitag« in Berlin

Konkret 12/95, S. 59

Gerhard Henschel

Freunde fürs Leben

Tuttifrutti! Schickimicki!
Form und Inhalt! Fickificki!
Doppelkinn und Backentaschen
Blähen sich vor Lebenslust.
Zwei zum Knutschen und Vernaschen.
Siegelringe, Siegerblicke,
Hälse wie zwei Galgenstricke:
Winfried S. und Ebby Thust.

Blutkreis läuft auf vollen Touren.
Äußerst formschöne Frisuren,
Faust bereit zum Nasenstüber,
Haare voller Schmalz und Schmand.
Schweinsäuglein und Schnäuzer über
Schicken Schlipsen und Gebissen.
Dicke Lippen. Soll man küssen!
Solche Männer braucht das Land.

Beim Geschmeiß in Samt und Seide
Bildet sich die Kraft durch Freude.
Muskelspiel und Samenstränge
Sind sein Pfand und täglich Brot.
Ach, in diesem Glücksgepränge
Sieht man niemals keine Not nicht.
Denn man sieht nur die im Rotlicht;
Die im Dunkeln sind schon tot.

Konkret 12/95, S. 60

Ralf Blendowske

Marxismus undercover

Über Georg Bollenbecks Autopsie eines Deutungsmusters

Bildung und Kultur sind akademische Pflegefälle. Hin und wieder flackern sie noch einmal als Irrlichter auf. Etwa in der Kultur- und Wertekritik linker und rechter Provenienz, die die Moderne nur noch ver-, aber nicht mehr beurteilen kann. Oder im Gefolge der 68er, als Herders Bildungsbegriff der zweckfreien Selbsttätigkeit im Verein mit H. Marcuse reanimiert und mit dem Marxschen Entfremdungsgedanken verwechselt wurde. Auch die Kulturnation durfte noch einmal Anfang der 80er von G. Grass am Krückstock ausgeführt werden. Ansonsten ist das Thema zwar zählebig, aber erledigt.

Daß gleichwohl die sprachlichen Spuren »Bildung« und »Kultur« einen Schlüssel zum Verständnis des deutschen Sonderwegs – Abteilung Semantik – darstellen, der etwa in der Antithese von Zivilisation und Kultur gipfelte, hat Georg Bollenbeck spannend nachgewiesen. Während viele etablierte Gesellschaftswissenschaftler ihre Andacht vorm marxistischen Schrein verrichten und ihm den Rücken zukehren, sobald sie sich ihrem Fach zuwenden, hat Bollenbeck eine materialistische Verwendungsgeschichte des Deutungsmusters »Bildung und Kultur« vorgelegt. Sie bewegt sich unterhalb der Ebene großer Integrationsideologien wie Nationalismus oder Liberalismus und oberhalb der Benennung partikularer Ideologeme oder einer bloßen lexikalischen Wortgeschichte. Diese Zwischenposition ist doppelt bestimmt. Zunächst vom historischen Gegenstand: der deutschen Entwicklung der Gemengelage von Feudalsystem und Kapitalismus. Dann von der Methode, die als Notbehelf gedachte Metapher von »Basis und Überbau« anhand des wirkungsmächtigen Deutungsmusters sozialgeschichtlich zu konkretisieren. Wörter werden zu Begriffen im semantischen Sinn, wenn sie ihre bloße Namens- und Bezeichnungsfunktion überschreiten, wenn ihnen ein kommunikatives Eigengewicht zukommt und sie variabel für verschiedene Sinnbezüge werden. Nation, Fortschritt, Freiheit oder Menschheit sind beispielsweise moderne Begriffe aus der internationalen Schlagwortschmiede der Aufklärung. Typisch deutsch – und daher kaum übersetzbar – ist dagegen das Begriffspaar »Bildung« und »Kultur« geworden. Als Deutungsmuster erschließt es sich aus seinen Funktionen. Es drückt erstens gesellschaftliche Beziehungen aus und organisiert sie, zweitens befestigt es die soziale Identität seiner Trägerschicht, des Bildungsbürgertums, und drittens regelt es gesellschaftliche Bewußtseins- und Wissensbestände.

Entlang dieser Momente untersucht Bollenbeck die Entstehung, die Kontinuität und den Wandel eines kollektiven Wirklichkeitsbewußtseins vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Nationalsozialismus. Weil er seine Analyse nicht entlang einer semantischen Logik, sondern entlang der historischen Entwicklung entfaltet und somit in den gesellschaftlichen Verhältnissen verankert bleibt, verfällt er dabei nicht der idealistischen Überhöhung von Sprache. Nicht die spracheigene Strukturierung, sondern der Zusammenhang von historischer Konstellation und begrifflicher Repräsentation steht im Mittelpunkt.

In Deutschland steigt das Deutungsmuster in dem Moment auf, wo die Aufklärungsphilosophie den Ansprüchen der Vernunft nicht mehr genügt und die Ideale der Französischen Revolution uneingelöst bleiben. Es wird wirksam, weil die komplexen Konzepte der idealistischen Systeme abgeschliffen und trivialisiert werden, und notwendig, um in einer entstehenden Öffentlichkeit geschichtliche Verbesserungserfahrungen kommentieren und reflektieren zu können. Erfolg hat es, weil es während der Napoleonischen Herrschaft, dem Zeitalter der großen Reformen, durch den Wandel der Universitäten und Gymnasien institutionalisiert wird. Und typisch deutsch wird es im Neuhumanismus imprägniert: Die Felder des Praktischen und der Ökonomie werden abgewertet, und die zweckfreie Selbsttätigkeit und die individuelle Bildung des autonomen Individuums rücken ins Zentrum.

Dies entspricht einer Intelligenz, die sich bis heute mehr aus dem Pfarrhaus denn aus dem Handelskontor rekrutiert. Erst den Menschen und dann die Verhältnisse verändern zu wollen, wird die Maxime, die durchgängig die (ästhetischen) Bildungs- und Erziehungskonzepte speist. Sie entspringt weniger der moralischen Empörung über den Terror der französischen Revolution (zu dessen Grundlage sie möglicherweise gehört) als der faktischen politischen Machtlosigkeit des entstehenden Bildungsbürgertums. Nichtsdestoweniger ist der Beginn des 19. Jahrhunderts die Glanzzeit des Deutungsmusters.

Mit der Reichsgründung von oben beschleunigt sich die Industrialisierung, und die Regulierung des Kapitalismus beginnt. Gleichzeitig verliert das Deutungsmuster sein emanzipatives Potential und wird angesichts der Erfolge von »Blut und Eisen« militarisiert. Seine Funktionen verfallen: Die verstärkte Binnengliederung der Gesellschaft zerreißt diese symbolische Vergesellschaftung, die explosionsartig erweiterten Wissensbestände können nicht mehr eingebunden werden, und die bis dahin eher einheitliche Elite wird durch den Aufstieg des Besitzbürgertums sozial differenziert.

So wird das Deutungsmuster zum semantischen Gefängnis seiner Trägerschicht, weil die gesellschaftlichen Probleme vor der Folie der Kulturkritik zunehmend vergeistigt werden und damit ein Wirklichkeitsverlust einsetzt. Der treibt das Bildungsbürgertum zu Bündnissen mit vorindustriellen Eliten und zu einem regressiven Antikapitalismus, der etwa in Langbehns modernem Antisemitismus seinen Ausdruck findet. Aber noch 1910 zeigt sich die Wirkungsmacht des

Deutungsmusters. In der Debatte über das Dreiklassenwahlrecht wird mit Bezug auf Schiller und Winckelmann darüber diskutiert, ob die Stimme eines Bordellbesitzers mehr Gewicht haben soll als die eines Superintendenten. Von Liebknecht bis zum Konservativen von Richthofen erkennen alle Geltung und Wert des Deutungsmusters an, streiten sich jedoch über Bewertung und Zuordnung.

Profitierte das Bildungsbürgertum während der großen Depression (1873 ff.) bei festem staatlichen Einkommen von der Deflation, wird es während der Inflation von 1923 materiell geschwächt. Damit geht es mit dem Deutungsmuster und seiner Trägerschicht weiter bergab. Dies analysieren vor allem Rechte: Freyer, C. Schmitt und Plessner. Der Diagnose folgt die faschistische Therapie, an deren Schluß das unrühmliche Ende des (semantischen) Sonderwegs steht – und das Ableben des Patienten. Die Nazis bedienten das Bildungsbürgertum bis zur Machtübergabe mit dessen Semantik. Später, mit der 1936er Auflage, nimmt *Mein Kampf* die Abwertung von »Zivilisation« zurück.

Das Ende des Deutungsmusters ist mit den Ergebnissen der »reaktionären Modernisierung« der Nazis verknüpft. Sie bedeutet sozialgeschichtlich – abseits von Terror und Judenvernichtung – eine konsumistische Massenkultur, soziale Aufstiegsmöglichkeiten, mediale Zerstreuung und die Entmachtung traditioneller Eliten. In der fordistischen Nachkriegsgesellschaft sinkt das Deutungsmuster zu völliger Bedeutungslosigkeit herab.

Bollenbecks Buch ist orthodox marxistisch, sofern man das Kriterium von Lukács, die materialistische Methode, zugrunde legt. Eine entsprechende Terminologie wird jedoch auffällig vermieden. Dies mag neben dem essayistischen Stil und dem fundierten Quellenapparat das positive Echo erklären, welches das Buch im etablierten Feuilleton hervorrief. Dort wird das Ende des Deutungsmusters bestritten. Dies liegt nicht nur am rückwärtsgewandten Blick, sondern vor allem an dem Bedürfnis nach einem »wärmenden« Deutungsmuster in Zeiten zunehmender Deregulierung: Die symbolische Vergesellschaftung soll die reale ersetzen – eine Vorstellung also, die den Autopsiebericht bestätigt.

Georg Bollenbeck: *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters.* Insel Verlag, Frankfurt a.M. und Leipzig 1994, 418 Seiten, 68 Mark

Ralf Blendowske schrieb in KONKRET 7/95 über marxistische Krisentheorien

Konkret 12/95, S. 61

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Wie oft werd ich angegangen
Und dies erfüllt mich mit Trauer und Wut
Tomayer, warum trägst du kurze Hosen
Und: Tomayer, warum keinen Hut

Du bist doch jetzt siebenundfünfzig
Und läufst wie ein Knabe umher
Dies ist zwar nicht verboten
Aber verwunderlich doch sehr

Ja, du hattest mal eine Matte
Wie Jimi Hendrix vor seinem Tod
Aber jetzt hast du eine Platte
Meinst du nicht ein Hut täte not

Ein Hut und lange Hosen
Aus dem Modehaus Evrymann
Damit man dich als einen
Von uns erkennen kann

Ein grauer Hut mit braunem Schweißband
Ein langes Beinkleid aus Flanell
Wies Uso ist in Workuta
Und in Dublin und Gröbenzell

Nein, wir wollen dich nicht pressen
In die Outfitdiktatur
Du sollst dich nur bequemen
Zu uns, ein bißchen nur

Schlupf doma rein in die lange Hose
Probier doma auf den Hut
Und du merkst gleich wie gut sie dir stehen
... Ach Trauer, ach, ach Wut

Was für anmaßende Avancen
Was für Erbrochnem gleicher Sermon
Seitens dieser unverschämten
Mehrheitsfraktion

Doch ich bin nicht der Anziehgeherda

Sorry, pardon, tut mir leid
Ich bin eine kämpferische
Einmannminderheit

Und drum blase ich auf die Backen
Und drum schwellen mir Bizeps und Kamm
Und drum scheiß ich dieses Gelichter
Aber sowas von zusamm

Ihr Hunzbuam, leugnet ihr mit Vorsatz
Oder seid ihr nur lediglich blöd
Und habt Ahnung Null was im Uno-
Menschenrechtskatalog steht

Da steht nicht nur das Recht auf Kreuzfahrt
Im Indischen Ozean
Und das Recht auf fröhliche Ostern
Und großzügigen Weihnachtsmann

Und das Recht aufs Brechen der Ehe
Und das Recht auf Versorgungsausgleich
Und das Recht auf zwei goldene Frühstücks-
eier vierminutenweich

Und das Recht auf Lästerung, laute
Und das Recht aufs stille Gebet
Und das Recht aufs frühe Aufstehn
Und das Recht aufs Zubettgehn spät

Und das Menschenrecht auf Abusus
Und das Menschenrecht auf Entzug
Und das Menschenrecht auf die Sitzgruppe
Und den höflichen Betrug

Und das Recht auf Gehorsamsverweigerung
Und das Recht auf Zahlungsbefehl
Und das Menschenrecht auf Vorfahrt
Und blütenweißes Mehl

Und das Recht auf drei Punkte im Heimspiel
Und den Babysteinbutt ganz zart
Und das Recht auf ein Ticket erster Klasse
Im ICE »Himmelfahrt«

Da steht auch ganz dicke drinnen

geschrieben wie mit ehernem Blut

Das Menschnrecht auf kurze Hosen

Und das Menschenrecht auf keinen Hut

(Damit das mal klar ist. Übrigens: Wenn Sie auch kurze Hosen tragen und keinen Hut und deswegen Spießrutenlaufen, schreiben Sie mir noch heute. Und nicht vergessen: Wir sollten uns mehr organisieren!)

Konkret 12/95, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Pastorin Vollmer predigt ihre Vision von Berlin:

Es mag reaktionär klingen: Die Stadt muß wieder großbürgerlich geprägt werden, sie muß weg vom kleinbürgerlichen Mittelmaß und hin zu einer gnadenlosen Qualität. Irgendwo muß ein Zentrum entstehen, das sich auch solche Gedanken macht: Was soll diese Stadt leisten? Wer wirft sich ins Getümmel, wenn sich Extreme von links und rechts hochschaukeln?

Gute Frage. Auch ich möchte wissen, wo eigentlich der Großbourgeois bleibt, der sich ins Getümmel wirft, um eine mittelmäßige Kleinbürgerin, die sich vom extremen Maoismus zur Vizepräsidentin des Bundestags hochgeschaukelt hat, gnadenlos mit dem Qualitätsprädikat zu stempeln: Vorsicht, Spießermutti im Machtrausch.

Wenn Hamburg für einen guten Zweck einmal seine nachgerade weltberühmte Zurückhaltung ablegt und zeigt, welchen Glanz zu entfalten es denn doch nötigenfalls sich hinreißen läßt, hat die Gesellschaftskolumnistin der »Morgenpost« aber vielleicht etwas zu erzählen:

Ganz im Zeichen des Schmetterlings stand auch in diesem Jahr der Ball Papillon im Atlantic Hotel. Zum zwölften Mal hatten Joachim Friedrich

Ist der nicht tot? Krebs?

und seine Deutsche Muskelschwund-Hilfe

Offenbar ein anderer.

zu dem Benefizfest eingeladen, wie schon in den vergangenen Jahren perfekt organisiert von Liselotte Schwarz,

von wem sonst, ich bitte Sie!

Der Ball brachte mehr als 120.000 Mark für die DMSH,

also etwa einen Betrag, für den sie einem (1) Deutschen drei Jahre lang beim Muskelschwund helfen kann,

dazu kamen 30.000 Mark per Sparbuch von Haspa-Vorstand Dr. Karl-Joachim Dreyer,

Ültje-Kerne vom Alster-Kopper.

Außerdem überreichte die Ehefrau von Herbert Darboven (Kaffee-Dynastie) einen Scheck über 39.600 Mark,

womit, legt mans zusammen, fast schon einem weiteren halben Patienten geholfen wäre.

Nur die Schirmherrin des Abends fehlte: Elisabeth Fürstin von Bismarck und Fürst Ferdinand mußten nach Dresden.

Sie hatten dort, wie man hört, und wurden darob von den übrigen Zurückgebliebenen sehr beneidet, die für ein Hamburger Prominentenpaar unüberschätzbare Gelegenheit einer Privataudienz bei Seiner sächsischen Exzellenz Minister Arnold Vaatz. Sie wurden aber glänzend ersetzt:

Ein von der Schirmherrin gemaltes Bild ersteigerten Immobilien-König Dr. Helmut Greve und Ehefrau Hannelore,

von den bekannten Kaltmiete-Greves.

Den Hauptgewinn, einen Polo, gewann Julia Nidree, Freundin von Verleger Hartmut Dräger,

der als Bertelsmann von Hummelsbüttel bereits zu Lebzeiten in mehrere Annalen eingegangen ist.

Für Stimmung sorgten,

Michael Jackson mußte nach Köln zu Gottschalk, Sinatra war gerade indisponiert,

Hartwig Rudolz und das Orchester Rolf Rosemeier. Gesehen wurden: Chanel-Lady Marietta Andreae, Notar Dr. Askan Pinkernelle, Marta und Michael Kölln, BMW-Statthalter Walter Müller, Suppenkönig Joachim A. Knorr mit Frau Norgard,

offenbar die zweite, die erste hieß noch Maggi,

Wera, Tanja und Horst Rahe, Henry und Hedda Aschpurvis sowie Vicky Leandros mit Mann Enno Freiherr von Ruffin,

und die ist so weltberühmt geworden, daß jedem, der sie nur von weitem sieht, unwillkürlich ihr schönstes Lied auf die Lippen tritt: »Hammonia, Hammonia, oh wie so herrlich stehst du da ...«

Professor Elmar Altvater erklärt die Welt:

Die Organisationen des sozialstaatlichen Projekts – Sozialdemokratie und Gewerkschaften – sind zu einem Spagat gezwungen.

Was ist da zu tun?

In dieser Situation ist es naheliegend, den gordischen Knoten mit einem Streich zu durchhauen.

Genau. So wirds gehen.

Wer so schreibt:

Unsere gute Arbeit, inclusive Hoch-Reden durch die Mitbewerber, wird uns in den Stand setzen, den Bonnern hier in Berlin schon mal richtig die Betten aufzuschütteln. Wie immer auch am 22. unter dem Berliner Bruchband abgerechnet wird – es dürfte reichlich Öl ins Feuer geben. Die PDS ist der oppositionelle Turbo-Lader, den die Stadt bitter nötig hat,

wer das Hoch-Reden durch die Mitbewerber in die eigene gute Arbeit einschließt, den Bonnern als Turbo-Lader die Betten aufschüttelt, um unterm Bruchband Öl ins Feuer zu geben, der ist schon mehr als nur Journalist und einfaches Arschloch, sondern mindestens »Professor für Medienwissenschaft«, der Lothar Bisky.

Am Beispiel des Vietnam-Kriegs probiert der Hans Heigert auf seine alten Tage in der »Süddeutschen Zeitung« noch aus, was in der journalistischen Postmoderne alles geht:

Allein aus dem sittlichen Grund – einmal abgesehen von der Unmöglichkeit, militärisch zu siegen – hat Washington den Krieg aufgegeben.

Allein aus dem sittlichen Grund – einmal abgesehen von der Unmöglichkeit, militärisch zu siegen... Das ist, zweihundert Jahre nach Kant, der moralischen Infinitiv.

Von allen Deppen der aufdringlichste und vertrotteltste aber ist der Stefan Heym, der nun schon in der dritten Person über sich redet:

Im Herbst 1984 veranstaltete das Goethe-Institut ein Gespräch zwischen Günter Grass und Stefan Heym. Grass empfahl ein »föderiertes Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten«,

anstatt 6 Teile Gin auf einen Teil Vermouth,

und ich ergänzte, schon mehr ins Detail gehend, »wir werden etwas finden müssen, was vielleicht von beiden Staaten ausgehen kann und Elemente benutzen kann von beiden: das Gute im Sozialismus, und da ist allerhand Nützliches drin, und auch im Westen gibt es durchaus erhaltenswerte Dinge«,

zum Beispiel die Goethe-Institute, die Valuta, den echten Bohnenkaffee und die Feinstrumpfhose.

Ich habe, als amerikanischer Offizier noch, gegen die Aufteilung des deutschen Volkes unter die Machtblöcke protestiert.

Truman, Stalin, Churchill – haben sie auf den berühmt zu werden versprechenden Dichter des deutschen Volkes, wie es sich gehört, gehört? Man will es kaum glauben: So gut wie garnicht. Aber hat es ihn drausgebracht? Noch weniger:

Dann, am 4. November 1989, auf dem Alexanderplatz, sagte ich vor mehr als einer halben Million Menschen: »Der Sozialismus, der richtige, ist nicht denkbar ohne Demokratie. Demokratie aber, ein griechisches Wort, heißt Herrschaft des Volkes. Freunde! Mitbürger! Übernehmt die Herrschaft!«

Ein guter Rat, und preiswert. Was aber machen die Freunde, die Mitbürger, die Berliner? Hören sie auf den Privatmann (das griechische Wort heißt *idiotes*)? Scheißele, Herr Eisele! Doch wieder ist er nicht unterzukriegen:

Kurz nach der Wende baten mich die Arbeiter vom VEB Narva, sie zu beraten.

Sie mußten von seinen guten Tips gehört haben.

Ich riet ihnen, ihr Eigentum selber in die Hand zu nehmen,

als wärs der Honorarscheck eines Goethe-Instituts. Sie aber folgten dem Rat ihres Weisen, nahmen ihr Volkseigentum in die eigene Treuhand, und wenn sie nicht gestorben sind, dann gehen sie glücklich stempeln bis ans Ende ihrer Tage.

Irgendwie paßt es ganz gut zu allem andern, daß die »Bild«-Zeitung jetzt klassischen Kunstwerken Zensuren erteilt:

Im Lincoln Center spielten die New Yorker Philharmoniker Beethovens neunte Symphonie, das großartigste Stück der Musikgeschichte.

Aber vielleicht haben sie die Neunte doch mit Mozarts Hafen-Serenade verwechselt. Sie wissen schon: tä tä tä täää.

Oder daß Frau Bärbel Schäfer auf die Frage: Welche Situation war die peinlichste, die Sie je erlebt haben? freundlichst antwortet:

Etwas, das die Nachwelt nie erfahren wird.

Weil nämlich die Nachwelt wissen wird, wer Frau Bärbel Schäfer war, und darum dieser Minna keine Grenzen flicht.

Einer der sozialdemokratischen Witzemacher, Dieter Hildebrandt, gesteht:

Wir haben heute nur noch einen Bruchteil des Publikums, das wir früher mal hatten.

Die Nachricht ist so gut, daß ich ihre gewiß schlechten Gründe gar nicht hören will.